

MEMORIAL
Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL
Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxembourg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 740

9 octobre 2000

SOMMAIRE

Belicav, Sicav, Luxembourg	page	35520
Bl-Lu-Fer S.A., Howald		35485
C.I.D.C., Consolidated Investment and Development Corporation S.A.H., Luxembourg		35515
Claudydan Holding S.A., Luxembourg		35515
Commercial Union Luxembourg Holding S.A., Luxembourg		35483
De Jonge Lux., S.à r.l.		35514
DekaStruktur: 3, Fonds Commun de Placement		35474
Fidi S.A.H., Luxembourg		35483
Filair S.A., Luxembourg		35473
I.C.C.A., S.à r.l., Luxembourg		35511
Intercultures S.A., Luxembourg		35517
Islamic Multi-Investment Fund, Fonds Commun de Placement		35514
JCDecaux Group Services, S.à r.l., Luxembourg		35512
KBC Renta, Sicav, Luxembourg		35519
Multi-Strategy Portfolio, Sicav, Luxembourg		35515
Plantations des Terres Rouges Holding S.A., Luxembourg		35518
Socfinasia S.A., Luxembourg		35516
Swissca Bond Invest Management Company S.A., Luxembourg	35481,	35482
Swissca Lux Funds Management Company S.A., Luxembourg		35482
Swissca MM Funds Management Company S.A., Luxembourg	35483,	35484
Swissca Portfolio Funds Management Company S.A., Luxembourg	35484,	35485
Vischio, S.à r.l., Luxembourg		35493

FILAIR S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1219 Luxembourg, 17, rue Beaumont.
R. C. Luxembourg B 72.362.

Extrait des résolutions prises lors de la réunion du Conseil d'Administration tenue en date du 20 juin 2000

Le siège social est transféré au 17, rue Beaumont, L-1219 Luxembourg.
Luxembourg, le 20 juin 2000.

Pour extrait sincère et conforme
FILAIR S.A.
Signature

Enregistré à Luxembourg, le 21 juin 2000, vol. 538, fol. 4, case 12. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(32998/545/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 22 juin 2000.

DekaStruktur: 3, Fonds Commun de Placement à compartiments multiples.**VERWALTUNGSREGLEMENT****Art. 1. Der Fonds.**

1. DekaStruktur: 3 («der Fonds») ist ein nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg errichtetes, rechtlich unselbständiges Sondervermögen (fonds commun de placement à compartiments multiples) aus Investmentanteilen und sonstigen Vermögenswerten («Fondsvermögen»). Es wird unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung von der Verwaltungsgesellschaft verwaltet. Die im Fondsvermögen befindlichen Vermögenswerte werden von der Depotbank verwahrt.

2. Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Inhaber von Anteilen («Anteilinhaber»), der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in dem Verwaltungsreglement geregelt, das von der Verwaltungsgesellschaft mit Zustimmung der Depotbank erstellt wird.

Durch den Kauf eines Anteils erkennt jeder Anteilinhaber das Verwaltungsreglement sowie alle Änderungen desselben an.

3. Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 111 des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen. Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Jeder Anleger ist am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds beteiligt.

4. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilinhaber untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilinhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilinhaber der anderen Teilfonds getrennt.

5. Die Anteilwertberechnung erfolgt separat für jeden Teilfonds nach den in Artikel 5 des Verwaltungsreglements festgesetzten Regeln.

6. Die im Verwaltungsreglement aufgeführten Anlagebeschränkungen sind auf jeden Teilfonds separat anwendbar. Gleiches gilt für nicht abgeforderte Liquidationserlöse im Sinne vom Artikel 12 Absatz 4 des Verwaltungsreglements.

7. Das Netto-Fondsvermögen (Fondsvermögen abzüglich der dem Fonds zuzurechnenden Verbindlichkeiten) muß innerhalb von sechs Monaten nach Genehmigung des Fonds den Gegenwert von 50 Millionen Luxemburger Franken (rund 1,25 Millionen Euro) erreichen. Hierfür ist auf das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt abzustellen, das sich aus der Addition der Netto-Fondsvermögen der Teilfonds ergibt.

8. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit neue Teilfonds auflegen. Teilfonds können nicht auf bestimmte Zeit errichtet werden.

9. Teilfonds können zwar nicht zusammengelegt, aber von der Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden, insbesondere in den Fällen einer wesentlichen Veränderung wirtschaftlicher und/oder politischer Rahmenbedingungen, im Interesse einer wirtschaftlichen Rationalisierung oder wenn das Fondsvermögen unter eine Mindestgrenze absinkt, welche die Verwaltungsgesellschaft als Untergrenze für ein wirtschaftlich effizientes Management des entsprechenden Teilfonds ansieht. Die Auflösung eines Teilfonds wird mindestens dreißig Tage zuvor entsprechend Artikel 15 Absatz 5 des Verwaltungsreglements veröffentlicht. Für sämtliche nach Abschluß des Liquidationsverfahrens nicht eingeforderte Beträge gilt Artikel 12 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsreglements entsprechend.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft.

1. Verwaltungsgesellschaft ist die DEKA INTERNATIONAL S.A., Senningerberg.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet das Fondsvermögen - vorbehaltlich der Anlagebeschränkungen in Artikel 4 des Verwaltungsreglements - im eigenen Namen, jedoch ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des Fonds bzw. seiner Teilfonds zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des Fonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann ein oder mehrere seiner Mitglieder, sowie sonstige natürliche oder juristische Personen mit der Ausführung der täglichen Anlagepolitik betrauen.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten Anlageberater hinzuziehen, insbesondere sich durch einen Anlageausschuß beraten lassen.

5. Die Verwaltungsgesellschaft darf dem jeweiligen Teilfonds weder Ausgabeaufschläge noch Rücknahmeabschläge, sowie keine Verwaltungsvergütung für die im Fondsvermögen gehaltenen Investmentanteile berechnen, wenn das betreffende Investmentvermögen von ihr oder einer konzernzugehörigen Gesellschaft verwaltet wird. Bei der Verwaltungsvergütung wird das dadurch erreicht, daß die Gesellschaft ihre Verwaltungsvergütung für den auf Anteile an solchen verbundenen Investmentvermögen entfallenden Teil - gegebenenfalls bis zu ihrer gesamten Höhe - jeweils um die von den erworbenen Investmentvermögen berechnete Verwaltungsvergütung kürzt.

Art. 3. Die Depotbank.

1. Depotbank für den Fonds ist die DEUTSCHE GIROZENTRALE INTERNATIONAL S.A., Luxemburg.

2. Die Depotbank ist mit der Verwahrung der Vermögenswerte des Fonds und seiner Teilfonds beauftragt. Die Rechte und Pflichten der Depotbank richten sich nach dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement und dem Depotbankvertrag.

3. Alle flüssigen Mittel, Investmentanteile und sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte des Fonds und seiner Teilfonds werden von der Depotbank in gesperrten Konten und Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Verwaltungsreglements verfügt werden darf.

Auf Weisung der Verwaltungsgesellschaft dürfen Bankguthaben auf Sperrkonten bei anderen Kreditinstituten unterhalten werden. Die Anlage von Mitteln des Fondsvermögens eines Teilfonds in Bankguthaben bei anderen Kreditinstituten sowie Verfügungen über diese Bankguthaben bedürfen der Zustimmung der Depotbank. Sie darf einer solchen

Anlage oder Verfügung nur zustimmen, wenn diese mit den gesetzlichen Bestimmungen und dem Verwaltungsreglement vereinbar ist. Die Depotbank ist verpflichtet, den Bestand der bei anderen Kreditinstituten unterhaltenen Bankguthaben zu überwachen.

Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken im Ausland und/oder Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Investmentanteilen beauftragen, sofern die Investmentanteile an einer ausländischen Börse oder an einem anderen im Ausland befindlichen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden oder nur im Ausland lieferbar sind.

4. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben handelt die Depotbank unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anteilhaber. Sie wird jedoch den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft Folge leisten - vorausgesetzt, diese stehen in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsreglement, dem Depotbankvertrag, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt und dem Gesetz. Sie wird entsprechend den Weisungen insbesondere:

- Anteile des jeweiligen Teilfonds auf die Zeichner gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements übertragen;
- aus den gesperrten Konten den Kaufpreis für Investmentanteile, Optionen und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte zahlen, die für den jeweiligen Teilfonds erworben bzw. getätigt worden sind;
- aus den gesperrten Konten die notwendigen Einschüsse beim Abschluß von Devisenterminkontrakten leisten;
- Investmentanteile, Optionen und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte, die für einen Teilfonds verkauft worden sind, gegen Zahlung des Verkaufspreises ausliefern bzw. übertragen;
- den Rücknahmepreis gemäß Artikel 8 des Verwaltungsreglements gegen Empfang der entsprechenden Anteile auszahlen;
- die Erträge des Vermögens des jeweiligen Teilfonds auszahlen.

5. Ferner wird die Depotbank dafür sorgen, daß:

(a) alle Vermögenswerte des Teilfonds unverzüglich auf den gesperrten Konten bzw. Depots eingehen, insbesondere der Rücknahmepreis aus dem Verkauf von Investmentanteilen, der Kaufpreis aus dem Verkauf von sonstigen Vermögenswerten, anfallende Erträge und von Dritten zu zahlende Optionsprämien sowie eingehende Zahlungen des Ausgabepreises abzüglich der Verkaufsprovision und jeglicher eventueller Ausgabesteuern, und unverzüglich auf den gesperrten Konten des Teilfonds verbucht werden;

(b) der Verkauf, die Ausgabe, die Rücknahme, die Auszahlung und die Entwertung der Anteile, die für Rechnung des Teilfonds oder durch die Verwaltungsgesellschaft vorgenommen werden, den gesetzlichen Vorschriften und dem Verwaltungsreglement gemäß erfolgt;

(c) die Berechnung des Netto-Fondsvermögens und des Wertes der Anteile den gesetzlichen Vorschriften und dem Verwaltungsreglement gemäß erfolgt;

(d) bei allen Geschäften, die sich auf das Fondsvermögen beziehen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen bei ihr eingeht;

(e) die Erträge des Fondsvermögens gemäß dem Verwaltungsreglement verwendet werden;

(f) Investmentanteile höchstens zum Ausgabepreis gekauft und mindestens zum Rücknahmepreis verkauft werden;

(g) sonstige Vermögenswerte höchstens zu einem Preis erworben werden, der unter Berücksichtigung der Bewertungsregeln nach Artikel 5 angemessen ist, und die Gegenleistung im Falle der Veräußerung dieser Vermögenswerte den zuletzt ermittelten Wert nicht oder nur unwesentlich unterschreitet;

(h) die gesetzlichen und vertraglichen Beschränkungen, bezüglich des Kaufs und Verkaufs von Optionen und Finanzinstrumenten, eingehalten werden.

6. Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den gesperrten Konten des Fonds nur die im Verwaltungsreglement festgesetzte Vergütung. Die Depotbank entnimmt den gesperrten Konten nur mit Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft die ihr gemäß diesem Verwaltungsreglement zustehende Vergütung. Die in Artikel 9 des Verwaltungsreglements aufgeführten sonstigen zu Lasten des Fonds zu zahlenden Kosten bleiben hiervon unberührt.

7. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen:

- Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Vermögen des Fonds oder des jeweiligen Teilfonds nicht haftet.

Die vorstehend unter dem ersten Gedankenstrich getroffene Regelung schießt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Verwaltungsgesellschaft durch die Anteilhaber nicht aus.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen, Ansprüche der Anteilhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die Geltendmachung dieser Ansprüche durch die Anteilhaber nicht aus.

8. Die Depotbank ist berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem Depotbankvertrag zu kündigen. In diesem Falle ist die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, den Fonds gemäß Artikel 12 des Verwaltungsreglements aufzulösen oder innerhalb von zwei Monaten mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank zu bestellen; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist ebenfalls berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem Depotbankvertrag zu kündigen. Eine derartige Kündigung hat notwendigerweise die Auflösung des Fonds gemäß Artikel 12 des Verwaltungsreglements zur Folge, sofern die Verwaltungsgesellschaft nicht zuvor eine andere Bank mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Depotbank bestellt hat, welche die gesetzlichen Funktionen der vorherigen Depotbank übernimmt.

Art. 4. Anlagepolitik und Anlagebeschränkungen.

1. Das Hauptziel der Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds besteht in der Erwirtschaftung eines angemessenen Kapitalwachstums bei gleichzeitiger Geringhaltung wirtschaftlicher und politischer Risiken sowie des Währungsrisikos.

2. Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, das Fondsvermögen der einzelnen Teilfonds nach dem Grundsatz der Risikostreuung zu mindestens 51 Prozent des jeweiligen Netto-Fondsvermögens in Anteilen und Aktien («Investmentanteile») von Organismen für gemeinsame Anlagen («OGA») anzulegen.

Der Erwerb von Investmentanteilen von OGA des geschlossenen Typs ist ausgeschlossen. Es dürfen nur Investmentanteile von OGA erworben werden, bei denen die Anteilinhaber das Recht zur Rückgabe der Anteile haben (offener Typ) und deren Anlagepolitik mindestens dem Grundsatz der Risikostreuung im Sinne der Regeln für Organismen für gemeinsame Anlagen nach Teil II des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen folgt. Der Erwerb von Investmentanteilen von OGA, deren Anlagepolitik ihrerseits auf die Anlage in Investmentanteilen von OGA ausgerichtet ist, ist nicht gestattet, unbeschadet der Regelung in Absatz 5 Buchstabe C.

Das Vermögen der einzelnen Teilfonds wird nur in Investmentanteilen von OGA des offenen Typs angelegt, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem Mitgliedsstaat der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aufgelegt worden sind und die, sofern der OGA nicht von einer Gesellschaft mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland verwaltet wird, nach dem Auslandsinvestment-Gesetz der Bundesrepublik Deutschland dort öffentlich vertrieben werden dürfen und/oder in ihrem Sitzland einer funktionierenden Investmентаufsicht unterliegen.

Es dürfen Investmentanteile folgender Arten von OGA, die keine Spezialfonds sind, erworben werden:

(a) Geldmarkt-OGA, die nach den Vertragsbedingungen oder der Satzung überwiegend in Bankguthaben und/oder Geldmarktpapiere mit einer restlichen Laufzeit von höchstens 12 Monaten investieren («Geldmarktfonds»);

(b) Wertpapier-OGA, die nach den Vertragsbedingungen oder der Satzung überwiegend in Aktien («Aktienfonds») oder überwiegend in verzinsliche Wertpapiere («Rentenfonds») oder überwiegend in Aktien und verzinsliche Wertpapiere («gemischte Wertpapierfonds») investieren;

(c) Grundstücks-OGA, die nach den Vertragsbedingungen oder der Satzung direkt oder durch mehrheitliche Beteiligung an Grundstücksgesellschaften überwiegend in Liegenschaften wie Geschäftsgrundstücken, Mietwohngrundstücken oder gemischt genutzten Grundstücken investieren («Immobilienfonds»).

3. Bis zu 49 Prozent des Netto-Fondsvermögens eines Teilfonds dürfen in Bankguthaben bei der Depotbank oder bei anderen Kreditinstituten und/oder in regelmäßig gehandelten Geldmarktpapieren (Einlagenzertifikate von Kreditinstituten, unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Bundes, der Sondervermögen des Bundes oder der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland sowie vergleichbare Papiere der Europäischen Gemeinschaften oder von anderen Staaten, die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind) gehalten werden («Flüssige Mittel»). Die vorgenannten Geldmarktpapiere dürfen im Zeitpunkt ihres Erwerbs für den Teilfonds eine restliche Laufzeit von höchstens 12 Monaten haben. Einlagenzertifikate desselben Kreditinstituts dürfen nicht mehr als 10 Prozent des Netto-Fondsvermögens ausmachen.

Flüssige Mittel können auch auf eine andere Währung als die Währung des Teilfonds lauten.

4. Finanzinstrumente

4.1 Die Verwaltungsgesellschaft darf für einen Teilfonds im Rahmen der ordnungsgemäßen Verwaltung seines Fondsvermögens Devisenterminkontrakte abschließen sowie Optionsrechte zum Erwerb oder zur Veräußerung von Devisen oder eines Devisenterminkontraktes oder auf Zahlung eines Differenzbetrags, der sich an der Wertentwicklung von Devisen oder eines Devisenterminkontraktes bemißt, einräumen oder erwerben. Optionsrechte im Sinne von Satz 1, deren Optionsbedingungen das Recht auf Zahlung eines Differenzbetrags einräumen, dürfen nur eingeräumt oder erworben werden, wenn die Optionsbedingungen vorsehen, daß

a) der Differenzbetrag zu ermitteln ist als ein Bruchteil, das Einfache oder das Mehrfache (Differenzbetragsmultiplikator) der Differenz zwischen dem

(1) Wert des Basiswerts zum Ausübungszeitpunkt und dem Basispreis oder

(2) Basispreis und dem Wert des Basiswerts zum Ausübungszeitpunkt,

b) bei negativem Differenzbetrag eine Zahlung entfällt.

Geschäfte, die andere Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, dürfen nicht abgeschlossen werden.

4.2 Die Verwaltungsgesellschaft darf Geschäfte tätigen, die zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen organisierten Markt einbezogene Finanzinstrumente gemäß Absatz 4.1 zum Gegenstand haben.

Geschäfte, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen organisierten Markt einbezogene Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, dürfen nur mit geeigneten Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten auf der Grundlage standardisierter Rahmenverträge getätigt werden. Diese Geschäfte dürfen mit einem Vertragspartner nur insoweit getätigt werden, als der Verkehrswert der insgesamt mit diesem Vertragspartner für Rechnung des Teilfonds getätigten Geschäfte, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, 5 Prozent des Netto-Fondsvermögens nicht überschreitet. Bei Überschreitung der vorgenannten Grenze darf die Verwaltungsgesellschaft weitere Geschäfte mit diesem Vertragspartner nur tätigen, wenn diese zu einer Verringerung des Saldos führen. Überschreitet der Saldo aller Ansprüche aus offenen, mit dem Vertragspartner für Rechnung des Teilfonds getätigten Geschäften, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, 10 Prozent des Netto-Fondsvermögens zugunsten des Teilfonds, so hat die Verwaltungsgesellschaft unter Wahrung der Interessen der Anteilinhaber unverzüglich diese Grenze wieder einzuhalten. Konzernunternehmen gelten als ein Vertragspartner.

Die Verwaltungsgesellschaft darf in Wertpapieren verbriefte Finanzinstrumente erwerben, wenn

(a) sie an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz zum amtlichen Handel zugelassen oder in einen anderen organisierten Markt in einem Mitgliedstaat oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz einbezogen sind, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist;

(b) ihre Zulassung an einer der genannten Börsen zum amtlichen Handel oder ihre Einbeziehung in einen der genannten organisierten Märkte nach den Ausgabebedingungen zu beantragen ist und die Zulassung oder Einbeziehung innerhalb eines Jahres nach ihrer Ausgabe erfolgt.

4.3 Die Verwaltungsgesellschaft darf für einen Teilfonds nur zur Währungskurssicherung von Vermögensgegenständen, die nicht in der Fondswährung gehalten werden, Devisenterminkontrakte verkaufen sowie nur Verkaufsoptionsrechte auf Devisen oder Verkaufsoptionsrechte auf Devisenterminkontrakte erwerben, die auf dieselbe Währung lauten. Eine indirekte Absicherung über eine dritte Währung ist unter Verwendung von Devisenterminkontrakten nur zulässig, wenn sie zum Zeitpunkt des Abschlusses dem gleichen wirtschaftlichen Ergebnis wie bei einer Direktabsicherung entspricht und gegenüber einer Direktabsicherung keine höheren Kosten entstehen. Devisenterminkontrakte und Kaufoptionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte dürfen im Falle schwebender Verpflichtungsgeschäfte nur erworben werden, soweit sie zur Erfüllung des Geschäftes benötigt werden. Die Verwaltungsgesellschaft wird von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anteilhaber für geboten hält.

5. Anlagebeschränkungen

Die Verwaltungsgesellschaft darf für keinen Teilfonds:

a) mehr als 20 Prozent des jeweiligen Netto-Fondsvermögens in Anteilen ein- und desselben Investmentvermögens anlegen;

b) mehr als 10 Prozent der ausgegebenen Anteile eines Investmentvermögens erwerben, wobei für alle Teilfonds insgesamt nicht mehr als 40 Prozent der ausgegebenen Anteile eines Investmentvermögens mit Sitz außerhalb des Großherzogtums Luxemburg erworben werden dürfen;

c) in Investmentanteilen anderer OGA investieren, die mehr als 5 Prozent ihres Netto-Fondsvermögens in Investmentanteilen anderer OGA anlegen dürfen, es sei denn, daß diese Anteile nach den Vertragsbedingungen oder der Satzung des OGA anstelle von Bankguthaben gehalten werden dürfen;

d) Kredite gewähren oder für Dritte als Bürge eintreten;

e) irgendwelche Vermögenswerte verpfänden oder belasten, zur Sicherung übereignen oder zur Sicherung abtreten, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen gemäß (i);

f) Leerverkäufe von Vermögenswerten tätigen oder Call-Optionen auf Vermögenswerte verkaufen, welche nicht zum Fondsvermögen gehören;

g) Waren oder Warenkontrakte erwerben oder verkaufen;

h) Edelmetalle oder Edelmetallzertifikate erwerben;

i) Kredite aufnehmen, es sei denn für kurze Zeit bis zur Höhe von 10 Prozent des Netto-Fondsvermögens und mit Zustimmung der Depotbank zu den Darlehensbedingungen;

j) in Immobilien anlegen;

k) in Future-, Venture Capital- oder Spezialfonds investieren, sowie andere Wertpapiere erwerben.

Bei Investmentvermögen, die aus mehreren Teilfonds bestehen (Umbrella-Fonds), beziehen sich die unter Buchstaben a) und b) geregelten Anlagegrenzen jeweils auf einen Teilfonds. Das Fondsvermögen eines Teilfonds darf jedoch nicht übermäßig konzentriert in Anteilen von Teilfonds eines einzigen anderen Umbrella-Fonds angelegt werden.

6. Die einzelnen Teilfonds unterscheiden sich durch die Art der OGA, deren Anteile für den Teilfonds erworben werden dürfen, und durch den Anteil des jeweiligen Netto-Fondsvermögens, der höchstens in Anteilen der jeweiligen Art gehalten werden darf, sowie durch den Umfang, in dem Investmentanteile von OGA mit Sitz außerhalb des Großherzogtums Luxemburg erworben werden dürfen. Dies wie auch die Grundsätze, nach denen die zu erwerbenden Investmentanteile ausgewählt werden, wird im Verkaufsprospekt bestimmt.

7. Die Verwaltungsgesellschaft kann während eines Zeitraumes von sechs Monaten nach der Zulassung des Fonds von den in diesem Artikel vorgesehenen Grenzen unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung abweichen.

Werden die in diesem Artikel genannten Grenzen unbeabsichtigt überschritten, so hat die Verwaltungsgesellschaft bei ihren Verkäufen als vorrangiges Ziel die Normalisierung der Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber anzustreben.

Die Verwaltungsgesellschaft kann geeignete Verfügungen treffen und mit Einverständnis der Depotbank Änderungen der Anlagebeschränkungen und anderer Teile des Verwaltungsreglements vornehmen sowie weitere Anlagebeschränkungen aufnehmen, die erforderlich sind, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, wo Anteile vertrieben werden bzw. vertrieben werden sollen.

Art. 5. Währung und Anteilwertberechnung.

1. Das Netto-Fondsvermögen des Fonds lautet auf Euro («Referenzwährung»). Der Wert eines Anteils («Anteilwert») lautet auf die im Verkaufsprospekt festgelegte Währung, in welcher der jeweilige Teilfonds aufgelegt wird.

Der Anteilwert wird unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr beauftragten Dritten an jedem Tag, der zugleich Börsentag in Luxemburg und Frankfurt am Main ist («Bewertungstag»), berechnet. Die Berechnung erfolgt durch Teilung des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile an diesem Teilfonds.

Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen des Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Fondsvermögens des Fonds insgesamt gegeben werden muß, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Referenzwährung umgerechnet.

2. Das Netto-Fondsvermögen jedes Teilfonds wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

- a) Investmentanteile werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet.
- b) Die flüssigen Mittel werden zu ihrem Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.
- c) Falls für die unter Buchstabe a) genannten Investmentanteile die Rücknahme ausgesetzt ist oder keine Rücknahmepreise festgelegt werden, werden diese Anteile ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbaren Bewertungsregeln festlegt.
- d) Alle nicht auf die Fondswährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten Devisenmittelkurs in die Fondswährung umgerechnet.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann bei umfangreichen Rücknahmeanträgen, die nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen eines Teilfonds befriedigt werden können, den Anteilwert nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank auf der Basis der Preise des Bewertungstages bestimmen, an welchem sie die erforderlichen Verkäufe von Investmentanteilen tatsächlich vornimmt.

4. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Anteilwertes eines Teilfonds zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen, und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber gerechtfertigt ist, insbesondere während der Zeit, in der die Rücknahmepreise eines erheblichen Teils der Investmentanteile in dem Teilfonds nicht verfügbar sind, sowie in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Anlagen des Teilfonds nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäß durchzuführen.

Die Verwaltungsgesellschaft wird die Aussetzung bzw. Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich in mindestens einer Tageszeitung in den Ländern veröffentlichen, in denen die Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, sowie allen Anteilinhabern mitteilen, die Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

Art. 6. Fondsanteile.

1. Fondsanteile sind Anteile an dem jeweiligen Teilfonds und lauten auf den Inhaber.
2. Fondsanteile werden durch Globalurkunden verbrieft. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.
3. Alle Fondsanteile desselben Teilfonds (hiernach auch Anteile) haben gleiche Rechte.
4. Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Vornahme von Zahlungen auf Anteile erfolgen bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank sowie über jede im Verkaufsprospekt des Fonds bezeichnete Zahlstelle.

Art. 7. Ausgabe von Anteilen.

1. Anteile werden an jedem Bewertungstag ausgegeben.
2. Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 5 des Verwaltungsreglements zuzüglich einer Verkaufsprovision zugunsten der Vertriebsstellen von bis zu 5,26 Prozent des Anteilwertes. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen. Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in Luxemburg zahlbar.
3. Die Verwaltungsgesellschaft kann nach eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz eines Teilfonds, im Interesse der Anlagepolitik oder im Fall der Gefährdung der spezifischen Anlageziele eines Teilfonds erforderlich erscheint.
4. Zeichnungsanträge, welche bis 17.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des nächsten Bewertungstages abgerechnet. Später eingehende Zeichnungsanträge werden auf der Grundlage des Anteilwertes des übernächsten Bewertungstages abgerechnet.
5. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt und auf den Zeichner in entsprechender Höhe übertragen.
6. Die Depotbank wird auf nicht ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zurückzahlen.
7. Sparpläne werden nicht angeboten.

Art. 8. Rücknahme und Umtausch von Anteilen.

1. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zum Rücknahmepreis zu verlangen. Die Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag, Rücknahmepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 5 des Verwaltungsreglements. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt zwei Bankarbeitstage nach dem entsprechenden Bewertungstag in Luxemburg.
2. Rücknahmeanträge, welche bis 17.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden zum Anteilwert des nächsten Bewertungstages abgerechnet. Später eingehende Rücknahmeanträge werden zum Anteilwert des übernächsten Bewertungstages abgerechnet.
3. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank berechtigt, umfangreiche Rücknahmen, die nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Teilfonds befriedigt werden können, erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte dieses Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden.

4. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilhaber oder zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft oder des Fonds oder eines Teilfonds erforderlich erscheint.

6. Anteile an einem Teilfonds können in Anteile eines anderen Teilfonds umgetauscht werden. Der Tausch der Anteile erfolgt auf der Grundlage des entsprechend Absatz 2 maßgeblichen Anteilwertes der betreffenden Teilfonds unter Berücksichtigung einer Umtauschprovision von bis zu 1,0 Prozent des Anteilwertes der Anteile des Teilfonds, in die umgetauscht werden soll. Die Umtauschprovision wird zugunsten der Vertriebsstellen erhoben. Ein sich aus dem Tausch ergebender Restbetrag wird an die Anteilhaber ausbezahlt, sofern dieser Restbetrag den im Verkaufsprospekt genannten Mindestbetrag übersteigt.

Art. 9. Ausgaben des Fonds.

1. Die Verwaltungsgesellschaft erhält aus dem Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds ein Entgelt für die Tätigkeit als Verwaltungsgesellschaft von jährlich bis zu 1,20 Prozent («Verwaltungsvergütung»), das anteilig monatlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen während des betreffenden Monats zu berechnen und auszuzahlen ist.

2. Die Verwaltungsgesellschaft erhält aus dem Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds eine Vergütung zugunsten der Vertriebsstellen von jährlich bis zu 1,50 Prozent («Vertriebsprovision»), die anteilig monatlich nachträglich auf das Netto-Fondsvermögen zu berechnen und auszuzahlen ist.

3. Die Depotbank hat gegen das Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds Anspruch auf die mit der Verwaltungsgesellschaft vereinbarten Honorare, welche folgende Höchstgrenzen nicht überschreiten dürfen:

- ein Entgelt für die Tätigkeit als Depotbank in Höhe von jährlich bis zu 0,10 Prozent, das anteilig monatlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds während des betreffenden Monats zu berechnen und auszuzahlen ist;

- Bearbeitungsgebühren für jede Transaktion für Rechnung des jeweiligen Teilfonds in Höhe der in Luxemburg banküblichen Gebühren;

- Kosten und Auslagen, die der Depotbank aufgrund einer zulässigen und marktüblichen Beauftragung Dritter gemäß Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsreglements mit der Verwahrung von Investmentanteilen des Teilfonds entstehen sowie sämtliche anderen ausgelegten Spesen.

4. Der Fonds trägt daneben folgende Kosten:

- alle Steuern, die auf das Fondsvermögen, dessen Erträge und Aufwendungen zu Lasten des Fonds erhoben werden;

- die im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen anfallenden Kosten mit Ausnahme von Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen für die in Artikel 2 Absatz 5 des Verwaltungsreglements bezeichneten Investmentanteile;

- Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilhaber handeln;

- die Honorare der Wirtschaftsprüfer;

- die Kosten für Devisenkurssicherung;

- die Kosten der Vorbereitung, Hinterlegung und Veröffentlichung dieses Verwaltungsreglements sowie anderer Dokumente, die den Fonds betreffen wie z.B. Verkaufsprospekte, einschließlich der Kosten der Anmeldungen zur Registrierung oder der schriftlichen Erläuterungen bei sämtlichen Aufsichtsbehörden und Börsen (einschließlich örtlichen Wertpapierhändlervereinigungen), welche im Zusammenhang mit dem Fonds oder dem Anbieten der Anteile vorgenommen werden müssen;

- die Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilhaber in allen notwendigen Sprachen sowie die Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, die gemäß den anwendbaren Gesetzen oder Reglementen der genannten Behörden notwendig sind;

- die Kosten der Veröffentlichungen an die Anteilhaber;

- die Gebühren an die jeweiligen Repräsentanten im Ausland sowie sämtliche Verwaltungsgebühren.

Ausgenommen sind die Kosten für Werbung und andere Kosten, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Anteilen anfallen.

5. Die vom Fonds zu tragenden Kosten werden dem einzelnen Teilfonds gesondert berechnet, soweit sie ihn allein betreffen; im übrigen werden diese Kosten den einzelnen Teilfonds im Verhältnis ihres Netto-Fondsvermögens anteilig belastet.

6. Sämtliche Kosten und Entgelte werden zuerst den Erträgen, dann den Kapitalgewinnen und erst dann dem Fondsvermögen angerechnet.

Art. 10. Rechnungsjahr und Abschlußprüfung.

1. Das Rechnungsjahr des Fonds endet jährlich Ende Februar, erstmals am 28. Februar 2002.

2. Der Jahresabschluß des Fonds wird von einem Wirtschaftsprüfer geprüft, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.

Art. 11. Ausschüttungspolitik.

1. Die Verwaltungsgesellschaft wird aus den ordentlichen Nettoerträgen auf Anteile der Teilfonds eine jährliche Ausschüttung vornehmen.

2. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Fondsvermögen

aufgrund der Ausschüttung nicht unter den Gegenwert in Euro von 50 Millionen Luxemburger Franken sinkt. Ein Ertragsausgleich kann durchgeführt werden.

3. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Ausschüttungen, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht abgefordert wurden, verjähren zugunsten des Teilfonds. Die Verwaltungsgesellschaft ist ermächtigt, aber nicht verpflichtet, Ausschüttungsbeträge an Anteilinhaber, die ihr Recht auf Ausschüttung erst nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend machen, auszusahlen.

Art. 12. Dauer und Auflösung des Fonds.

1. Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

2. Unbeschadet der Regelung gemäß Absatz 1 dieses Artikels kann der Fonds jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

3. Die Auflösung des Fonds erfolgt zwingend in folgenden Fällen:

a) wenn die Depotbankbestellung gekündigt wird, ohne daß eine neue Depotbankbestellung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Fristen erfolgt;

b) wenn die Verwaltungsgesellschaft in Konkurs geht oder aus irgendeinem Grund aufgelöst wird;

c) wenn das Fondsvermögen während mehr als sechs Monaten unter einem Viertel der Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Absatz 7 des Verwaltungsreglements bleibt;

d) in anderen, im Gesetz vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen vorgesehenen Fällen.

4. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Auflösung des Fonds führt, werden die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und Honorare («Netto-Liquidationserlös») auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von ihr oder der Depotbank ernannten Liquidatoren unter die Anteilinhaber des Fonds nach deren Anspruch verteilen. Der Netto-Liquidationserlös, der nicht zum Abschluß des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen worden ist, wird, soweit dann gesetzlich notwendig, in Euro umgerechnet und von der Depotbank nach Abschluß des Liquidationsverfahrens für Rechnung der Anteilinhaber bei der «Caisse des Consignations» in Luxemburg hinterlegt, wo dieser Betrag verfällt, wenn er nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert wird.

5. Weder die Anteilinhaber noch deren Erben, Gläubiger oder Rechtsnachfolger können die Auflösung oder die Teilung des Fonds oder eines Teilfonds beantragen.

Art. 13. Verjährung und Vorlegungsfrist.

Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 12 Absatz 4 des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

Art. 14. Änderungen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann das Verwaltungsreglement mit Zustimmung der Depotbank jederzeit ganz oder teilweise ändern.

Art. 15. Veröffentlichungen.

1. Die erstmals gültige Fassung des Verwaltungsreglements sowie Änderungen desselben werden beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt und im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg (Mémorial), veröffentlicht.

2. Ausgabe- und Rücknahmepreise können bei der Verwaltungsgesellschaft erfragt werden.

3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für den Fonds einen Verkaufsprospekt, einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.

Im Jahres- und Halbjahresbericht gibt die Verwaltungsgesellschaft außerdem an:

- den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge, die dem Teilfonds im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rückgabe von Investmentanteilen an anderen OGA berechnet worden sind;

- die Vergütung, die dem Teilfonds von einem anderen OGA (einschließlich dessen Verwaltungsgesellschaft) als Verwaltungsvergütung für die im Teilfonds gehaltenen Investmentanteile berechnet wurde.

4. Die unter Absatz 3 dieses Artikels aufgeführten Unterlagen des Fonds sind für die Anteilinhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

5. Die Auflösung des Fonds gemäß Artikel 12 des Verwaltungsreglements wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei über regionalen Tageszeitungen, von denen eine eine Luxemburger Zeitung ist, veröffentlicht.

Art. 16. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache.

1. Das Verwaltungsreglement unterliegt Luxemburger Recht. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen des Verwaltungsreglements die Vorschriften des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank.

2. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in welchem Anteile des Fonds öffentlich vertrieben werden, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind, und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds beziehen.

3. Der deutsche Wortlaut des Verwaltungsreglements ist maßgeblich.

Art. 17. Inkrafttreten.

Das Verwaltungsreglement und jegliche Änderung desselben treten am Tag der Unterzeichnung in Kraft, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Senningerberg, den 12. September 2000.

DEKA INTERNATIONAL S.A.
Verwaltungsgesellschaft
Unterschriften

Luxemburg, den 12. September 2000.

DEUTSCHE GIROZENTRALE INTERNATIONALE S.A.
Depotbank
Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 14 septembre 2000, vol. 541, fol. 96, case 5. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(49508/775/465) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 septembre 2000.

SWISSCA BOND INVEST MANAGEMENT COMPANY S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: Luxemburg, 1, place de Metz.
H. R. Luxemburg B 38.348.

Im Jahre zweitausend, den fünften September.

Vor dem unterzeichneten Notar Paul Frieders, mit dem Amtssitz in Luxemburg.

Fand die ausserordentliche Generalversammlung der Aktionäre der SWISSCA BOND INVEST MANAGEMENT COMPANY S.A., Aktiengesellschaft, mit Sitz in Luxemburg, 1, place de Metz, statt. Die Gesellschaft wurde gegründet unter der Bezeichnung CANTO ECU BOND FUND MANAGEMENT COMPANY S.A. gemäss Urkunde aufgenommen durch den instrumentierenden Notar am 30. Oktober 1991, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 452 vom 4. Dezember 1991 und ist eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg unter Nummer B 38.348. Die Satzung der Gesellschaft wurde mehrmals abgeändert und zum letzten Mal gemäss Urkunde aufgenommen durch den instrumentierenden Notar am 14. Juli 1999, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 623 vom 18. August 1999.

Als Vorsitzender der Versammlung amtiert Herr Reto Rothenberger, fondé de pouvoir, wohnhaft in Dietikon (CH), welcher Frau Corinne Philippe, Jurist, wohnhaft in Dippach, zum Sekretär bestellt.

Die Versammlung bestellt zum Stimmzähler Fräulein Sabine Hinz, Jurist, wohnhaft in Luxemburg.

Der Vorsitzende stellt gemeinsam mit den Versammlungsteilnehmern folgendes fest:

I.- Gegenwärtigem Protokoll ist ein Verzeichnis der Aktien und der Gesellschafter beigegeben. Diese Liste wurde von den Gesellschaftern, beziehungsweise deren Vertretern, sowie von dem Vorsitzenden, dem Sekretär, dem Stimmzähler und dem Notar unterschrieben.

Die von den Gesellschaftern ausgestellten Vollmachten werden ebenfalls gegenwärtiger Urkunde ne varietur paraphiert beigegeben und mit derselben formalisiert.

II.- Da sämtliche tausend (1.000) Aktien, welche das gesamte Gesellschaftskapital von zweihundertzwanzigtausend Schweizer Franken (220.000,- CHF) darstellen, in gegenwärtiger Generalversammlung vertreten sind, waren Einberufungen hinfällig, somit ist gegenwärtige Versammlung rechtsgültig zusammengetreten.

III.- Die Tagesordnung der Generalversammlung ist folgende:

- Änderung des Artikels 8 der Satzung durch Ergänzung mit dem folgenden Satz, der nach dem ersten Satz dieses Artikels eingefügt werden soll:

«Der Verwaltungsrat ist ebenfalls berechtigt, Ausschüttungen von Zwischendividenden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen.»

Nach Beratung fasst die Generalversammlung dann einstimmig folgenden Beschluss:

Einzigter Beschluss

Die Generalversammlung beschliesst Artikel 8 der Satzung durch Ergänzung mit dem folgenden Satz, der nach dem ersten Satz dieses Artikels eingefügt wird, abzuändern:

«Der Verwaltungsrat ist ebenfalls berechtigt, Ausschüttungen von Zwischendividenden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen.»

Da hiermit die Tagesordnung erschöpft ist, erklärt der Vorsitzende die Generalversammlung für abgeschlossen.

Worüber Urkunde, geschehen und aufgenommen zu Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, dem instrumentierenden Notar nach Namen, gebräuchlichen Vornamen, sowie Stand und Wohnort bekannt, haben die Mitglieder des Versammlungsrates gegenwärtige Urkunde mit dem Notar unterschrieben.

Gezeichnet: R. Rothenberger, C. Philippe, S. Hinz, P. Frieders.

Enregistré à Luxembourg, le 7 septembre 2000, vol. 125S, fol. 69, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Für gleichlautende Ausfertigung, auf stempelfreiem Papier, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Luxemburg, den 18. September 2000.

P. Frieders.

(50227/212/51) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

SWISSCA BOND INVEST MANAGEMENT COMPANY S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 1, place de Metz.
R. C. Luxembourg B 38.348.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg, le 18 septembre 2000. P. Frieders.
(50228/212/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

SWISSCA LUX FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-1930 Luxembourg, 1, place de Metz.
H. R. Luxemburg B 60.827.

Im Jahre zweitausend, den fünften September.

Vor dem unterzeichneten Notar Paul Frieders, mit dem Amtssitz in Luxemburg.

Fand die ausserordentliche Generalversammlung der Aktionäre der SWISSCA LUX FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A., Aktiengesellschaft, mit Sitz in L-1930 Luxembourg, 1, place de Metz, statt. Die Gesellschaft wurde gegründet unter der Bezeichnung SWISSCA FLOOR FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A. gemäss Urkunde aufgenommen durch den instrumentierenden Notar am 25. September 1997, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 585 vom 25. Oktober 1997 und ist eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg unter Nummer B 60.827. Die Satzung der Gesellschaft wurde mehrmals abgeändert gemäss Urkunde aufgenommen durch den instrumentierenden Notar am 15. Oktober 1999, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 900 vom 27. November 1999.

Als Vorsitzender der Versammlung amtiert Herr Reto Rothenberger, fondé de pouvoir, wohnhaft in Dietikon (CH), welcher Frau Corinne Philippe, Jurist, wohnhaft in Dippach, zum Sekretär bestellt.

Die Versammlung bestellt zum Stimmzähler Fräulein Sabine Hinz, Jurist, wohnhaft in Luxemburg.

Der Vorsitzende stellt gemeinsam mit den Versammlungsteilnehmern folgendes fest:

I.- Gegenwärtigem Protokoll ist ein Verzeichnis der Aktien und der Gesellschafter beigegeben. Diese Liste wurde von den Gesellschaftern, beziehungsweise deren Vertretern, sowie von dem Vorsitzenden, dem Sekretär, dem Stimmzähler und dem Notar unterschrieben.

Die von den Gesellschaftern ausgestellten Vollmachten werden ebenfalls gegenwärtiger Urkunde ne varietur paraphiert beigegeben und mit derselben formalisiert.

II.- Da sämtliche tausend (1.000) Aktien, welche das gesamte Gesellschaftskapital von zweihundertzwanzigtausend Schweizer Franken (220.000,- CHF) darstellen, in gegenwärtiger Generalversammlung vertreten sind, waren Einberufungen hinfällig, somit ist gegenwärtige Versammlung rechtsgültig zusammengetreten.

III.- Die Tagesordnung der Generalversammlung ist folgende:

- Änderung des Artikels 8 der Satzung durch Ergänzung mit dem folgenden Satz, der nach dem ersten Satz dieses Artikels eingefügt werden soll:

«Der Verwaltungsrat ist ebenfalls berechtigt, Ausschüttungen von Zwischendividenden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen.»

Nach Beratung fasst die Generalversammlung dann einstimmig folgenden Beschluss:

Einziger Beschluss

Die Generalversammlung beschliesst Artikel 8 der Satzung durch Ergänzung mit dem folgenden Satz, der nach dem ersten Satz dieses Artikels eingefügt wird, abzuändern:

«Der Verwaltungsrat ist ebenfalls berechtigt, Ausschüttungen von Zwischendividenden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen.»

Da hiermit die Tagesordnung erschöpft ist, erklärt der Vorsitzende die Generalversammlung für abgeschlossen.

Worüber Urkunde, geschehen und aufgenommen zu Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, dem instrumentierenden Notar nach Namen, gebräuchlichen Vornamen, sowie Stand und Wohnort bekannt, haben die Mitglieder des Versammlungsrates gegenwärtige Urkunde mit dem Notar unterschrieben.

Gezeichnet: R. Rothenberger, C. Philippe, S. Hinz, P. Frieders.

Enregistré à Luxembourg, le 7 septembre 2000, vol. 125S, fol. 68, case 12. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Für gleichlautende Ausfertigung, auf stempelfreiem Papier, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Luxemburg, den 15. September 2000.

P. Frieders.

(50229/212/51) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

SWISSCA LUX FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1930 Luxembourg, 1, place de Metz.
R. C. Luxembourg B 60.827.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 15 septembre 2000.

P. Frieders.

(50230/212/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

COMMERCIAL UNION LUXEMBOURG HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1930 Luxembourg, 34, avenue de la Liberté.
R. C. Luxembourg B 32.163.

EXTRAIT

M. Ian Ainscow est nommé par le conseil d'administration en tant qu'administrateur-délégué avec effet au 15 septembre 2000.

Le conseil d'administration se compose à présent comme suit:

- M. Robert Woolf, administrateur, Londres, Angleterre;
- M. Cesare Brugola, administrateur, Milan, Italie;
- M. Ian Ainscow, administrateur-délégué, Londres, Angleterre;
- M. Baudouin Deschamps, administrateur, Bruxelles, Belgique.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 25 septembre 2000.

A. Schwachtgen.

(51901/230/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 septembre 2000.

FIDI, Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2241 Luxembourg, 4, rue Tony Neuman.
R. C. Luxembourg B 13.890.

Extrait du procès-verbal de la réunion du Conseil d'Administration tenue le 28 mars 2000

Le Conseil a nommé M. Marc Alain Jastrow, administrateur de sociétés, demeurant au 208, rue des Romains, L-8041 Bertrange en remplacement de Mme Louise Jastrow, administrateur décédée, sous réserve de ratification de sa nomination par la prochaine assemblée générale. Le nouvel administrateur terminera le mandat de l'administrateur décédée.

Pour copie conforme
Signature

Enregistré à Luxembourg, le 20 juin 2000, vol. 537, fol. 99, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(32996/560/15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 22 juin 2000.

SWISSCA MM FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-1930 Luxembourg, 1, place de Metz.
H. R. Luxemburg B 35.313.

Im Jahre zweitausend, den fünften September.

Vor dem unterzeichneten Notar Paul Frieders, mit dem Amtssitz in Luxemburg.

Fand die ausserordentliche Generalversammlung der Aktionäre der SWISSCA MM FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A., Aktiengesellschaft, mit Sitz in Luxemburg, 1, place de Metz, statt. Die Gesellschaft wurde gegründet unter der Bezeichnung CANTO MM FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A. gemäss Urkunde aufgenommen durch den instrumentierenden Notar am 26. November 1990, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 483 vom 29. Dezember 1990 und ist eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg unter Nummer B 35.313. Die Satzung der Gesellschaft wurde mehrmals abgeändert gemäss Urkunde aufgenommen durch den instrumentierenden Notar am 14. Juli 1999, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 623 vom 18. August 1999.

Als Vorsitzender der Versammlung amtiert Herr Reto Rothenberger, fondé de pouvoir, wohnhaft in Dietikon (CH), welcher Frau Corinne Philippe, Jurist, wohnhaft in Dippach, zum Sekretär bestellt.

Die Versammlung bestellt zum Stimmzähler Fräulein Sabine Hinz, Jurist, wohnhaft in Luxemburg.

Der Vorsitzende stellt gemeinsam mit den Versammlungsteilnehmern folgendes fest:

I.- Gegenwärtigem Protokoll ist ein Verzeichnis der Aktien und der Gesellschafter beigegeben. Diese Liste wurde von den Gesellschaftern, beziehungsweise deren Vertretern, sowie von dem Vorsitzenden, dem Sekretär, dem Stimmzähler und dem Notar unterschrieben.

Die von den Gesellschaftern ausgestellten Vollmachten werden ebenfalls gegenwärtiger Urkunde ne varietur paraphiert beigegeben und mit derselben formalisiert.

II.- Da sämtliche tausend (1.000) Aktien, welche das gesamte Gesellschaftskapital von zweihundertzwanzigtausend Schweizer Franken (220.000,- CHF) darstellen, in gegenwärtiger Generalversammlung vertreten sind, waren Einberufungen hinfällig, somit ist gegenwärtige Versammlung rechtsgültig zusammengetreten.

III.- Die Tagesordnung der Generalversammlung ist folgende:

- Änderung des Artikels 8 der Satzung durch Ergänzung mit dem folgenden Satz, der nach dem ersten Satz dieses Artikels eingefügt werden soll:

«Der Verwaltungsrat ist ebenfalls berechtigt, Ausschüttungen von Zwischendividenden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen.»

Nach Beratung fasst die Generalversammlung dann einstimmig folgenden Beschluss:

Einzigter Beschluss

Die Generalversammlung beschliesst Artikel 8 der Satzung durch Ergänzung mit dem folgenden Satz, der nach dem ersten Satz dieses Artikels eingefügt wird, abzuändern:

«Der Verwaltungsrat ist ebenfalls berechtigt, Ausschüttungen von Zwischendividenden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen.»

Da hiermit die Tagesordnung erschöpft ist, erklärt der Vorsitzende die Generalversammlung für abgeschlossen.

Worüber Urkunde, geschehen und aufgenommen zu Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, dem instrumentierenden Notar nach Namen, gebräuchlichen Vornamen, sowie Stand und Wohnort bekannt, haben die Mitglieder des Versammlungsrates gegenwärtige Urkunde mit dem Notar unterschrieben.

Gezeichnet: R. Rothenberger, C. Philippe, S. Hinz, P. Frieders.

Enregistré à Luxembourg, le 7 septembre 2000, vol. 6CS, fol. 45, case 8. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Für gleichlautende Ausfertigung, auf stempelfreiem Papier, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Luxemburg, den 15. September 2000.

P. Frieders.

(50231/212/51) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

SWISSCA MM FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1930 Luxembourg, 1, place de Metz.

R. C. Luxembourg B 35.313.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, le 15 septembre 2000.

P. Frieders.

(50232/212/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

SWISSCA PORTFOLIO FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-1930 Luxembourg, 1, place de Metz.

H. R. Luxemburg B 49.187.

Im Jahre zweitausend, den fünften September.

Vor dem unterzeichneten Notar Paul Frieders, mit dem Amtssitz in Luxemburg.

Fand die ausserordentliche Generalversammlung der Aktionäre der SWISSCA PORTFOLIO FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A., Aktiengesellschaft, mit Sitz in Luxemburg, 1, place de Metz, statt. Die Gesellschaft wurde gegründet gemäss Urkunde aufgenommen durch den instrumentierenden Notar am 11. November 1994, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 534 vom 19. Dezember 1994 und ist eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg unter Nummer B 49.187. Die Satzung der Gesellschaft wurde abgeändert gemäss Urkunde aufgenommen durch den instrumentierenden Notar, am 3. April 1996, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 228 vom 6. Mai 1996 und am 14. Juli 1999, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 623 vom 18. August 1999.

Als Vorsitzender der Versammlung amtiert Herr Reto Rothenberger, fondé de pouvoir, wohnhaft in Dietikon (CH), welcher Frau Corinne Philippe, Jurist, wohnhaft in Dippach, zum Sekretär bestellt.

Die Versammlung bestellt zum Stimmzähler Fräulein Sabine Hinz, Jurist, wohnhaft in Luxemburg.

Der Vorsitzende stellt gemeinsam mit den Versammlungsteilnehmern folgendes fest:

I.- Gegenwärtigem Protokoll ist ein Verzeichnis der Aktien und der Gesellschafter beigegeben. Diese Liste wurde von den Gesellschaftern, beziehungsweise deren Vertretern, sowie von dem Vorsitzenden, dem Sekretär, dem Stimmzähler und dem Notar unterschrieben.

Die von den Gesellschaftern ausgestellten Vollmachten werden ebenfalls gegenwärtiger Urkunde ne varietur paraphiert beigegeben und mit derselben formalisiert.

II.- Da sämtliche tausend (1.000) Aktien, welche das gesamte Gesellschaftskapital von zweihundertzwanzigtausend Schweizer Franken (220.000,- CHF) darstellen, in gegenwärtiger Generalversammlung vertreten sind, waren Einberufungen hinfällig, somit ist gegenwärtige Versammlung rechtsgültig zusammengetreten.

III.- Die Tagesordnung der Generalversammlung ist folgende:

- Änderung des Artikels 8 der Satzung durch Ergänzung mit dem folgenden Satz, der nach dem ersten Satz dieses Artikels eingefügt werden soll:

«Der Verwaltungsrat ist ebenfalls berechtigt, Ausschüttungen von Zwischendividenden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen.»

Nach Beratung fasst die Generalversammlung dann einstimmig folgenden Beschluss:

Einzigter Beschluss

Die Generalversammlung beschliesst Artikel 8 der Satzung durch Ergänzung mit dem folgenden Satz, der nach dem ersten Satz dieses Artikels eingefügt wird, abzuändern:

«Der Verwaltungsrat ist ebenfalls berechtigt, Ausschüttungen von Zwischendividenden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen.»

Da hiermit die Tagesordnung erschöpft ist, erklärt der Vorsitzende die Generalversammlung für abgeschlossen.

Worüber Urkunde, geschehen und aufgenommen zu Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, dem instrumentierenden Notar nach Namen, gebräuchlichen Vornamen, sowie Stand und Wohnort bekannt, haben die Mitglieder des Verwaltungsrates gegenwärtige Urkunde mit dem Notar unterschrieben.

Gezeichnet: R. Rothenberger, C. Philippe, S. Hinz, P. Frieders.

Enregistré à Luxembourg, le 7 septembre 2000, vol. 125S, fol. 69, case 2. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Für gleichlautende Ausfertigung, auf stempelfreiem Papier, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Luxemburg, den 18. September 2000.

P. Frieders.

(50233/212/51) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

SWISSCA PORTFOLIO FUNDS MANAGEMENT COMPANY S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1930 Luxembourg, 1, place de Metz.

R. C. Luxembourg B 49.187.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, le 18 septembre 2000.

P. Frieders.

(50234/212/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 septembre 2000.

BI-LU-FER S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-1811 Howald, 18, avenue Grand-Duc Jean.

STATUTEN

Im Jahre zweitausend, den einunddreissigsten Mai.

Vor dem unterzeichneten Notar Jean Seckler, mit dem Amtssitz in Junglinster.

Sind erschienen:

1.- Die Gesellschaft deutschen Rechts BITBURGER STAHL-CENTER, Gmbh, mit Sitz in D-54634 Bitburg, Dieselstrasse 2 (Deutschland),

hier vertreten durch die Herren Rolf Lano, Kaufmann, wohnhaft in D-54655 Kyllburg, Badener Strasse 59 (Deutschland), und Helmut Riewer, Kaufmann, wohnhaft in D-54634 Bitburg, Hahnenberg 60 (Deutschland),

2.- Herr Robert Valentiny, Direktor, wohnhaft in L-3371 Leudelange, 12, Gruefwiss,

3.- Frau Michèle Sol, Privatbeamtin, wohnhaft in F-57390 Russange, 27, rue Victor Hugo (Frankreich),

4.- Herr Jean-Claude Schaeffer, Bankdirektor, wohnhaft in L-1129 Luxembourg, 40, rue des Anémones,

hier vertreten durch Herrn François Winandy, hiernach genannt, mittels einer ihm erteilten Vollmacht unter Privatschrift.

5.- Herr François Winandy, dipl. EDHEC, wohnhaft in L-2241 Luxembourg, 14, rue Tony Neuman.

Welche Vollmacht, nach ne varietur-Unterzeichnung von den Komparenten und dem instrumentierenden Notar, dieser Urkunde beigegeben bleibt, um mit derselben formalisiert zu werden.

Welche vorgenannten Personen den unterzeichneten Notar ersucht haben, die nachfolgenden Satzungen einer Aktiengesellschaft zu dokumentieren, die sie hiermit wie folgt festlegen:

Benennung - Sitz - Dauer - Gesellschaftszweck

Art. 1. Zwischen den vorgenannten Personen und allen denjenigen, welche später Aktionäre der Gesellschaft werden, wird eine Aktiengesellschaft (société anonyme) unter der Bezeichnung BI-LU-FER S.A. gegründet.

Art. 2. Der Sitz der Gesellschaft ist Howald. Unbeschadet der Regeln des allgemeinen Rechtes betreffend die Kündigung von Verträgen, im Fall wo der Gesellschaftssitz aufgrund eines Vertrages mit Drittpersonen festgesetzt wurde, kann durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrates der Sitz der Gesellschaft an jede andere Adresse innerhalb der Gemeinde verlegt werden. Der Verwaltungsrat hat ebenfalls die Befugnis Büros, Verwaltungszentren, Niederlassungen, Filialen und Tochtergesellschaften überall wo er es nötig findet zu eröffnen, sowohl im Ausland als auch im Grossherzogtum Luxemburg.

Sollte die normale Geschäftstätigkeit am Gesellschaftssitz oder der reibungslose Verkehr mit dem Sitz oder von diesem Sitze mit dem Ausland durch aussergewöhnliche Ereignisse politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Art vorübergehend und bis zur völligen Wiederherstellung normaler Verhältnisse ins Ausland verlegt werden.

Diese einstweilige Massnahme betrifft jedoch in keiner Weise die Nationalität der Gesellschaft, die luxemburgisch bleibt.

Die Bekanntmachung von einer derartigen Verlegung hat an Dritte durch die Organe zu erfolgen, welche am besten geeignet sind, dies unter den gegebenen Umständen zu tun.

Art. 3. Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt.

Art. 4. Gegenstand der Gesellschaft ist der Handel mit Walzstahl und die Anarbeitung von Walzstahl, der Handel mit Eisenwaren und Bauzubehör sowie alle sonstigen Geschäfte und Tätigkeiten, die mit dem Stahlhandel und der Anarbeitung in Zusammenhang stehen.

Die Gesellschaft kann ausserdem Beteiligungen unter irgendwelcher Form an irgendwelchen luxemburgischen oder ausländischen Unternehmen erwerben, sowie die Verwaltung und Verwertung dieser Beteiligungen vornehmen.

Desweiteren kann die Gesellschaft alle sonstigen Arten von Wertpapieren erwerben, sei es durch Zeichnung, Kauf, Tausch oder sonstwie, und dieselben durch Verkauf, Tausch oder sonstwie veräussern. Darüber hinaus kann die Gesellschaft Patente und Lizenzen, sowie davon abgeleitete oder dieselben ergänzende Rechte erwerben, verwerten und veräussern.

Generell kann die Gesellschaft alle kaufmännische, gewerbliche und finanzielle Geschäfte beweglicher und unbeweglicher Natur tätigen, die obengenannte Zwecke fördern oder ergänzen.

Aktienkapital - Aktien

Art. 5. Das gezeichnete Aktienkapital der Gesellschaft beträgt hunderttausend Euro (EUR 100.000,-), eingeteilt in hundert (100) Aktien mit einem Nominalwert von je tausend Euro (EUR 1.000,-), welche voll eingezahlt sind.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft kann durch Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre erhöht oder reduziert werden, welcher mit der gleichen Stimmmehrheit wie bei Satzungsänderungen zu nehmen ist.

Die Gesellschaft kann im Rahmen und unter den gesetzlichen Beschränkungen ihre eigenen Aktien erwerben.

Art. 6. Die Gesellschaftsaktien können auf den Namen oder auf den Inhaber lauten, oder sie können teilweise Namensaktien oder Inhaberaktien sein, dies nach Wahl der Aktionäre, vorbehaltlich der gesetzlichen Einschränkungen.

Ein Register für Namensaktien wird am Gesellschaftssitz geführt, wo es jedem Aktionär zur Einsicht aufliegt. Dieses Register wird alle durch Artikel neununddreissig des Gesetzes über die Handelsgesellschaften vorgeschriebenen Auskünfte enthalten.

Das Eigentumsrecht von Namensaktien wird aus der in vorerwähntem Register enthaltenen Eintragung hervorgehen.

Zertifikate betreffend diese Eintragungen werden von einem Register mit Talon ausgegebenen und vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates sowie von einem Verwaltungsratsmitglied unterschrieben.

Die Gesellschaft kann Zertifikate über Inhaberaktien ausstellen.

Diese Zertifikate werden vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates sowie von einem anderen Verwaltungsratsmitglied unterschrieben.

Art. 7. Die Gesellschaft wird nur einen Inhaber pro Aktie anerkennen; für den Fall wo eine Aktie mehreren Personen gehört hat die Gesellschaft das Recht, die Ausübung aller Verfügungsrechte, welche dieser Aktie anhaften, zu suspendieren und zwar solange bis der Gesellschaft gegenüber ein einziger Eigentümer ernannt wird; die gleichen Regeln werden für den Fall eines zwischen einem Nutzniesser und eines Nackteigentümers oder zwischen einem Bürgen und Bürgschaftsnehmers entstandenen Konfliktes angewandt.

Schuldverschreibungen

Art. 8. Der Verwaltungsrat kann nach erfolgtem Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre Schuldverschreibungen herausgeben, welche konvertierbar sein können oder nicht, in der Inhaberform oder anderswie, mit jeder Bezeichnung und zahlbar in jedweder Währung oder Währungen.

Der Verwaltungsrat wird die Natur, den Preis, die Zinsrate, die Ausgabebedingungen und Zahlung und alle anderen Bedingungen hierüber festsetzen.

Am Gesellschaftssitz wird ein Register bezüglich der auf den Namen lautenden Schuldverschreibungen geführt.

Die Schuldverschreibungen müssen durch zwei Verwaltungsratsmitglieder unterschrieben werden; diese zwei Unterschriften können handgeschrieben, gedruckt sein oder mit einem Stempel aufgetragen werden.

Verwaltung - Überwachung

Art. 9. Die Gesellschaft wird durch einen Verwaltungsrat verwaltet, der aus mindestens drei Mitgliedern besteht, die keine Aktionäre sein müssen, welche von der Generalversammlung der Aktionäre für eine Dauer ernannt werden, die sechs Jahre nicht überschreiten darf und welche jederzeit abberufen werden können.

Der Verwaltungsrat wählt unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden und falls er es so beschliesst einen oder mehrere Vize-Vorsitzende. Der erste Vorsitzende wird durch die Generalversammlung gewählt. Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden übernimmt das vom Verwaltungsrat bestimmte Mitglied dessen Aufgaben.

Art. 10. Der Verwaltungsrat wird vom Vorsitzenden oder auf Antrag von zwei Verwaltungsratsmitgliedern einberufen.

Die Einberufungen zu jeder Verwaltungsratssitzung erfolgen separat an jedes Mitglied. Ausser in Dringlichkeitsfällen, welche in dem Einberufungsschreiben erwähnt werden müssen, muss das Einberufungsschreiben wenigstens fünfzehn Tage vor dem Sitzungstermin aufgegeben werden.

Sogar ohne Einberufungsschreiben ist eine Sitzung als rechtmässig abgehalten zu betrachten, falls alle Verwaltungsratsmitglieder anwesend oder vertreten sind.

Die Sitzungen finden an den im Einberufungsschreiben erwähnten Ort, Tag und Stunde statt.

Der Verwaltungsrat ist nur beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend oder vertreten ist.

Die Verwaltungsratsmitglieder, welche nicht anwesend sein können, können schriftlich ein anderes Mitglied bevollmächtigen, um in ihrem Namen abzustimmen.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

Schriftlich gefasste Beschlüsse, die von allen Verwaltungsratsmitgliedern genehmigt und unterschrieben sind, sind genauso rechtswirksam wie anlässlich einer Verwaltungsratsitzung gefasste Beschlüsse. Solche Unterschriften können auf einem einzelnen Dokument oder auf mehrfachen Abschriften eines identischen Beschlusses stehen und können durch Brief, Telegramm oder Fernschreiben bestätigt werden.

Ein Verwaltungsratsmitglied, welches entgegengesetzte Interessen gegenüber der Gesellschaft in einer Angelegenheit hat, welche dem Verwaltungsrat zur Genehmigung vorgelegt wird, ist verpflichtet, den Verwaltungsrat hierüber zu benachrichtigen und muss die diesbezügliche Eintragung in den Sitzungsbericht anstreben. Dieses Verwaltungsratsmitglied wird an dem diesbezüglichen Beschluss des Verwaltungsrates nicht teilnehmen.

Bevor die nächstfolgende Generalversammlung der Aktionäre über andere Punkte zu beschliessen hat, müssen die Aktionäre Kenntnis von den Fällen erhalten, in welchen ein Verwaltungsratsmitglied einen Interessenkonflikt gegenüber der Gesellschaft hat.

Für den Fall dass ein Verwaltungsratsmitglied sich wegen eines Interessenkonfliktes enthalten muss, werden Beschlüsse, welche durch die Mehrheit der anderen Mitglieder des Verwaltungsrates in solch einer Sitzung gefasst werden, als gültig angesehen.

Art. 11. Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden in ein Spezialregister eingetragen und von wenigstens einem Verwaltungsratsmitglied unterschrieben.

Abschriften oder Auszüge werden vom Vorsitzenden oder von zwei Mitgliedern des Verwaltungsrates unterzeichnet.

Art. 12. Der Verwaltungsrat hat die weitestgehenden Befugnisse, um alle Verwaltungs- und Verfügungshandlungen im Interesse der Gesellschaft vorzunehmen.

Er ist für alles zuständig, was nicht ausdrücklich durch das Gesetz vom 10. August 1915, so wie abgeändert, und durch die gegenwärtige Satzung der Generalversammlung vorbehalten ist.

Art. 13. Der Verwaltungsrat kann einem oder mehreren seiner Mitglieder Vollmachten erteilen. Er kann Bevollmächtigte mit bestimmten Vollmachten ernennen und sie jederzeit abberufen. Er kann ebenfalls mit vorheriger Genehmigung der Generalversammlung einem seiner Mitglieder die tägliche Geschäftsführung übertragen.

Art. 14. Der Verwaltungsrat kann einen Executiv-Ausschuss ernennen, welcher aus Mitgliedern des Verwaltungsrates zusammengesetzt ist, und kann die Zahl dessen Mitglieder bestimmen. Dieser Executiv-Ausschuss kann solche Vollmachten und Rechte wie nötig erhalten, um im Namen des Verwaltungsrates zu handeln, so wie Letzterer dieses vorher beschliesst. Es sei denn, dass der Verwaltungsrat es anders bestimmen würde, so kann der Executiv-Ausschuss seine eigene Prozedur zwecks Einberufung und Beschlussfassung der Sitzungen festlegen.

Der Verwaltungsrat wird, insoweit als nötig, die den Mitgliedern des Executiv-Ausschusses zustehende Vergütung festsetzen.

Art. 15. Der Verwaltungsrat wird die Gesellschaft vor Gericht als Klägerin oder als Beklagte vertreten.

Alle Schriftstücke oder Gerichtsakten zum Vorteil oder Nachteil der Gesellschaft sind rechtswirksam falls im alleinigen Namen derselben herausgegeben.

Art. 16. Alle Schriftstücke sowie jede Ernennung von Bevollmächtigten verpflichten die Gesellschaft rechtskräftig, wenn dieselben durch zwei Verwaltungsratsmitglieder oder durch die Einzelunterschrift eines im Rahmen der ihm erteilten Vollmachten handelnden Delegierten des Verwaltungsrates unterzeichnet wird.

Art. 17. Die Überwachung der Gesellschaftstätigkeit unterliegt einem oder mehreren Aufsichtskommissaren, welche nicht Aktionäre sein müssen und welche von der Generalversammlung ernannt werden, die ihre Zahl, ihre Vergütung und ihre Amtszeit bestimmt, welche letztere sechs Jahre nicht überschreiten darf. Abtretende Aufsichtskommissare können wiedergewählt werden.

Generalversammlung

Art. 18. Die Generalversammlung kann durch einfachen Beschluss den Mitgliedern des Verwaltungsrates eine ihrer Verwaltungsarbeit angemessene Vergütung gewähren.

Art. 19. Die rechtmässig einberufene Generalversammlung vertritt alle Aktionäre. Ihre Beschlüsse sind bindend für die Aktionäre, welche nicht vertreten sind, dagegen stimmen oder sich enthalten.

Art. 20. Um der Generalversammlung beiwohnen zu können, muss jeder Aktionär seine Inhaberaktien oder seine registrierten Zertifikate fünf Tage vor dem festgesetzten Termin für die Versammlung am Gesellschaftssitz oder bei Bankinstituten hinterlegen, welche in den Einberufungsschreiben angegeben sind.

Art. 21. Die Generalversammlung tritt am letzten Freitag des Monats Juni, um 14.00 Uhr zusammen.

Falls dieser Tag ein gesetzlicher Feiertag ist, wird die Versammlung zur selben Stunde auf den nächsten vollen Arbeitstag verlegt. Die ordentliche Generalversammlung wird am Sitz der Gesellschaft oder an dem Ort, welcher in den Einberufungsschreiben angegeben ist, abgehalten, und die ausserordentlichen Generalversammlungen werden an dem Ort, den der Verwaltungsrat bestimmt, abgehalten.

Art. 22. Die Generalversammlung nimmt Kenntnis der Berichte des Verwaltungsrates und der Aufsichtskommissare, beschliesst die Genehmigung der jährlichen Geschäftskonten und die Ausschüttung des Gewinnes, schreitet zu den statutarischen Ernennungen, erteilt den Verwaltungsratsmitgliedern und Aufsichtskommissaren Entlastung und beschliesst solche zukünftige Handlungen, welche ihr in ihr gültig vorgelegten anderen Angelegenheiten nötig scheinen. Jede Aktie gibt seinem Besitzer ein Stimmrecht von einer Stimme. Jeder Aktionär kann persönlich oder durch einen Bevollmächtigten, welcher nicht Aktionär zu sein braucht, sein Stimmrecht ausüben.

Jeder Aktionär hat das Recht zu verlangen, dass geheim abgestimmt wird.

Art. 23. Die Generalversammlung gebildet mit dem Quorum und mit der Mehrheit, welche durch die dann geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfordert sind, kann die Satzung in jeglicher Weise abändern aber nur insoweit wie gesetzliche Einschränkungen nicht bestehen.

Art. 24. Der Verwaltungsrat ist für die Einberufung der gewöhnlichen und aussergewöhnlichen Generalversammlungen verantwortlich.

Er muss eine solche Generalversammlung einberufen, falls Aktionäre, die mindestens ein Fünftel des gezeichneten Aktienkapitals vertreten, einen derartigen Antrag schriftlich mit Angabe der Tagesordnung stellen.

Alle Einberufungsschreiben für Generalversammlungen müssen die Tagesordnung der Versammlung enthalten.

Der Verwaltungsrat kann die Form der Vollmachten, welche zu verwenden sind, vorschreiben und verlangen, wann und wo dieselben hinterlegt werden müssen.

Art. 25. Die Generalversammlung wird vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates präsiert und in seiner Abwesenheit durch das Verwaltungsratsmitglied, welches ihn ersetzt.

Die Versammlung wird unter ihren Mitgliedern zwei Stimmzähler wählen.

Die anderen Verwaltungsratsmitglieder vervollständigen das Büro der Versammlung.

Art. 26. Die Protokolle der Generalversammlungen werden von den Mitgliedern des Büros und von den Aktionären, welche dies wünschen, unterzeichnet.

Jedoch in Fällen, wo die Beschlüsse der Generalversammlung bescheinigt werden müssen, Abschriften von Auszügen herausgegeben werden, um vor Gericht oder anderswo zu dienen, müssen diese von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder von einem anderen Verwaltungsratsmitglied unterzeichnet werden.

Geschäftsjahr - Bilanz - Gewinnverteilung

Art. 27. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am ersten Januar und endet am einunddreissigsten Dezember eines jeden Jahres.

Art. 28. Jedes Jahr am Ende des Geschäftsjahres wird der Verwaltungsrat die jährlichen Geschäftskonten gemäss den gesetzlichen Bestimmungen erstellen.

Spätestens einen Monat vor der Jahresgeneralversammlung legt der Verwaltungsrat alle Dokumente bezüglich der jährlichen Geschäftskonten, zusammen mit ihrem Bericht und anderen Dokumenten, welche durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben sind, den Aufsichtskommissaren zur Einsicht vor, welche daraufhin ihren Bericht erstatten.

Die jährlichen Geschäftskonten, die Berichte des Verwaltungsrates und der Aufsichtskommissare und alle solche Dokumente, welche durch die gesetzlichen Bestimmungen erfordert sind, werden am Gesellschaftssitz vierzehn Tage vor dem Datum, an welchen die Generalversammlung stattfinden soll, hinterlegt, wo die Aktionäre während den normalen Bürostunden Einsicht nehmen können.

Art. 29. Der Überschuss vom Gewinn- und Verlustkonto, nach Abzug aller allgemeinen Kosten, Sozialbeiträgen, Abschreibungen und Provisionen für vergangene und zukünftige Verpflichtungen, welche vom Verwaltungsrat festgestellt werden, bildet den Reingewinn.

Jedes Jahr werden fünf Prozent vom Reingewinn für die Bildung der gesetzlichen Rücklage verwendet.

Diese Verpflichtung wird aufgehoben, wenn die gesetzliche Rücklage zehn Prozent des gezeichneten Gesellschaftskapitals erreicht hat. Das Saldo steht zur freien Verfügung der Generalversammlung. Ausschüttbare Dividenden werden, wann und wo der Verwaltungsrat es bestimmt, ausbezahlt.

Auflösung - Liquidation

Art. 30. Die Gesellschaft kann jederzeit durch Beschluss der Generalversammlung aufgelöst werden, welcher unter den gleichen Bedingungen wie bei Satzungsänderungen gefasst werden muss.

Art. 31. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft wird die Generalversammlung den Liquidationsmodus festlegen und einen oder mehrere Liquidatoren ernennen und deren Vollmachten festlegen.

Ein Betrag für die Rückzahlung des für jede Aktie eingezahlten Nennkapitals wird nach Zahlung der Schulden, welche zur Zeit der Liquidation bestehen, abgezogen; der verbleibende Restbetrag wird zu gleichen Teilen unter die Aktionäre verteilt.

Allgemeine Bestimmungen

Art. 32. Für alle Punkte, die nicht in dieser Satzung festgelegt sind, verweisen die Gründer auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915 sowie auf die späteren Änderungen desselben.

Übergangsbestimmungen

Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tage der Gründung und endet am 31. Dezember 2000.

Die erste ordentliche Generalversammlung tritt am 29. Juni 2001 um 14.00 zusammen.

Kapitalzeichnung

Nachdem die Satzung hiermit beurkundet ist, erklären die erschienenen Parteien hiermit, dass sie die hundert (100) Aktien, welche das gesamte Aktienkapital darstellen, wie folgt zeichnen:

1.- Die Gesellschaft deutschen Rechts BITBURGER STAHL-CENTER, GmbH, vorgezeichnet, einundfünfzig Aktien	51
2.- Herr Robert Walentiny, vorgeannt, fünfundzwanzig Aktien	25
3.- Frau Michèle Sol, vorgeannt, acht Aktien	8
4.- Herr Jean-Claude Schaeffer, vorgeannt, acht Aktien	8
5.- Herr François Winandy, vorgeannt, acht Aktien	8
Total: hundert Aktien	100

Diese Aktien wurden alle gezeichnet und voll in bar eingezahlt, so dass der Gesellschaft der Betrag von hunderttausend Euro (EUR 100.000,-) zur Verfügung steht, was dem unterzeichneten Notar nachgewiesen und von ihm ausdrücklich bestätigt wird.

Bescheinigung - Abschätzung - Kosten

Der amtierende Notar bescheinigt, dass die Bedingungen von Artikel 26 des Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften, so wie abgeändert, erfüllt sind.

Das gezeichnete Kapital wird auf 4.033.990,- LUF abgeschätzt.

Der annähernde Betrag der Kosten, Ausgaben, Vergütungen und Auslagen, unter irgend welcher Form, welche der Gesellschaft aus Anlass gegenwärtiger Gründung erwachsen, ist auf hunderttausend Luxemburger Franken abgeschätzt.

Ausserordentliche Generalversammlung

Sodann haben die obengenannten Parteien, welche das gesamte gezeichnete Kapital vertreten, sich zu einer aussergewöhnlichen Generalversammlung, zu der sie sich als ordentlich einberufen betrachten, zusammengefunden und einstimmig folgende Beschlüsse gefasst:

- 1.- Die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder wird auf vier und diejenige der Aufsichtskommissare auf einen festgelegt.
- 2.- Zu Verwaltungsratsmitgliedern werden ernannt:
 - a) Herr Rolf Lano, Kaufmann, wohnhaft in D-54655 Kyllburg, Badener Strasse 59 (Deutschland), Vorsitzender;
 - b) Herr Helmut Riewer, Kaufmann, wohnhaft in D-54634 Bitburg, Hahnenberg 60 (Deutschland);
 - c) Herr Robert Valentiny, Direktor, wohnhaft in L-3371 Leudelange, 12, Gruefwiss;
 - d) Frau Michèle Sol, Privatbeamtin, wohnhaft in F-57390 Russange, 27, rue Victor Hugo (Frankreich).
- 3.- Zum Aufsichtskommissar wird ernannt:
Herr Rodolphe Gerbes, Licencié en Sciences Commerciales et Financières, wohnhaft in Luxemburg.
- 4.- Die Gesellschaft hat ihren Gesellschaftssitz in L-1811 Howald, 18, avenue Grand-Duc Jean.
- 5.- Die Amtsdauer der Verwaltungsratsmitglieder beträgt ein Jahr und verfällt am Datum der jährlichen Generalversammlung des Jahres 2001.
- 6.- Die Amtsdauer des Aufsichtskommissares beträgt ein Jahr und verfällt am Datum der jährlichen Generalversammlung des Jahres 2001.
- 7.- Die Generalversammlung ermächtigt den Verwaltungsrat einem oder mehreren seiner Mitglieder die tägliche Geschäftsführung der Gesellschaft zu übertragen.

Der unterzeichnete Notar, der die französische Sprache spricht und beherrscht, erklärt hierdurch, dass auf Wunsch der Komparenten die gegenwärtigen Statuten in deutscher Fassung erstellt wurden, gefolgt von einer französischen Übersetzung. Auf Wunsch der gleichen Komparenten wird im Falle von Abweichungen zwischen dem deutschen und französischen Text der deutsche Wortlaut vorwiegen.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Luxemburg, am Datum wie Eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Komparenten, alle dem instrumentierenden Notar nach Namen, gebräuchlichem Vornamen, Stand und Wohnort bekannt, haben alle mit dem Notar die gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Folgt die französische Übersetzung:

L'an deux mille, le trente et un mai.

Par-devant Maître Jean Seckler, notaire de résidence à Junglinster.

Ont comparu :

- 1.- La société de droit allemand BITBURGER STAHL-CENTER, Gmbh, avec siège social à D-54634 Bitburg, Dieselstrasse 2 (Allemagne),
ici représentée par Messieurs Rolf Lano, commerçant, demeurant à D-54655 Kyllburg, Badener Strasse 59 (Allemagne), et Helmut Riewer, commerçant, demeurant à D-54634 Bitburg, Hahnenberg 60 (Allemagne), en vertu d'une procuration sous seing privé leur délivrée;
- 2.- Monsieur Robert Valentiny, directeur, demeurant à L-3371 Leudelange, 12, Gruefwiss;
- 3.- Madame Michèle Sol, employée privée, demeurant à F-57390 Russange, 27, rue Victor Hugo (France);
- 4.- Monsieur Jean-Claude Schaeffer, directeur de banque, demeurant à L-1129 Luxembourg, 40, rue des Anémones, ici représenté par Monsieur François Winandy, ci-après qualifié, en vertu d'une procuration sous seing privé lui délivrée.
- 5.- Monsieur François Winandy, dipl. EDHEC, demeurant à L-2241 Luxembourg, 14, rue Tony Neuman.

La prédite procuration, après avoir été signée ne varietur par tous les comparants et le notaire soussigné, restera annexée aux présentes avec lesquelles elle sera soumise à la formalité de l'enregistrement. Lesquels comparants, ès qualités qu'ils agissent, ont arrêté, ainsi qu'il suit, les statuts d'une société anonyme qu'ils vont constituer entre eux.

Dénomination - Siège - Durée - Objet

Art. 1^{er}. Entre les personnes ci-avant désignées et toutes celles qui deviendront dans la suite propriétaires des actions ci-après créées, il est formé une société anonyme sous la dénomination de BI-LU-FER S.A.

Art. 2. Le siège social de la société est établi à Howald. Sans préjudice des règles de droit commun en matière de résiliation de contrat au cas où le siège social de la société est établi par contrat avec des tiers, le siège social pourra être transféré sur simple décision du conseil d'administration à tout autre endroit de la commune du siège social, le siège social pourra être transféré dans toute autre localité du pays par décision de l'assemblée. Le conseil d'administration aura le droit d'instituer des bureaux, centres administratifs, agences et succursales partout, selon qu'il appartiendra, aussi bien au Grand-Duché qu'à l'étranger.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication de ce siège avec l'étranger, se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être transféré provisoirement à l'étranger jusqu'au moment où les circonstances seront redevenues complètement normales.

Un tel transfert ne changera rien à la nationalité de la société, qui restera luxembourgeoise.

La décision relative au transfert provisoire du siège social sera portée à la connaissance des tiers par l'organe de la société, qui, suivant les circonstances, est le mieux placé pour y procéder.

Art. 3. La société est constituée pour une durée illimitée.

Art. 4. La société a pour objet le commerce avec de l'acier laminé et les travaux préparatoires pour l'acier laminé, le commerce avec des produits sidérurgiques et de matériaux de construction ainsi que toutes opérations et activités en relation avec le commerce et les travaux d'acier.

La société peut également prendre des participations, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres entreprises luxembourgeoises ou étrangères, la gestion ainsi que la mise en valeur de ces participations.

Par ailleurs, la société peut acquérir et aliéner toutes autres valeurs mobilières par souscription, achat, échange, vente ou autrement. Elle peut également acquérir, mettre en valeur et aliéner des brevets et licences, ainsi que des droits en dérivant ou les complétant.

D'une façon générale la société peut faire toutes opérations commerciales, industrielles et financières, de nature mobilière et immobilière, susceptibles de favoriser ou de compléter les objets ci-avant mentionnés.

Capital - Actions

Art. 5. Le capital souscrit de la société est fixé à cent mille euros (EUR 100.000,-), représenté par cent (100) actions d'une valeur nominale de mille euros (EUR 1.000,-) chacune, entièrement libérées.

Le capital autorisé et le capital souscrit de la société peuvent être augmentés ou réduits par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

La société peut, dans la mesure où, et aux conditions auxquelles la loi le permet, racheter ses propres actions.

Art. 6. Les actions de la société sont nominatives ou au porteur, ou en partie dans l'une ou l'autre forme, au choix des actionnaires, sauf dispositions de la loi.

Il est tenu au siège social un registre des actions nominatives, dont tout actionnaire pourra prendre connaissance, et qui contiendra les indications prévues à l'article trente-neuf de la loi concernant les sociétés commerciales.

La propriété des actions nominatives s'établit par une inscription sur ledit registre.

Des certificats constatant ces inscriptions seront délivrés d'un registre à souches et signés par le président du conseil d'administration et un autre administrateur.

La société pourra émettre des certificats représentatifs d'actions au porteur.

Ces certificats seront signés par le président du conseil d'administration et par un autre administrateur.

Art. 7. La société ne reconnaît qu'un propriétaire par action. S'il y a plusieurs propriétaires par action, la société aura le droit de suspendre l'exercice de tous les droits y attachés jusqu'à ce qu'une seule personne ait été désignée comme étant à son égard propriétaire. Il en sera de même dans le cas d'un conflit opposant l'usufruitier et le nu-propriétaire, ou un débiteur et un créancier-gagiste.

Obligations

Art. 8. Le conseil d'administration peut, sur décision de l'assemblée générale des actionnaires, autoriser l'émission d'emprunts obligataires convertibles ou non sous forme d'obligations au porteur ou autre, sous quelque dénomination que ce soit et payable en quelque monnaie que ce soit.

Le conseil d'administration déterminera la nature, le prix, le taux d'intérêt, les conditions d'émission et de remboursement et toutes autres conditions y ayant trait.

Un registre des obligations nominatives sera tenu au siège social de la société.

Les obligations doivent être signées par deux administrateurs; ces deux signatures peuvent être soit manuscrites, soit imprimées, soit apposées au moyen d'une griffe.

Administration - Surveillance

Art. 9. La société est administrée par un conseil d'administration composé de trois membres au moins, actionnaires ou non, nommés par l'assemblée générale, pour un terme ne pouvant dépasser six années et, en tout temps, révocables par elle.

Le conseil d'administration élit parmi ses membres un président et s'il en décide ainsi, un ou plusieurs vice-présidents du conseil d'administration. Le premier président sera désigné par l'assemblée générale. En cas d'absence du président, les réunions du conseil d'administration sont présidées par un administrateur présent désigné à cet effet.

Art. 10. Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président du conseil ou de deux de ses membres.

Les administrateurs seront convoqués séparément à chaque réunion du conseil d'administration. Sauf le cas d'urgence qui doit être spécifié dans la convocation, celle-ci sera notifiée au moins quinze jours avant la date fixée pour la réunion.

Le conseil se réunit valablement sans convocation préalable au cas où tous les administrateurs sont présents ou valablement représentés.

Les réunions du conseil d'administration se tiennent au lieu, à la date et l'heure indiqués dans la convocation.

Le conseil d'administration ne peut valablement délibérer et statuer que si la majorité de ses membres est présente ou valablement représentée. Tout administrateur empêché peut donner par écrit délégation à un autre membre du conseil pour le représenter et pour voter en son lieu et place.

Les résolutions du conseil seront prises à la majorité absolue des votants. En cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion sera prépondérante.

Les résolutions signées par tous les administrateurs seront aussi valables et efficaces que si elles avaient été prises lors d'un conseil dûment convoqué et tenu. De telles signatures peuvent apparaître sur un document unique ou sur des copies multiples d'une résolution identique et peuvent être révélées par lettres, télégrammes ou télex.

Un administrateur ayant des intérêts opposés à ceux de la société dans une affaire soumise à l'approbation du conseil, sera obligé d'en informer le conseil et de se faire donner acte de cette déclaration dans le procès-verbal de la réunion. Il ne peut pas prendre part aux délibérations afférentes du conseil.

Lors de la prochaine assemblée générale des actionnaires, avant de procéder au vote de toute autre question, les actionnaires seront informés des matières où un administrateur a un intérêt personnel opposé à celui de la société.

Au cas où un membre du conseil d'administration a dû s'abstenir pour intérêt opposé, les résolutions prises à la majorité des autres membres du conseil présents ou représentés à la réunion et qui votent, seront tenues pour valables.

Art. 11. Les décisions du conseil d'administration seront constatées par des procès-verbaux, qui seront insérés dans un registre spécial et signés par un administrateur au moins.

Les copies ou extraits de ces minutes doivent être signés par le président du conseil d'administration ou par deux administrateurs.

Art. 12. Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour accomplir tous actes de disposition et d'administration dans l'intérêt de la société.

Tous les pouvoirs qui ne sont pas expressément réservés par la loi du 10 août 1915, telle que modifiée, ou par les statuts de la société à l'assemblée générale, seront de la compétence du conseil d'administration.

Art. 13. Le conseil d'administration peut déléguer des pouvoirs à un ou plusieurs de ses membres. Il peut désigner des mandataires ayant des pouvoirs définis et les révoquer en tout temps. Il peut également, avec l'assentiment préalable de l'assemblée générale des actionnaires, déléguer la gestion journalière de la société à un de ses membres, qui portera le titre d'administrateur-délégué.

Art. 14. Le conseil d'administration pourra instituer un comité exécutif, composé de membres du conseil d'administration et fixer le nombre de ses membres. Le comité exécutif pourra avoir tels pouvoirs et autorité d'agir au nom du conseil d'administration que ce dernier aura déterminés par résolution préalable. A moins que le conseil d'administration n'en dispose autrement, le comité exécutif établira sa propre procédure pour la convocation et la tenue de ses réunions.

Le conseil d'administration fixera, s'il y a lieu, la rémunération des membres du comité exécutif.

Art. 15. Le conseil d'administration représente la société en justice, soit en demandant soit en défendant.

Les exploits pour ou contre la société sont valablement faits au nom de la société seule.

Art. 16. Tous documents et toutes nominations de mandataires engageront valablement la société s'ils sont signés au nom de la société par deux administrateurs ou par un mandataire dûment autorisé par le conseil d'administration.

Art. 17. La surveillance des opérations de la société sera confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés par l'assemblée générale qui fixe leur nombre, leurs émoluments et la durée de leurs mandats, laquelle ne pourra pas dépasser six ans.

Assemblées

Art. 18. L'assemblée générale annuelle pourra par simple décision allouer aux administrateurs une rémunération appropriée pour l'accomplissement de leurs fonctions.

Art. 19. L'assemblée générale légalement constituée représente l'ensemble des actionnaires. Ses décisions engagent les actionnaires absents, opposés ou qui se sont abstenus au vote.

Art. 20. Pour être admis aux assemblées générales, tout actionnaire doit déposer ses titres au porteur ou ses certificats nominatifs au siège social ou aux établissements désignés dans les avis de convocation cinq jours avant la date fixée pour l'assemblée.

Art. 21. L'assemblée générale annuelle se tiendra le dernier vendredi du mois de juin de chaque année, à 14.00 heures.

Si ce jour est un jour férié, l'assemblée sera reportée au premier jour ouvrable suivant à la même heure. Les assemblées générales se tiendront au siège de la société ou au lieu indiqué dans la convocation ou dans la municipalité où se trouve le siège social, si celui-ci a été transféré dans une autre localité, ou dans tout autre lieu de la commune convenu par le conseil d'administration.

Art. 22. L'assemblée générale entendra le rapport de gestion du conseil d'administration et du commissaire, votera sur l'approbation des rapports et des comptes et sur la distribution des profits, procédera aux nominations requises par les statuts, donnera décharge aux administrateurs et aux commissaires et traitera des autres questions qui pourront lui être dévolues.

Toute action donne droit à une voix.

Tout actionnaire pourra voter en personne ou par un mandataire, qui ne sera pas nécessairement actionnaire.

Tout actionnaire aura le droit de demander un vote au scrutin secret.

Art. 23. L'assemblée générale délibérant aux conditions de quorum et de majorité prévues par la loi peut modifier les statuts dans toutes leurs dispositions sous réserve des limites prévues par la loi.

Art. 24. Le conseil d'administration sera responsable de la convocation des assemblées ordinaires et extraordinaires.

Il sera obligé de convoquer une assemblée générale chaque fois qu'un groupe d'actionnaires représentant au moins un cinquième du capital souscrit, le demandera par écrit, en indiquant l'ordre du jour.

Tout avis contenant convocation à l'assemblée générale doit contenir l'ordre du jour de l'assemblée générale.

Le conseil d'administration peut déterminer la forme des mandats à employer et exiger qu'ils soient déposés dans le délai et au lieu qu'il indiquera.

Art. 25. Le président du conseil d'administration, ou en son absence, l'administrateur qui le remplace, préside les assemblées générales. L'assemblée choisira parmi les assistants deux scrutateurs. Les autres membres du conseil d'administration complètent le bureau.

Art. 26. Les procès-verbaux de l'assemblée générale seront signés par les membres du bureau et par tout actionnaire qui le demande.

Toutefois, au cas où les délibérations de l'assemblée doivent être conformes, les copies et les extraits qui en seront délivrés pour être produits en justice ou ailleurs, doivent être signés par le président du conseil d'administration ou par un autre administrateur.

Année sociale - Bilan - Répartition des bénéfices

Art. 27. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre de chaque année.

Art. 28. Chaque année à la fin de l'exercice social, le conseil d'administration établit les comptes annuels dans les formes requises par la loi.

A la même époque, les comptes seront clos et le conseil d'administration préparera un compte de profits et pertes de l'année sociale écoulée. Au plus tard un mois avant l'assemblée générale annuelle, l'administration soumettra le bilan de la société et le compte de pertes et profits en même temps que son rapport, ainsi que tous autres documents qui pourront être requis par la loi, au commissaire qui sur ce, établira son rapport.

Une quinzaine avant l'assemblée générale annuelle, le bilan, le compte de profits et pertes, le rapport du conseil d'administration, le rapport du commissaire ainsi que tous autres documents qui pourront être requis par la loi, seront déposés au siège social de la société, où les actionnaires pourront en prendre connaissance durant les heures de bureau normales.

Art. 29. L'excédent créditeur du compte de profits et pertes, après déduction des frais généraux, charges sociales, amortissements et provisions pour engagements passés ou futurs, déterminé par le conseil d'administration, constituera le bénéfice net de la société.

Chaque année, cinq pour cent du bénéfice net seront affectés à la réserve légale.

Cette affectation cessera d'être obligatoire lorsque la réserve légale aura atteint un dixième du capital souscrit.

Le solde restant du bénéfice net restera à la disposition de l'assemblée générale.

Les dividendes, s'il y a lieu à leur distribution, seront distribués à l'époque et au lieu fixés par le conseil d'administration endéans les limites fixées par l'assemblée générale.

Dissolution - Liquidation

Art. 30. La société pourra être dissoute à tout moment par décision d'une assemblée générale statuant suivant les modalités prévues pour les modifications des statuts.

Art. 31. Lors de la dissolution de la société, l'assemblée générale règle le mode de liquidation et nomme un ou plusieurs liquidateurs et détermine leurs pouvoirs.

Sur l'actif net, provenant de la liquidation après apurement du passif, il sera prélevé la somme nécessaire pour rembourser le montant libéré des actions; quant au solde, il sera réparti également entre toutes les actions.

Disposition générale

Art. 32. Pour tous les points non réglés aux présents statuts, les parties se réfèrent et se soumettent à la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 et ses modifications ultérieures.

Dispositions transitoires

Le premier exercice social commencera le jour de la constitution de la société et se terminera le 31 décembre 2000.

La première assemblée générale annuelle se tiendra le 29 juin 2001 à 14.00 heures.

Souscription

Les statuts de la société ayant ainsi été arrêtés, les comparants préqualifiés déclarent souscrire les cent (100) actions représentatives du capital social, comme suit:

1. La société de droit allemand BITBURGER STAHL-CENTER, GmbH, prédésignée, cinquante et une actions	51
2.- Monsieur Robert Walentiny, préqualifié, vingt-cinq actions	25
3.- Madame Michèle Sol, préqualifiée, huit actions	8
4.- Monsieur Jean-Claude Schaeffer, préqualifié, huit actions	8
5.- Monsieur François Winandy, préqualifié, huit actions	8
Total: cent actions	100

Toutes ces actions ont été libérées intégralement par des versements en espèces, de sorte que la somme de cent mille euros (EUR 100.000,-) se trouve dès à présent à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant, qui le constate expressément.

Déclaration - Evaluation - Frais

Le notaire soussigné déclare avoir vérifié les conditions prévues par l'article vingt-six de la loi du 10 août 1915, telle que modifiée ultérieurement, et en constate expressément l'accomplissement.

Pour les besoins du fisc et de l'enregistrement le capital est évalué à 4.033.990,- LUF.

Le montant, au moins approximatif, des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, est évalué approximativement à cent mille francs luxembourgeois.

Assemblée générale extraordinaire

Les comparants préqualifiés, représentant la totalité du capital souscrit, se considérant comme dûment convoqués, se sont ensuite constitués en assemblée générale extraordinaire.

Après avoir constaté que la présente assemblée est régulièrement constituée, ils ont pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

1.- Le nombre des administrateurs est fixé à quatre et celui des commissaires à un.

2.- Ont été appelés aux fonctions d'administrateur:

a) Monsieur Rolf Lano, commerçant, demeurant à D-54655 Kyllburg, Badener Strasse 59 (Allemagne), président;

b) Monsieur Helmut Riewer, commerçant, demeurant à D-54634 Bitburg, Hahnenberg 60 (Allemagne);

c) Monsieur Robert Walentiny, directeur, demeurant à L-3371 Leudelange, 12, Gruewiss;

d) Madame Michèle Sol, employée privée, demeurant à F-57390 Russange, 27, rue Victor Hugo (France).

3.- A été appelé aux fonctions de commissaire:

Monsieur Rodolphe Gerbes, licencié en sciences commerciales et financières, demeurant à Luxembourg.

4.- Le siège de la société est fixé à L-1811 Howald, 18, avenue Grand-Duc Jean.

5.- Le mandat des administrateurs durera un an et prendra fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de 2001.

6.- Le mandat du commissaire durera un an et prendra fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de 2001.

7.- Le conseil d'administration est autorisé à nommer un ou plusieurs de ses membres aux fonctions d'administrateur-délégué.

Le notaire soussigné qui comprend et parle l'allemand, constate par les présentes qu'à la requête des personnes comparantes les présents statuts sont rédigés en allemand suivis d'une traduction française, à la requête des mêmes personnes et en cas de divergences entre le texte allemand et le texte français, la version allemande fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, tous ont signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Gezeichnet: R. Lano, H. Riewer, R. Walentiny, M. Sol, F. Winandy, J. Seckler.

Enregistré à Grevenmacher, le 7 juin 2000, vol. 510, fol. 64, case 2. – Reçu 40.340 francs.

Le Receveur (signé): G. Schlink.

Für gleichlautende Ausfertigung erteilt, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Junglinster, den 22. Juni 2000.

J. Seckler.

(33134/231/544) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 juin 2000.

VISCHIO, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Registered office: L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 74.385.

In the year two thousand, on the eighteenth day of May.

Before Maître Joseph Elvinger, notary public residing at Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, undersigned.

Is held an Extraordinary General Meeting of the shareholders of VISCHIO, S.à r.l., a «société à responsabilité limitée», having its registered office at L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch, incorporated by a deed enacted on February 14, 2000, inscribed at trade register Luxembourg section B number 74.385.

The meeting is presided by Mr Xavier Pauwels, employee, residing in Luxembourg.

The chairman appoints as secretary and the meeting elects as scrutineer Mr Patrick Van Hees, jurist, residing at Messancy, Belgium.

The chairman requests the notary to act that:

I.- The partners present or represented and the number of shares held by each of them are shown on an attendance list. That list and proxies, signed by the appearing persons and the notary, shall remain here annexed to be registered with the minutes.

II.- As appears from the attendance list, the 1,072,248 (one million seventy-two thousand two hundred and forty-eight) «A» Ordinary Shares and the 5,805,304 (five million eight hundred five thousand three hundred and four) Preference Shares of EUR 25.- (twenty-five euros) each, representing the whole capital of the company, are represented so that the meeting can validly decide on all the items of the agenda of which the partners have been beforehand informed.

III.- The agenda of the meeting is the following:

Agenda:

1.- Approval of the transfer by VISCHIO PROJECTS, S.à r.l. of 1,071,748 (one million seventy-one thousand seven hundred and forty-eight) «A» Ordinary Shares and 5,805,304 (five million eight hundred five thousand three hundred and four) Preference Shares of EUR 25.- (twenty-five euros) to the Transferees.

2.- Creation of a new class of shares called «B» Ordinary Shares of EUR 25.- (twenty-five euros) each

3.- Adoption of pre-emption clauses in the Articles of Association.

4.- Increase of the corporate capital by an amount of EUR 775,000 (seven hundred and seventy-five thousand euros) so as to raise it from its present amount of EUR 171,938,800.- (one hundred seventy-one million nine hundred thirty-eight thousand and eight hundred euros) to EUR 172,713,800.- (one hundred seventy-two million seven hundred thirteen thousand and eight hundred euros) by the issue of 31,000 (thirty-one thousand) «B» Ordinary Shares of EUR 25.- (twenty-five euros) each, by contribution in cash.

5.- Restatement of the Articles of Association.

6.- Appointment of new Manager.

After the foregoing was approved by the meeting, the partners decide unanimously what follows:

First resolution

It is decided to approve the transfer by VISCHIO PROJECTS, S.à r.l. of 1,071,748 (one million seventy-one thousand seven hundred and forty-eight) «A» Ordinary Shares and 5,805,304 (five million eight hundred five thousand three hundred and four) Preference Shares of EUR 25.- (twenty-five euros) to the following Transferees:

Limited Partnerships Transferees

- 1) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 1 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 181,811 «A» Ordinary Shares and 984,809 Preference Shares;
- 2) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 2 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 20,959 «A» Ordinary Shares and 113,528 Preference Shares;
- 3) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 3 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 363,423 «A» Ordinary Shares and 1,968,539 Preference Shares;
- 4) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 4 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 79,064 «A» Ordinary Shares and 428,263 Preference Shares;
- 5) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 5 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 23,072 «A» Ordinary Shares and 124,978 Preference Shares;
- 6) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 6 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 51,377 «A» Ordinary Shares and 278,292 Preference Shares;
- 7) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 7 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 35,237 «A» Ordinary Shares and 190,868 Preference Shares;
- 8) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 8 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 6,342 «A» Ordinary Shares and 34,355 Preference Shares;
- 9) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 9 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 23,877 «A» Ordinary Shares and 129,331 Preference Shares;
- 10) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 10 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 29,073 «A» Ordinary Shares and 157,483 Preference Shares;
- 11) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 11 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 49,007 «A» Ordinary Shares and 265,456 Preference Shares;
- 12) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 12 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 48,649 «A» Ordinary Shares and 263,514 Preference Shares;
- 13) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 13 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 49,147 «A» Ordinary Shares and 266,211 Preference Shares;
- 14) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 14 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 45,861 «A» Ordinary Shares and 248,414 Preference Shares;
- 15) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 15 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 45,801 «A» Ordinary Shares and 248,090 Preference Shares;
- 16) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 16 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 5,974 «A» Ordinary Shares and 32,360 Preference Shares;
- 17) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES A LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 727 «A» Ordinary Shares and 3,937 Preference Shares;

Co-Investor Transferee

OFFICERS NOMINEES LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall London SW1Y 5JG, United Kingdom, 12,347 «A» Ordinary Shares and 66,876 Preference Shares;

Second resolution

It is decided to create a new class of shares called «B» Ordinary Shares, of EUR 25.- (twenty-five euros) each.

Third resolution

It is decided to adopt pre-emption clauses in the Articles of Association.

Fourth resolution

It is decided to increase the corporate capital by an amount of EUR 775,000.- (seven hundred and seventy-five thousand euros) so as to raise it from its present amount of EUR 171,938,800 (one hundred seventy-one million nine hundred thirty-eight thousand and eight hundred euros) to EUR 172,713,800.- (one hundred seventy-two million seven hundred thirteen thousand and eight hundred euros) by the issue of 31,000 (thirty-one thousand) «B» Ordinary Shares of EUR 25.- (twenty-five euros) each, by contribution in cash.

Fifth resolution

It is decided to admit to the subscription of the new «B» Ordinary Shares Mr Aldino Bellazzini, Manager, residing in Salerano Canavese, Italy.

Intervention - Subscription - Payment

Thereupon Mr Aldino Bellazzini, prenamed, represented by Mr Mr Xavier Pauwels, prenamed, by virtue of an aforementioned proxy;

declared to subscribe to the 31,000 (thirty-one thousand) new «B» Ordinary Shares and to have them fully paid up by payment in cash, so that from now on the company has at its free and entire disposal the amount of EUR 775,000.- (seven hundred and seventy-five thousand euros), as was certified to the undersigned notary.

Sixth resolution

It is decided to fully restate the articles of association of the company, which shall read as follows:

ARTICLES

I.- Form, Name, Purpose, Registered office, Duration**1. Form of the Company**

Existing under the form of a Luxembourg société à responsabilité limitée, this company is governed by the present articles of association and by current Luxembourg laws, especially the laws of 10 August 1915 on commercial companies and of 18 September 1933 on «sociétés à responsabilité limitée», as amended.

2. Name

The Company has been incorporated under the name of VISCHIO, S.à r.l.

3. Purpose

3.1. The Company's object is, as well in Luxembourg as abroad, in whatsoever form, any industrial, commercial, financial, personal or real estate property transactions, which are directly or indirectly in connection with the creation, management and financing, in whatsoever form, of any undertakings and companies which object is any activities in whatsoever form, as well as the management and development, permanently or temporarily, of the portfolio created for this purpose, as far as the Company shall be considered as a «Société de Participations Financières», according to the applicable provisions.

3.2. The Company may take participating interests by any means in any business, undertakings or companies having the same, analogous or connected object, or which may favour its development or the extension of its operations.

3.3. In general, the Company may take any measure and carry out any operation, commercial, financial, personal and real estate transactions which it may deem useful to the accomplishment and development of its object.

4. Registered office

4.1. The Company has its registered office in the City of Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg.

4.2. It may be transferred to any other place within the Grand Duchy of Luxembourg by a decision of the partners.

4.3. In the event that the management should determine that extraordinary political, economic or social developments have occurred or are imminent that would interfere with the normal activities of the Company at its registered office, or with the ease of communication between such office and persons abroad, the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of these abnormal circumstances; such temporary measures shall have no effect on the nationality of the Company which, notwithstanding the temporary transfer of its registered office, will remain a Luxembourg company. Such temporary measures will be taken and notified to any interested parties by the management of the Company.

5. Duration

The Company has been constituted for an unlimited duration.

6. Effect

The life of the Company does not come to an end by death, suspension of civil rights, bankruptcy or insolvency of any partner.

7. Rights

The creditors, representatives, rightful owner or heirs of any partner are neither allowed, in circumstances, to require the selling of the assets and documents of the Company, nor to interfere in any manner in the administration of the Company. They must for the exercise of their rights refer to financial statements and to the decisions of the meetings.

II.- Capital**8. Capital**

8.1. The Company's capital is set at EUR 172,713,800.- (one hundred seventy-two million seven hundred thirteen thousand and eight hundred euros).

8.2. It is represented by 1,072,248 (one million seventy-two thousand two hundred and forty-eight) «A» Ordinary Shares, by 31,000 (thirty-one thousand) «B» Ordinary Shares and by 5,805,304 (five million eight hundred five thousand three hundred and four) Preference Shares, each of them of EUR 25.- (twenty-five euros) and fully paid up.

8.3. Each share, either Ordinary or Preference, confers an identical voting right at the time of decision taking.

8.4. The shares will be and shall remain in the form of registered shares. The Company may issue registered share certificates in any denomination. Title to the shares will be established by an inscription to be inserted in the share register to be held at the registered office of the Company.

8.5. Subject to the provisions of article 10 below, the shares are freely transferable among the partners.

8.6. No transfer of shares to a non-partner may take place without the agreement of the other partners and without having been first offered to them in accordance with the provisions of article 10.

8.7. Otherwise it is referred to the provisions of articles 189 and 190 of the co-ordinate law on trading companies.

8.8. The shares are indivisible with regard to the Company, which admit only one owner for each of them.

9. Class rights

9.1. The rights and preferences of the shares issued by the Company shall be the following:

a. Ordinary shares: The «A» Ordinary Shares, the «B» Ordinary Shares and the «C» Ordinary Shares (in the latter case upon conversion and exchange for Preference Shares as provided herein) are voting shares participating equally and without preference to any other shares in the distributions of the Company.

b. Preference shares: The Preference Shares are voting shares carrying the right to a cumulative preference dividend, after fulfilment of the legal reserve requirements, of 10% per annum of the aggregate of (x) the nominal value and any premium paid on each Preference Share plus (y) any accumulated and non-paid preference dividend on each such Share. All further dividends, if any, shall constitute an entitlement of the holders of Ordinary Shares only.

9.2. At any time on (but not later than) a Sale subject, if applicable, to receipt by the Company of any necessary consent of holders of any class of shares pursuant to the Shareholders' Agreement (an agreement entered into by the Company and others on the 7th of April 2000 concerning the shareholding in the Company), each holder of Preference Shares may convert and exchange all (but not some) of his Preference Shares into «C» Ordinary Shares by delivering to the Company, at its registered office, the certificate or certificates for the Preference Shares to be converted, duly endorsed for transfer to the Company (if any such certificates have been issued), and a written notice to the Company that such Partner elects to convert all (but not some only) of such Shares; such notice shall also state the name or names (with addresses) in which the certificate or certificates for «C» Ordinary Shares which will be issued upon such conversion and exchange. No «C» Ordinary Shares may be issued to a person other than the registered holder of Preference Shares at the time of conversion and exchange.

9.3. Such conversion shall be deemed to have been effected, subject to the provisions of this article, on the date (the «Conversion Date») immediately before the date on which such Sale becomes effective; all Preference Shares which shall have been surrendered for conversion and exchange as herein provided shall no longer be deemed to be outstanding, and all rights with respect to such Preference Shares shall forthwith cease and terminate, except only the right of the holders thereof to receive «C» Ordinary Shares in exchange for such Preference Shares.

9.4. The person or persons in whose name or names any certificate or certificates for «C» Ordinary Shares shall be issued upon conversion of the Preference Shares shall be deemed to have become the registered owner or owners of the «C» Ordinary Shares represented thereby on the Conversion Date.

9.5. Following receipt of a notice of election to convert any Preference Shares, the Company shall on the Conversion Date allocate the «C» Ordinary Shares arising on conversion and exchange for the Preference Shares and shall register the name of the registered owner of such «C» Ordinary Shares in the share register of the Company; the Company shall thereupon cause to be delivered to such person a certificate or certificates for the number of «C» Shares to be allotted upon the conversion of such Preference Shares.

9.6. «C» Ordinary Shares created on conversion of the Preference Shares shall rank equally with all other «A» and «B» Ordinary Shares and shall be deemed issued as fully paid-up shares.

9.7. Subject to the provisions of the law (in particular relating to the issue of shares at a discount to their nominal value), each Preference Share shall be converted into the number of «C» Ordinary Shares which is equal to:

(x)

(y)

where:

(x) = the aggregate of the amount initially subscribed for such share (including any premium paid thereon) and the unpaid amount of the cumulative preference dividend payable on such share (calculated on a pro rata diem basis up to the date of actual payment); and

(y) = the average price received by holders of Ordinary Shares in respect of the relevant Sale. The relevant amount shall, if necessary, be converted into Euros at the rate offered by a Luxembourg bank for the purchase of Euros with the other relevant currency at 11.00 a.m., Luxembourg time, on the Conversion Date.

9.8. On a winding-up or dissolution of the Company any surplus of assets available for distribution to Partners shall be distributed in the order as follows:

a. in paying to Preference Partners any arrears of accrued Preference Share dividends;

b. in paying to the holders of all Preference Shares an amount equal to the subscription price (including any share premium) initially paid in respect of each such share;

c. in paying to the holders of Ordinary Shares (of all classes) an amount equal to the subscription price (including any share premium) initially paid in respect of each such share; and

d. any remaining balance shall be distributed rateably between the holders of Ordinary Shares of all classes.

9.9. Subject to the law, no inscription shall be inserted in the share register of the Company with respect to any sale, transfer, exchange, lending, pledge or assignment of shares or otherwise in violation of the terms of the Shareholders Agreement.

10. Pre-emption

10.1. Except in the case set out in the Shareholders Agreement, no Ordinary Shares shall be transferred and no interest in any Ordinary Shares shall be transferred or (except by The Company) created unless and until the rights of pre-emption conferred by Articles 10.2 or 10.3 (as the case may be) have been exhausted.

10.2. The provisions contained in this Article 10.2 relate only to the transfer of «B» Ordinary Shares.

a. Any Shareholder who intends to transfer any «B» Ordinary Shares (the «Vendor») shall give to the Company notice in writing (the «Transfer Notice»), offering to sell the number of «B» Ordinary Shares he wishes to sell (the «Unit for Sale») and stating the price (the «Sale Price») at which he is prepared to sell the Unit for Sale.

b. Receipt of the Transfer Notice by the Company shall constitute the Company as the Vendor's agent for the sale in accordance with the following provisions of this Article 10.

c. Within seven days of service of the Transfer Notice (the «Relevant Date») the Company shall invite the holders of «B» Ordinary Shares at the Relevant Date (other than the Vendor) to apply to purchase their Proportionate Entitlement (defined below) of the Unit for Sale at the Sale Price. Every such invitation shall be made in writing and shall specify the proportion of the Unit for Sale each such shareholder may offer to purchase. Each such shareholder may offer to purchase such proportion of a Unit for Sale which is, as nearly as practicable, equal to the proportion which the number of the existing issued «B» Ordinary Shares held by him at the Relevant Date bears to the entire issued «B» Ordinary Shares (the «Proportionate Entitlement»). Every invitation under this Article 10.2(c) shall be accompanied by a form of application for use by such Shareholder to indicate if he wants to offer to purchase his entire Proportionate Entitlement and also such further proportion of the Unit for Sale in excess of his Proportionate Entitlement (the «Excess Entitlement») which he is offering to purchase. The Shareholders shall be entitled to respond to such invitation within 21 days from the date of its despatch.

d. At the expiration of such 21 days, the Unit for Sale shall, if offers have been received from the Existing Shareholders for 100 percent (or more) of the Unit for Sale, be allocated in the following manner:

i. each Shareholder who has offered to purchase his Proportionate Entitlement under the provisions of Article 10.2(c) shall have it allocated to him;

ii. if any part of the Unit for Sale then remains unallocated, it shall then be allocated to satisfy the Excess Entitlements and if this is insufficient to satisfy the Excess Entitlements in full, it shall be allocated (as nearly as possible) in the proportion that the «B» Ordinary Shares of the Shareholders applying for Excess Entitlements bear to each other.

e. If there remain any Units for Sale unallocated after the above procedure has been followed then the directors shall offer the balance of the shares comprising the Unit of Sale which are unsold to the «A» Ordinary Shareholders and the procedure set out in Article 10.2(c) and (d) shall be followed mutatis mutandis.

f. Within seven days of the expiry of the 21-day period in which applications from purchasing Shareholders can be made in accordance with this Article 10.2, the Company shall notify the Vendor and all Shareholders in writing as to whether or not offers for the purchase of the entire Unit for Sale have been received under this Article 10 and accordingly allocated. If the entire Unit for Sale shall have been so allocated the notification shall give the details of the offers which have been made and of the allocations made as between purchasing Shareholders under this Article 10.2. Each purchasing Shareholder shall be bound subject to offers being received for 100% or more of the Unit for Sale by the terms of any application made by him to purchase in accordance with this Article 10 such proportion of the Unit of Sale as is specified therein at the Sale Price. If any purchasing Shareholder shall default in making payment for a Unit for Sale he has agreed to purchase, then such Unit for Sale shall be reallocated to satisfy any outstanding Excess Entitlements or if there are none, the Vendor shall be entitled to dispose of the entire Unit for Sale as provided in Article 10.2(h).

g. If offers shall have been received for the entire Unit for Sale and it shall have been allocated under this Article 10.2, the Vendor shall be bound, upon payment of the applicable proportion of the Sale Price to accept such offers and transfer the Unit for Sale in the proportions allocated pursuant to this Article to the relevant purchasing shareholders. If, after becoming so bound, the Vendor defaults in transferring the Unit for Sale, the Company may receive the purchase money and the Vendor shall be deemed to have appointed the Company his agent to execute a transfer of the Unit for Sale to the purchasing members, and upon execution of such transfer, the Company shall hold the purchase money in trust for the Vendor and the receipt of the Company for the purchase money shall be a good discharge to each purchasing shareholder and the validity of the proceedings shall not be questioned by any person.

h. If all or any of the shares comprising the Unit for Sale are not accepted by purchasers in accordance with previous provisions of this Article 10.2 then (i) if the Vendor (excluding Mr A. Bellazzini) is an officer or employee of the Company who is a Good Leaver (as defined in Article 10.4) the Company shall, if permitted by and in accordance with the relevant laws, purchase the entire Unit for Sale or the balance of shares comprising the Unit for Sale which are unsold at the Sale Price, (ii) in any other case (including if the Vendor is Mr A. Bellazzini) or if the Company is unable as a matter of law to purchase the balance of shares comprising the Unit for Sale which are unsold of a Good Leaver from (i) above (as defined in Article 10.4), the Vendor may, subject to obtaining the requisite approval of the members as required by law, within 90 days of the date on which he receives notification of that fact under this Article 10.2 transfer the entire Unit for Sale to any person or persons being persons approved by DOUGHTY HANSON & CO LIMITED («DH») (such approval not to be unreasonably withheld or delayed and to be exercised in the interests of the Company) which is a bona fide sale at a price not less than the Sale Price and on terms no more favourable to the purchaser (after deduction, where appropriate, of any dividend or other distribution to be retained by the Vendor).

10.3. The provisions contained in this Article 10.3 relate only to the transfer of «A» Ordinary Shares:

a. Save as varied below, the transfer of «A» Ordinary Shares shall be carried out following the same procedure as in Article 10.2 with the necessary modification to the effect that all references to «B» Ordinary Shares shall be read as references to «A» Ordinary Shares.

b. Unless consent is given in accordance with the Shareholders Agreement to a transfer of «A» Ordinary Shares without the Preference Shares being attached, the relevant Unit for Sale shall also contain the Preference Shares that the relevant «A» Ordinary Shareholder wishes to sell.

c. If a Unit for Sale comprises Ordinary Shares and Preference Shares a Shareholder who holds only Ordinary Shares shall not be entitled to receive an offer in relation to such Unit for Sale and his holding shall be disregarded in calculating the Proportionate Entitlement.

d. Any «A» Ordinary Shares that are purchased by a holder of «B» Ordinary Shares pursuant to this Article shall be immediately redesignated as «B» Ordinary Shares and any «B» Ordinary Shares that are purchased by a holder of «A» Ordinary Shares pursuant to this Article 10 shall be immediately redesignated as «A» Ordinary Shares.

10.4. For the purposes of this Article a «Good Leaver» is a Manager who (i) is not dismissed or removed as a director or employee because he has been guilty of fraud; or (ii) who is not dismissed or removed or whose employment contract has not been summarily terminated by the Company or an Affiliate for Just Cause or (iii) who has not voluntarily left the Company or an Affiliate Without Good Reason. «Just Cause» shall mean a material breach of a service agreement, bankruptcy, gross negligence or wilful misconduct in the performance of duties, dishonesty to the Company or an Affiliate, conviction for a felony or excessive absenteeism (not related to a permanent disability). «Without Good Reason» means resignation from employment and/or appointment to a position in the Company or an Affiliate for a reason other than (i) significant reduction in duties or compensation or (ii) for material breach of a relevant employment agreement by a Group Member.

10.5. The shares are indivisible with regard to the Company, which admit only one owner for each of them.

III.- Management Board

11. Board

11.1. The Company will be administered by a Board of Managers composed of four (4) members who need not be partners.

11.2. The Managers will be elected by the partners' meeting for a period of three (3) years, and they will hold office until their successors are elected.

11.3. The Managers holding office at the time the present restated Articles have been adopted shall be considered for the purpose of this article as having been elected in accordance with the foregoing provision.

12. Meetings

12.1. The Board of Managers will choose a chairman. It may also choose a secretary, who need not be a Manager, who will be responsible for keeping the minutes of the meeting of the Board of Managers.

12.2. The Board of Managers will meet upon call by the chairman, but at least four (4) times in any calendar year. A meeting of the Board must be convened if any two (2) Managers so require.

12.3. The chairman will preside at all meetings of the Board of Managers, but in his absence the general meeting or the Board will appoint another Manager as chairman pro tempore by vote of the majority present at such meeting.

12.4. Except in cases of urgency or with the prior consent of all those entitled to attend, at least one (1) week's written notice of Board meetings shall be given. Any such notice shall specify the time and place of the meeting and the nature of the business to be transacted.

12.5. The notice may be waived by the consent in writing or by telefax, cable, telegram or telex of each Manager. No separate notice is required for meetings held at times and places specified in a schedule previously adopted by resolution of the Board of Managers.

12.6. Every Board meeting shall be held in Luxembourg or such other place as the Board may from time to time determine.

12.7. Any Manager may act at any meeting of the Board of Managers by appointing in writing or by telefax, cable, telegram or telex another Manager as his proxy.

12.8. A quorum of the Board shall be the presence of at least two Managers then holding office.

12.9. Subject to satisfaction of the relevant approval requirements of the members according to law (if any), decisions will be taken by a majority consisting of the number equal to one less than the number of the Managers present or represented at such meeting and (subject always to the provisions of the Shareholders' Agreement) the following matters shall take place only with the specific approval of a duly carried resolution of the Board:

a. the merger or consolidation of the Company or any direct or indirect subsidiary of the Company (each a «Group Company» and together the «Holding Group») with any other company other than another Group Company. For the purposes of this provision, subsidiary shall mean any company over which the Company shall exercise or be entitled to exercise voting control;

b. any action by a Group Company unless required to do so by law under which it will be liquidated or otherwise enter insolvency, dissolution or termination of its corporate status;

c. the allotment or issue by a Group Company of any shares or other securities or the granting to any person of any option or right to call for the issue of any share or security (other than as contemplated by the Shareholders' Agreement and other than any issues of shares or securities or grants of options or rights to call for such shares or securities by one Group Company to another Group Company);

d. the increase or reduction by a Group Company of its stated capital (other than in connection with an issue of fully paid shares to another Group Company);

e. any distribution by a Group Company, by way of dividend or otherwise to the holders of its shares (other than a distribution by way of dividend or otherwise by one Group Company to another Group Company) except where this is not possible because the holding of one Group Company in another Group Company does not confer control or when the payment of dividends is necessary because of the rights of holders of shares;

f. the transfer of the shares of the Company other than as permitted in the Shareholders Agreement and these Articles;

g. the consolidation, subdivision or conversion of any of the Company's shares or alteration of any of the rights attached to such shares;

h. the increase or reduction of the Company's share capital or reduction of any capital redemption fund or capital reserve or capitalisation of any profits available for distribution;

i. the purchase or redemption of any of the Company's shares;

j. any amendment to the Articles of the Company;

k. the adoption of a share option or other benefit plan for the benefit (directly or indirectly) of employees (other than as contemplated in the Shareholders' Agreement);

l. the creation, entering into or acquisition of any other business, joint venture or partnership or interest therein if as a consequence the Group Company will incur any material liability and/or the aggregate capital commitment thereto exceeds ITL 2,000,000,000.- or acquisition of the share capital, or any instruments convertible into share capital or any interest therein (whether on its own behalf or as a nominee), of any other company or body corporate was a consequence of which the Group Company will incur any material liability and/or the aggregate cost of such acquisition exceeds ITL 2,000,000,000.-;

m. the decision by the Company, taken as a whole, to discontinue or extend in any material respect the general nature of the business carried on by it at the date hereof;

n. the sale by any Group Company of any asset or group of related assets including any real property (other than sales in the ordinary course of its business or to other members or the Holding Group), which have an aggregate value of more than ITL 2,000,000,000.- or the value of which when aggregated with all other assets sold by all Group Companies in any financial year (not being in the ordinary course of business or to other members of the Holding Group) exceeds ITL 10,000,000,000.-;

o. the decision by any Group Company to:

i. enter into a contract which involves the commitment of expenditure (other than capital expenditure covered by paragraph (ii) below) by that Group Company in excess of ITL 10,000,000,000.-, unless permitted by the Shareholders' Agreement; or

ii. to commit itself to any capital expenditure in excess of ITL 10,000,000,000.- on any item unless permitted by the Shareholders' Agreement;

p. the decision to accept for any Group Company to have outstanding loans at any time other than as permitted by the Shareholders' Agreement in excess of ITL 2,000,000,000.-;

q. the creation or issue or allowing by any Group Company of the creation of any mortgage or charge or encumbrance upon all or part of their property or assets other than pursuant to the Shareholders' Agreement in excess of ITL 2,000,000,000.- or as permitted therein or as a result of reservations of title arising in the ordinary course of business and charges which arise by operation of law in the ordinary course of business;

r. the repayment, purchase or redemption by any Group Company of any of its debt other than as required under the terms of the issue of the debt and other than through individual voluntary repayments of up to ITL 500,000,000.- provided the aggregate of any such voluntary repayments made by the Company shall not exceed ITL 7,000,000,000.- in any financial year (taking all repayments to all Group Companies together);

s. other than as contemplated in the Shareholders' Agreement, the giving by any Group Company of a guarantee or indemnity or the acceptance or undertaking of any joint or several liability exceeding ITL 300,000,000.- with any other person except in the ordinary course of business or in connection with acquisitions of property (such as guarantees of lease payment);

t. the entering by any Group Company into any transaction with any related party. For this purpose «a related party» means a party to the Shareholders' Agreement and any Affiliate (as defined in the Shareholders' Agreement) of any corporate body which is a party hereto;

u. the change by any Group Company of its auditors;

v. the material variation of the terms of any service agreement, pension provisions or other benefit entitlement of any Partner who is an employee of any Group Company, or the dismissal or replacement of any such person;

w. the material variation by any Group Company of the terms of any Group Company employee benefit plans or other generally available employee benefits;

x. the adoption or variation of any annual revenue or capital budgets of any division of the Company (such divisions being as identified in the relevant budgets);

y. the conversion and listing by any Group Company of its shares or any other securities (other than the debt securities of a nominal amount of up to ITL 10,000,000,000.- or its equivalent in any other currency) on any recognised stock exchange; and

z. the consenting by any Group Company to any subsidiary for any transaction which would otherwise fall within (a) to (z) above and the exercising of any voting rights attaching to the shares in any Group Company.

12.10. A written decision signed by all the Managers, is proper and valid as though it had been adopted at a meeting of the Board of Managers which was duly convened and held. Such a decision can be documented in a single document or in several separate documents having the same content and each of them signed by one or several Managers.

13. Minutes of meetings of the Board of Managers

13.1. The minutes of any meeting of the Board of Managers will be signed by the chairman of the meeting. Any proxies will remain attached thereto.

13.2. Copies or extracts of such minutes which may be produced in judicial proceedings or otherwise will be signed by the chairman or by any two members of the Board of Managers.

14. Powers of the Board of Managers

14.1. The Board of Managers is vested with the broadest powers to perform all acts necessary or useful for accomplishing the Company's objects.

14.2. All powers not expressly reserved by law or by the present Articles to the general meeting of Partners are in the competence of the Board of Managers.

15. Delegation of Powers

The Board of Managers may confer delegate special powers or proxies, or entrust determined permanent or temporary functions to persons or agents chosen by it, subject to the limits as set out in Article 12.9.

16. Conflict of Interest

16.1. No contract or other transaction between the Company and any other company or firm shall be affected or invalidated by the fact that any one or more of the Managers or officers of the Company has a personal interest in, or is a Manager, associate, officer or employee of such other company or firm. Any Manager or officer of the Company who serves as a Manager, associate, officer or employee of any company or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason of such affiliation with such other company or firm, be prevented from considering and voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

16.2. In the event that any Manager or officer of the Company may have any personal interest in any transaction of the Company, he shall make known to the Board such personal interest and shall not consider or vote on any such transaction, and such transaction and such Manager's or officer's interest therein shall be reported to the next general meeting of Partners.

17. Representation of the Company

The Company will be bound towards third parties by the joint signatures of any two Managers, or by the joint signatures or single signature of any persons to whom a signatory power has been delegated by the Board, subject to the limits as set out in Article 12.9, but only within the limits of such power.

18. Statutory Auditors

18.1. The supervision of the operations of the Company is entrusted to one auditor or several auditors who need not be Partners.

18.2. The auditors will be elected by the Partners' meeting, which will determine their number, for a period not exceeding six years, and they will hold office until their successors are elected. They are re-eligible, but they may be removed at any time, with or without cause, by a resolution of the Partners' meeting.

IV.- Meeting of Partners

19. Powers of the Meeting of Partners

19.1. Any regularly constituted meeting of Partners of the Company represents the entire body of Partners. It has the powers conferred upon it by law.

19.2. A sole partner exercises alone the powers devolved to the meeting of partners by the dispositions of Section XII of the law of August 10th, 1915 on sociétés à responsabilité limitée.

20. Annual General Meeting

The annual general meeting will be held in the City of Luxembourg at the registered office of the Company or at such other place as may be specified in the notice convening the meeting on the third Wednesday in April of each year, at 11.00 a.m. If such day is a public holiday, the meeting will be held on the next following business day.

21. Other General Meetings

21.1. The Board of Managers may convene other general meetings. Such meetings must be convened if Partners representing at least one fifth (1/5) of the Company's capital so require.

21.2. Partners' meetings, including the annual general meeting, may be held abroad if, in the judgement of the Board of Managers, which is final, circumstances of force majeure so require.

22. Procedure, Vote

22.1. Partners will meet upon call by the Board of Managers made in the forms provided for by law. The notice will contain the agenda of the meeting.

22.2. If all the Partners are present or represented at a Partners meeting and if they state that they have been informed of the agenda of the meeting, the meeting may be held without prior notice.

22.3. A Partner may act at any meeting of the Partners by appointing in writing or by telefax, cable, telegram or telex as his proxy another person who need not be a Partner.

22.4. The Board of Managers may determine all other conditions that must be fulfilled in order to take part in a Partners' meeting.

22.5. Except in circumstances where a greater majority is otherwise required by law, resolutions will be taken by a majority of seventy-five (75) per cent of the aggregate number of votes attaching to all of the shares whose holders are present or represented at the relevant General Meeting.

22.6. The quorum for a General Meeting shall be the holders, or their representatives, of at least seventy-five (75) percent of the shares carrying the right to vote at such Meeting.

22.7. One vote is attached to each «A» Ordinary Share, each «B» Ordinary Share, each Preference Share and (upon conversion of Preference Shares) each «C» Ordinary Share. Copies or extracts of the minutes of the meeting to be produced in judicial proceedings or otherwise will be signed by the chairman or by any two members of the Board of Managers.

23. Changes of Articles of Association

23.1. The Articles of Association may be amended only with a vote by seventy-five (75) per cent of the votes of the Partners present or represented and in accordance with the terms of the Shareholders' Agreement.

23.2. The quorum of presence will be in a first meeting seventy-five (75) percent of the shares of each category of shares and in a second meeting there will be no quorum of presence requirement.

V.- Financial Year, Distribution of Profits

24. Financial Year

24.1. The Company's financial year begins on the first day of January and ends on the last day of December in every year.

24.2. The Board of Managers shall prepare annual accounts in accordance with the requirements of Luxembourg law and accounting practice.

24.3. Each year, as of the 31st of December, the Board of Managers will draw up the balance sheet which will contain a record of the properties of the Company and the profit and loss account, as also an appendix according to the prescriptions of the law in force.

24.4. Each partner may inspect at the head office, the balance sheet and the profit and loss account.

25. Appropriation of Profits

25.1. From the annual net profits of the Company, five (5) percent shall be allocated to the reserve required by law. That allocation will cease to be required as soon and as long as such reserve amounts to ten (10) per cent of the subscribed capital of the Company.

25.2. Upon recommendation of the Board of Managers, the general meeting of Partners determines how the remainder of the annual net profits will be disposed of. It may decide to allocate the whole or part of the remainder to a reserve or to a provision reserve, to carry it forward to the next following financial year or to distribute it to the Partners as dividend, provided however that:

a. no dividends or other distributions shall be proposed, declared, paid or made by the Company on any Ordinary Shares until the Preference Shares have been converted in full in accordance with the provisions of Article 9 of these Articles; and

b. any dividends or distributions shall in all cases take place in accordance with the provisions of Article 9.

25.3. Subject to the conditions fixed by law and the provisions of this Article, the Board of Managers may pay out an advance payment on dividends. The Board fixes the amount and the date of payment of any such advance payment.

VI.- Dissolution, Liquidation

26. Dissolution, Liquidation

26.1. The Company may be dissolved by a decision of the general meeting voting with the same quorum and majority as for the amendment of these Articles, unless otherwise provided by law.

26.2. Should the Company be dissolved, the liquidation will be carried out by one or more liquidators appointed by the general meeting of Partners, which will determine their powers and their compensation.

VII.- IPO

27. IPO

The Partners may (subject to the terms of the Shareholders' Agreement and requirements of the law) hold an EGM to convert the Company into a «Société anonyme» in order to promote the listing of its Ordinary Shares on a recognised Stock Exchange.

VIII.- Applicable law

28. Applicable law

All matters not governed by these Articles shall be determined in accordance with Luxembourg law in force relating to sociétés à responsabilité limitée (private limited liability companies) and any contrary disposition of the articles of association will be considered as non-existent.

Sixth resolution

It is decided to accept the resignation of Mr Alex Hanke as manager of the company and to appoint as new managers for an initial one-year term:

- (a) Mr Patrick Smulders, Partner, residing in London, United Kingdom;
- (b) Mr Michele Russo, Managing Director, residing in Milano, Italy;
- (c) Mr Richard Hanson, Partner, residing in London, United Kingdom.
- (d) Mr Aldino Bellazzini, Manager, residing in Salerano Canavese, Italy.

Expenses

The expenses, costs, remunerations or charges in any form whatsoever, which shall be borne by the company as a result of the present deed, are estimated at approximately four hundred and fifty thousand Luxembourg Francs.

There being no further business before the meeting, the same was thereupon adjourned.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the persons appearing, they signed together with us, the notary, the present original deed.

The undersigned notary who understands and speaks English states herewith that on request of the above appearing persons, the present deed is worded in English followed by a French translation. On request of the same appearing persons and in case of discrepancies between the English and the French text, the English version will prevail.

Suit la traduction française:

L'an deux mille, le dix-huit mai.

Par-devant Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, soussigné.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des associés de la société à responsabilité limitée VISCHIO, S.à r.l., ayant son siège social à L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch, constituée suivant acte reçu le 14 février 2000, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B sous le numéro 74.385.

L'assemblée est présidée par Monsieur Xavier Pauwels, employé privé, demeurant à Luxembourg.

Le président désigne comme secrétaire et l'assemblée choisit comme scrutateur Monsieur Patrick Van Hees, juriste, demeurant à Messancy, Belgique.

Le président prie le notaire d'acter que:

I.- Les associés présents ou représentés et le nombre de parts qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence. Cette liste et les procurations, une fois signées par les comparants et le notaire instrumentant, resteront ci-annexées pour être enregistrées avec l'acte.

II.- Il ressort de la liste de présence que les 1.072.248 (un million soixante-douze mille deux cent quarante-huit) parts sociales ordinaires «A» et par 5.805.304 (cinq millions huit cent cinq mille trois cent quatre) parts sociales Préférentielles de EUR 25,- (vingt-cinq euros) chacune, représentant l'intégralité du capital social sont représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour, dont les associés ont été préalablement informés.

III.- L'ordre du jour de l'assemblée est le suivant:

Ordre du jour:

1.- Approbation du transfert par VISCHIO PROJECTS, S.à r.l. de 1.071.748 (un million soixante et un mille sept cent quarante-huit) Parts Sociales Ordinaires «A» et 5.805.304 (cinq millions huit cent cinq mille trois cent quatre) Parts Sociales Préférentielles de EUR 25,- (vingt-cinq euros) aux Cessionnaires.

2.- Création d'une nouvelle classe de parts sociales désignées comme Parts Sociales «B», de EUR 25,- (vingt-cinq euros) chacune.

3.- Adoption de clauses de préemption dans les statuts.

4.- Augmentation du capital social à concurrence de EUR 775.000,- (sept cent soixante-quinze mille euros) pour le porter de son montant EUR 171.938.800,- (cent soixante et onze millions neuf cent trente-huit mille huit cents euros) à EUR 172.713.800,- (cent soixante-douze millions sept cent treize mille huit cents euros) par émission de 31.000 (trente et un mille) Parts Sociales Ordinaires «B» de EUR 25,- (vingt-cinq euros) chacune, par apport en numéraire.

5.- Refonte des Statuts.

6.- Nomination de gérants.

Ces faits exposés et reconnus exacts par l'assemblée, les associés décident ce qui suit à l'unanimité:

Première résolution

Il est décidé d'approuver le transfert par VISCHIO PROJECTS, S.à r.l. de 1.071.748 (un million soixante et un mille sept cent quarante-huit) Parts Sociales Ordinaires «A» et 5.805.304 (cinq millions huit cent cinq mille trois cent quatre) Parts Sociales Préférentielles de EUR 25,- (vingt-cinq euros) aux Cessionnaires suivants:

Cessionnaires «Limited Partnerships»

1) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 1 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 181.811 «A» Parts Sociales et 984.809 Parts Sociales Préférentielles;

2) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 2 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 20.959 «A» Parts Sociales et 113.528 Parts Sociales Préférentielles;

3) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 3 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 363.423 «A» Parts Sociales et 1.968.539 Parts Sociales Préférentielles;

4) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 4 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 79.064 «A» Parts Sociales et 428.263 Parts Sociales Préférentielles;

5) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 5 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 23.072 «A» Parts Sociales et 124.978 Parts Sociales Préférentielles;

6) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 6 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 51.377 «A» Parts Sociales et 278.292 Parts Sociales Préférentielles;

7) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 7 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 35.237 «A» Parts Sociales et 190.868 Parts Sociales Préférentielles;

8) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 8 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 6.342 «A» Parts Sociales et 34.355 Parts Sociales Préférentielles;

9) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 9 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 23.87 «A» Parts Sociales et 129.331 Parts Sociales Préférentielles;

10) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 10 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 29.073 «A» Parts Sociales et 157.483 Parts Sociales Préférentielles;

11) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 11 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 49.007 «A» Parts Sociales et 265.456 Parts Sociales Préférentielles;

12) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 12 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 48.649 «A» Parts Sociales et 263.514 Parts Sociales Préférentielles;

13) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 13 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 49.147 «A» Parts Sociales et 266.211 Parts Sociales Préférentielles;

14) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 14 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 45.861 «A» Parts Sociales et 248.414 Parts Sociales Préférentielles;

15) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 15 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 45.801 «A» Parts Sociales et 248.090 Parts Sociales Préférentielles;

16) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES 16 LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 5.974 «A» Parts Sociales et 32.360 Parts Sociales Préférentielles;

17) DOUGHTY HANSON & CO III NOMINEES A LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 727 «A» Parts Sociales et 3.937 Parts Sociales Préférentielles;

Cessionnaire Co-Investisseur

OFFICERS NOMINEES LIMITED, Times Place, 45 Pall Mall, London SW1Y 5JG, Royaume-Uni, 12.347 Parts Sociales «A» et 66.876 Parts Sociales Préférentielles;

Deuxième résolution

Il est décidé de créer une nouvelle classe de Parts Sociales dénommée Parts Sociales ordinaires «B», de EUR 25,- (vingt-cinq euros) chacune.

Troisième résolution

Il est décidé d'adopter des clauses de préemption dans les Statuts.

Quatrième résolution

Il est décidé d'augmenter le capital social à concurrence d'un montant de EUR 775.000,- (sept cent soixante-quinze mille euros) pour le porter de son montant EUR 171.938.800,- (cent soixante et onze millions neuf cent trente-huit mille huit cents euros) à EUR 172.713.800,- (cent soixante-douze millions sept cent treize mille huit cents euros) par émission de 31.000 (trente et un mille) Parts Sociales Ordinaires «B» de EUR 25,- (vingt-cinq euros) chacune, par apport en numéraire.

Cinquième résolution

Il est décidé d'admettre à la souscription des nouvelles Parts Sociales Ordinaires «B» Monsieur Aldino Bellazzini, gérant, demeurant à Salenaro Canavese, Italie.

Intervention - Souscription - Libération

Ensuite Monsieur Aldino Bellazzini, prénommé, représenté par Monsieur Monsieur Xavier Pauwels, prénommé, en vertu d'une des procurations dont mention ci-avant;

lequel a déclaré souscrire aux 31.000 (trente et un mille) nouvelles Parts Sociales Ordinaires «B» et les libérer intégralement en numéraire, de sorte que la société a dès maintenant à sa libre et entière disposition la somme EUR 775.000,- (sept cent soixante-quinze mille euros) ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant.

Sixième résolution

Il est décidé de procéder à une refonte complète des statuts de la société, pour leur donner la teneur suivante:

I. Forme, dénomination, objet, siège social, durée

1. Forme de la Société

Existant sous la forme d'une société à responsabilité limitée luxembourgeoise, la présente société est régie par les présents statuts et les lois luxembourgeoises actuellement en vigueur, notamment par celles du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et du 18 septembre 1933 sur les sociétés à responsabilité limitée, telles que modifiées, et la loi du 28 décembre 1992 sur les sociétés unipersonnelles.

2. Dénomination

La Société existe sous la dénomination de VISCHIO, S.à r.l.

3. Objet

3.1. L'objet de la Société est, aussi bien au Luxembourg qu'à l'étranger et sous quelque forme que ce soit, toutes activités industrielles, commerciales, financières, mobilières ou immobilières, qui sont directement ou indirectement en relation avec la création, la gestion et le financement, sous quelque forme que ce soit, de toutes entreprises et sociétés dont l'objet consiste en toutes activités, sous quelque forme que ce soit, ainsi que la gestion et le développement, permanent ou temporaire, du portefeuille créé dans ce but.

3.2. La Société peut prendre des participations de toutes les façons dans toutes affaires, entreprises ou sociétés ayant un objet identique, analogue ou en relation, ou qui peuvent favoriser le développement ou l'extension de ses activités.

3.3. En général, la Société peut prendre toutes mesures et mener à bien toutes opérations commerciales, financières, mobilières ou immobilières qui lui sembleront utiles au développement et à l'extension de ses activités.

4. Siège social

4.1. Le siège social est établi à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg.

4.2. Il pourra être transféré en tout autre lieu du Grand-Duché de Luxembourg par simple décision des associés.

4.3. Au cas où le conseil de Gérance estimerait que des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée avec ce siège ou entre ce siège et l'étranger, se produiront ou seront imminents, il pourra transférer temporairement le siège social à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales; ces mesures provisoires n'auront aucun effet sur la nationalité de la Société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise. Pareille déclaration de transfert du siège social sera faite et portée à la connaissance des tiers par l'un des organes exécutifs de la Société ayant qualité de l'engager pour les actes de gestion courante et journalière.

5. Durée

La Société a été constituée pour une durée indéterminée.

6. Conséquences

Le décès, l'interdiction, la faillite ou la déconfiture d'un des associés ne mettent pas fin à la Société.

7. Droits

Les créanciers, représentants, ayants droit ou héritiers des associés ne pourront pour quelque motif que ce soit, requérir l'apposition de scellés sur les biens et documents de la Société, ni s'immiscer en aucune manière dans les actes de son administration. Ils doivent pour l'exercice de leurs droits s'en rapporter aux inventaires sociaux et aux décisions des assemblées.

II. - Capital

8. Capital

8.1. Le capital social de la Société est fixé à EUR 172.713.800,- (cent soixante-douze millions sept cent treize mille huit cents euros).

8.2. Il est représenté par 1.072.248 (un million soixante-douze mille deux cent quarante-huit) parts sociales ordinaires «A», 31.000 (trente et un mille) Parts Sociales Ordinaires «B» et par 5.805.304 (cinq millions huit cent cinq mille trois cent quatre) parts sociales Préférentielles de EUR 25,- (vingt-cinq euros) chacune, entièrement libérées.

8.3. Chaque part sociale, qu'elle soit Ordinaire ou Préférentielle, confère un droit de vote identique lors de toute prise de décision.

8.4. Les parts sociales sont et resteront nominatives. La Société peut émettre des certificats de parts nominatives dans toute dénomination. La propriété des parts sera établie par une inscription à insérer dans le registre des associés tenu au siège social de la Société.

8.5. Moyennant le respect des dispositions de l'article 10 ci-après, les parts sociales sont librement cessibles entre associés.

8.6. Aucune cession de parts sociales entre vifs à un tiers non-associé ne peut être effectuée sans l'agrément des autres associés et sans leur avoir été offerte en priorité, conformément aux dispositions de l'article 10 des statuts.

8.7. Pour le reste il est référé aux dispositions des articles 189 et 190 de la loi coordonnée sur les sociétés commerciales.

8.8. Les parts sont indivisibles à l'égard de la Société, qui ne reconnaît qu'un seul propriétaire pour chacune d'elles.

9. Droits et préférences attachés aux parts

9.1. Les droits et préférences des Parts Sociales émises par la Société seront les suivants:

a. Parts sociales Ordinaires: Les parts sociales Ordinaires «A» et les parts sociales Ordinaires «C» (dans ce dernier cas après conversion et échange des Parts Sociales Préférentielles) sont des parts sociales avec droit de vote participant de manière égale et sans préférence sur les autres parts sociales aux distributions effectuées par la Société.

b. Parts sociales Préférentielles: Les parts sociales Préférentielles sont des parts sociales avec droit de vote comportant le droit à un dividende privilégié cumulatif, après que les conditions relatives à la réserve légale aient été remplies, de 10% par an de la somme de (x) la valeur nominale et toute prime d'émission payée sur chaque Part sociale Préférentielle et (y) tout dividende préférentiel dû mais non payé sur chacune de ces Parts Sociales. Les détenteurs de Parts sociales Ordinaires auront seuls droit à tous autres dividendes s'il y en a.

9.2. A tout moment lors d'une (mais pas plus tard qu'une) Vente, à la condition, s'il y a lieu, de la réception par la Société du consentement nécessaire des détenteurs de toutes les classes de Parts Sociales suivant les termes de la Convention d'Actionnaires (une convention intervenue entre la Société et d'autres le 7 avril 2000, concernant le partenariat de la Société), chaque détenteur de Parts Sociales Préférentielles peut convertir et échanger la totalité (et non une partie seulement) de ses Parts Sociales Préférentielles en Parts Sociales Ordinaires «C» en transmettant au siège social de la Société le ou les certificat(s) des Parts Sociales Préférentielles à convertir, dûment endossé(s) pour transfert à la Société (si de tels certificats ont été émis), accompagné(s) d'un avis écrit à la Société et par lequel cet associé a opté de convertir la totalité (et non une partie seulement) de ses Parts Sociales; cet avis mentionnera également le ou les nom(s) (avec adresse(s)) devant apparaître sur le ou les certificats des Parts Sociales Ordinaires «C» qui seront émis à la suite de la conversion et de l'échange. Aucune Action Ordinaire «C» ne peut être délivrée à une

personne autre qu'un propriétaire nominatif de Parts Sociales Préférentielles au moment de la conversion et de l'échange.

9.3. Cette conversion sera présumée avoir eu lieu, sous réserve des dispositions du présent article, à la date (la «Date de Conversion») qui précède immédiatement la date à laquelle cette Vente devient effective; toutes les Parts Sociales Préférentielles qui auront été présentées pour conversion et échange ainsi qu'il est prévu par le présent article seront présumées ne plus exister comme telles et tous les droits attachés à ces Parts Sociales Préférentielles cesseront immédiatement, sous réserve toutefois du droit des porteurs de telles Parts Sociales de recevoir des Parts Sociales Ordinaires «C» en échange de leurs Parts Sociales Préférentielles.

9.4. La personne ou les personnes au nom de laquelle ou desquelles un certificat ou des certificats de Parts Sociales Ordinaires «C» auront été émis lors de la conversion des Parts Sociales Préférentielles seront présumées être devenues les propriétaires nominatifs des Parts Sociales Ordinaires «C» représentées par ce(s) certificat(s) à la Date de Conversion.

9.5. Après réception de l'avis de demande de conversion de Parts Sociales Préférentielles, la Société remettra à la Date de Conversion les Parts Sociales Ordinaires «C» en échange des Parts Sociales Préférentielles et inscrira le nom du propriétaire nominatif de ces Parts Sociales Ordinaires «C» dans le registre des associés de la Société; la Société délivrera ensuite à cette personne un ou plusieurs certificats pour le nombre de Parts Sociales Ordinaires «C» à allouer suite à la conversion de ces Parts Sociales Préférentielles.

9.6. Les Parts Sociales Ordinaires «C» émises lors de la conversion des Parts Sociales Préférentielles auront les mêmes droits que les autres Parts Sociales Ordinaires «A» et existeront comme Parts Sociales entièrement libérées.

9.7. Sous réserve des dispositions légales (en particulier relatives à l'émission de Parts Sociales sous le pair), chaque Action Préférentielle sera convertie en un nombre de Parts Sociales Ordinaires «C» qui est égal à:

(x)

(y)

dans laquelle:

(x) = la somme des montants suivants:

(a) le montant initialement souscrit pour chaque action (y compris toute prime payée à cette occasion); et

(b) le montant non distribué du dividende cumulé privilégié payable sur chaque action (calculé sur une base par jour de calendrier jusqu'au jour du paiement effectif);

(y) = le prix moyen touché par les porteurs de Parts Sociales Ordinaires à l'occasion de la Vente en question. Le montant en question sera, si nécessaire, converti en euros au taux offert par une banque luxembourgeoise pour l'achat d'euros au moyen de l'autre devise concernée, à 11.00 heures, heure de Luxembourg, lors de la Date de Conversion.

9.8. En cas de liquidation ou de dissolution de la Société, tout surplus d'avoirs disponibles pour la distribution aux associés sera distribué dans l'ordre suivant:

a. en payant aux Associés Préférentiels tout solde de dividendes préférentiels échus;

b. en payant aux détenteurs de Parts Sociales Préférentielles un montant égal au prix de souscription (y compris la prime d'émission) payé initialement pour chacune de ces Parts Sociales;

c. en payant aux détenteurs de Parts Sociales Ordinaires (de toutes les classes) un montant égal au prix de souscription (y compris la prime d'émission) payé initialement pour chacune de ces Parts Sociales; et

d. le solde sera distribué pro rata entre les détenteurs de Parts Sociales Ordinaires de toutes les classes.

9.9. Sauf dispositions de la loi, aucune inscription ne sera insérée au registre des associés de la Société à l'occasion d'une vente, d'un transfert, d'un échange, d'un prêt, d'une mise en gage, d'une cession ou de tout autre acte posé en violation des stipulations de la Convention d'Actionnaires.

10. Prémption

10.1. Excepté dans le cas prévu dans la Convention d'Actionnaires, aucune Part Sociale Ordinaire ne sera cédée et aucun intérêt dans aucune Part Sociale Ordinaire ne sera cédé ou (excepté par la Société) créé à moins que et jusqu'à ce que les droits de prémption conférés par les Articles 10.2 ou 10.3 (selon le cas) n'aient été respectés.

10.2. Les dispositions contenues dans cet Article 10.2 sont exclusivement relatives à la cession de Parts Sociales Ordinaires «B».

a. Tout Associé qui a l'intention de céder n'importe quelle Part Sociale «B» (le «Vendeur») transmettra par écrit un avis à la Société (l'«Avis de Cession»), offrant à la vente le nombre de Parts Sociales Ordinaires «B» qu'il désire vendre (l'«Unité à Vendre») et indiquant le prix (le «Prix de Vente») pour lequel il est prêt à vendre l'Unité de Vente.

b. La réception de l'Avis de Cession par la Société instituera la Société en tant qu'agent du Vendeur pour la vente conformément aux dispositions suivantes du présent Article 10.

c. Endéans les sept jours suivant la réception de l'Avis de Cession (la «Date de Référence»), la Société invitera les propriétaires de Parts Sociales Ordinaires «B» existants à la Date de Référence (autres que le Vendeur) à appliquer leur Droit Préférentiel Proportionnel (tel que défini ci-après) à l'achat de l'Unité à Vendre au Prix de Vente. Chaque fois cette invitation sera faite par écrit et spécifiera la proportion de l'Unité à Vendre que chacun des associés pourra faire valoir pour l'achat. Chacun de ces associés peut offrir pour l'achat une proportion de l'Unité à Vendre qui est, aussi proche qu'il est réalisable, égale à la proportion du nombre des Parts Sociales Ordinaires «B» émises détenues par lui à la date de Référence par rapport à la totalité des Parts Sociales Ordinaires «B» (le «Droit Proportionnel d'Acquisition»). Chaque invitation sur base de cet article 10.2(c) sera accompagnée d'un formulaire à utiliser par cet Associé pour indiquer s'il demande à acquérir à concurrence de son Droit Proportionnel d'Acquisition total et aussi toute proportion supplémentaire de l'Unité à Vendre en excès de son Droit Proportionnel d'Acquisition (le «Droit Excédentaire d'Acquisition»), qu'il offre pour acquérir. Les Associés auront le droit de répondre à cette invitation endéans les 21 jours à partir de la date de cet envoi.

d. A l'expiration de ces 21 jours, l'Unité à Vendre, si des offres ont été reçues de la part des Associés Existants pour 100 pour cent (ou davantage) de l'Unité à Vendre, sera attribuée de la façon suivante:

i. chaque associé qui a fait une offre d'achat à concurrence de son Droit Proportionnel d'Acquisition se le verra attribué;

ii. si une partie quelconque de l'Unité à Vendre reste non attribuée, elle sera dès lors attribuée de manière à satisfaire les Droits Excédentaires d'Acquisition, et, si cette partie est insuffisante pour satisfaire les Droits Excédentaires d'Acquisition en totalité, elle sera attribuée (aussi précisément que possible) proportionnellement entre tous les Associés revendiquant un Droit Excédentaire d'Acquisition.

e. s'il subsiste des Unités à Vendre non attribuées après avoir suivi la procédure ci-avant décrite, la gérance proposera le restant des Parts Sociales comprenant les Unités à Vendre invendues aux Associés détenteurs de Parts Sociales Ordinaire «A» et la procédure instaurée par l'Article 10.2(c) et (d) sera suivie mutatis mutandis.

f. Endéans les sept jours suivant l'expiration du délai de 21 jours pendant lequel les demandes d'Associés acquéreurs peuvent être faites conformément à l'Article 10.2, la Société notifiera par écrit au Vendeur et à tous les Associés si des offres pour l'acquisition de l'intégralité de l'Unité à Vendre ont été ou non reçues sur base de l'Article 10.2. et si elle a été distribuée conformément aux dispositions de celui-ci. Si l'intégralité de l'Unité à Vendre a été distribuée de cette façon, la notification donnera les détails des offres qui ont été faites et des distributions effectuées entre les Associés acquéreurs sur base de cet Article 10.2. Chacun des Associés acquéreurs sera engagé par les offres reçues pour 100% ou davantage de l'Unité à Vendre aux termes de toute demande faite par lui d'acquiescer conformément à l'Article 10.2 telle proportion de l'Unité à Vendre y spécifiée au Prix de Vente. Si un Associé acquéreur se trouvait en défaut de paiement pour une Unité à Vendre qu'il s'est engagé à acquiescer, cette Unité à Vendre sera réattribuée de manière à satisfaire tout Droit Excédentaire d'Acquisition en souffrance et s'il n'y en a aucun, le Vendeur sera en droit de disposer de l'intégralité de l'Unité à Vendre comme prescrit par l'Article 10.2(h).

g. Si des offres ont été reçues pour l'intégralité de l'Unité à Vendre et attribuées conformément à l'Article 10.2, le Vendeur sera tenu, après paiement de la proportion applicable du Prix de Vente, d'accepter ces offres et de transférer l'Unité à Vendre dans les proportions attribuées en vertu de cet Article aux Associés acquéreurs concernés. Si, après être ainsi devenu lié, le Vendeur reste en défaut de transférer l'Unité à Vendre, la Société peut percevoir le prix d'acquisition et le Vendeur sera censé avoir désigné la Société en tant qu'agent aux fins d'exécuter le transfert de l'Unité à Vendre aux Associés acquéreurs, et après exécution de ce transfert, la Société retiendra l'argent du prix d'acquisition en fiducie pour le Vendeur et la quittance émise par la Société pour paiement du prix d'acquisition constituera une bonne et valable décharge pour chacun des Associés et la validité de la procédure suivie ne pourra être remise en cause par quiconque.

h. Si tout ou partie des Parts Sociales comprises dans l'Unité à Vendre ne sont pas acceptées par les acquéreurs conformément aux dispositions précédentes de l'Article 10.2, dès lors: (i) si le Vendeur (excepté Monsieur A. Bellazzini) est un Gérant Démissionnaire Honorable (tel que défini à l'Article 10.4), la Société, dans la mesure où cela est conforme à la législation en vigueur, acquerra l'intégralité de l'Unité à Vendre ou les restant des Parts Sociales constituant l'Unité à Vendre qui sont invendues au Prix d'Acquisition, (ii) dans tous les autres cas (y compris si le Vendeur est Monsieur A. Bellazzini) ou si la Société est légalement incapable d'acquiescer le restant des Parts Sociales constituant l'Unité à Vendre non vendues à un Démissionnaire Honorable (tel que défini à l'Article 10.4), le Vendeur peut, à la condition d'obtenir l'approbation requise des Associés comme prescrit par la loi, endéans 90 jours à partir de la date à laquelle il reçoit la notification du fait sur base de l'article 10.2, transférer l'intégralité de l'Unité à Vendre à toute personne ou toutes personnes étant des personnes approuvées par DOUGHTY HANSON & CO LIMITED («DH») (cette approbation ne devant pas être réservée ou retardée et devant être exercée dans l'intérêt de la Société), qui est une vente de bonne foi à un prix qui ne sera pas inférieur au Prix de Vente et à des conditions qui se seront pas plus favorables pour l'acquéreur (après déduction, le cas échéant, de tout dividende ou autre distribution à retenir par le Vendeur).

10.3. Les dispositions contenues dans cet Article 10.3 est uniquement en relation avec le transfert des Parts Sociales Ordinaires «A»:

a. Sauf disposition contraire ci-après, le transfert de Parts Sociales «A» sera réalisé en suivant la même procédure que celle décrite dans l'Article 10.2 avec les modifications nécessaires, à savoir que toutes références aux Parts Sociales Ordinaires «B» devront être lues comme références aux Parts Sociales Ordinaires «A».

b. A moins d'un consentement donné conformément aux dispositions de la Convention d'Actionnaires à un transfert de Parts Sociales Ordinaires «A» sans que les Parts Sociales Préférentielles y soient attachées, l'Unité à Vendre concernée comportera également les Parts Sociales Préférentielles que l'Associé détenteur de Parts Sociales Ordinaires «A» concernées désire vendre.

c. Si une Unité à Vendre comprend des Parts Sociales Ordinaires et des Parts Sociales Préférentielles, un Associé qui détient uniquement des Parts Sociales Ordinaires n'aura pas le droit de recevoir une offre en relation avec cette Unité à Vendre et il ne sera pas tenu compte de sa participation pour le calcul du Droit Proportionnel d'Acquisition.

d. Chacune des Parts Sociales Ordinaires «A» qui est acquise par un détenteur de Parts Sociales Ordinaires «B» en vertu de cet Article 10 sera immédiatement redésignée comme Part Sociale Ordinaire «B» et chacune des Parts Sociales Ordinaires «B» qui est acquise par un détenteur de Parts Sociales Ordinaires «A» en vertu de cet Article 10 sera immédiatement redésignée comme Part Sociale Ordinaire «B».

10.4. Pour les besoins de cet Article, un «Démissionnaire Honorable» est un Gérant qui (i) n'est pas démissionnaire ou révoqué en tant que gérant ou employé du fait d'agissements coupables ou de fraude; ou (ii) qui n'est pas démissionnaire ou révoqué ou dont le contrat d'emploi n'a pas été prématurément dénoncé par la Société ou une société affiliée pour une Juste Cause ou (iii) qui n'a pas quitté la Société ou une société affiliée sans une Bonne Raison. «Juste Cause» signifiera une rupture matérielle d'une convention de service, faillite, négligence grave ou méconduite intentionnelle et

délibérée dans la prestation de devoirs, malhonnêteté vis-à-vis de la Société ou société affiliée, condamnation pour crime ou absentéisme excessif (sans relation avec une incapacité permanente). «Sans Bonne Raison» signifie démission et/ou nomination à un poste dans la Société ou société affiliée pour une autre raison que (i) réduction significative des obligations ou indemnisation ou (ii) pour rupture matérielle pertinente d'un contrat d'emploi par un Membre du Groupe.

10.5. Les Parts Sociales sont indivisibles par rapport à la Société, qui ne considère qu'un seul propriétaire pour chacune d'entre elles.

III.- Conseil de Gérance

11. Conseil

11.1. La Société est administrée par un conseil composé de quatre (4) gérants au moins, associés ou non.

11.2. Les gérants sont nommés par l'assemblée générale pour une durée de trois (3) ans, mandat renouvelable, et ils resteront en fonction jusqu'à ce que leurs successeurs soient élus.

11.3. Les gérants en fonction au moment où les présents statuts coordonnés ont été adoptés seront considérés pour les besoins de cet article comme ayant été élus en conformité avec les dispositions qui précèdent.

12. Réunion du Conseil de Gérance

12.1. Le conseil de Gérance choisira parmi ses membres un président. Il pourra également choisir un secrétaire qui n'a pas besoin d'être gérant et qui sera responsable de la tenue des procès-verbaux des réunions du conseil de Gérance.

12.2. Le conseil de Gérance se réunira sur convocation du président, mais au moins quatre (4) fois au cours d'une année calendrier. Une réunion du conseil doit être convoquée si deux (2) gérants le demandent.

12.3. Le président présidera toutes les réunions du conseil de Gérance, mais en son absence, le conseil de Gérance désignera à la majorité un autre gérant pour présider la réunion.

12.4. Avis écrit de toute réunion du conseil de Gérance sera donné à tous les gérants au moins une (1) semaine avant la date prévue pour la réunion, sauf s'il y a urgence ou avec l'accord de tous ceux qui ont le droit d'assister à cette réunion. La convocation indiquera le lieu de la réunion et en contiendra l'ordre du jour.

12.5. Il pourra être passé outre à cette convocation à la suite de l'assentiment par écrit, par télécopieur, par câble; par télégramme ou par télex de chaque gérant. Une convocation spéciale ne sera pas requise pour les réunions se tenant à une date et à un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le conseil de Gérance.

12.6. Toute réunion du conseil de Gérance se tiendra à Luxembourg ou à tout autre endroit que le conseil de Gérance peut de temps en temps déterminer.

12.7. Tout gérant pourra se faire représenter aux réunions du conseil de Gérance en désignant par écrit, par télécopieur, par câble, par télégramme ou par télex un autre gérant comme son mandataire.

12.8. Le quorum de présence au sein du conseil de Gérance sera atteint si au moins deux gérants alors en fonction sont présents.

12.9. Sous réserve du respect des exigences légales en matière d'approbation (s'il y en a), les décisions seront prises à une majorité consistant en un nombre égal au nombre des gérants présents ou représentés à la réunion moins un et (toujours sous réserve des dispositions de la Convention d'Actionnaires) les décisions suivantes seront prises uniquement avec le consentement spécifique d'une résolution du conseil dûment prise:

a. la fusion ou la consolidation de la Société ou d'une filiale directe ou indirecte de la Société (individuellement désignée par «Société du Groupe» et collectivement désignées par «Groupe») avec toute autre société qu'une Société du Groupe. Pour les besoins de la présente disposition, on entend par filiale toute société dans laquelle la Société exercera un contrôle des voix ou sera à même d'exercer ce contrôle;

b. toute action d'une Société du Groupe, à moins que cela ne soit exigé par la loi, aux termes de laquelle celle-ci sera liquidée ou mise en état de faillite, de dissolution ou d'extinction de son statut de société;

c. l'attribution ou l'émission de Parts Sociales ou d'autres valeurs mobilières par une Société du Groupe ou l'attribution à quiconque d'une option ou du droit de demander l'émission de Parts Sociales ou de valeurs mobilières (en dehors des cas visés par la Convention d'Actionnaires et des émissions de Parts Sociales ou de valeurs mobilières ou des attributions d'options ou de droits de demander l'émission de ces Parts Sociales ou valeurs mobilières par une Société du Groupe à une autre Société du Groupe);

d. l'augmentation ou la réduction par une Société du Groupe de son capital (en dehors du cas de l'émission de Parts Sociales entièrement libérées à une autre Société du Groupe);

e. toute distribution par une Société du Groupe, au moyen de dividendes ou autrement aux porteurs de ses Parts Sociales (en dehors d'une distribution au moyen de dividendes ou autrement par une Société du Groupe à une autre Société du Groupe); sauf dans le cas où cela ne serait pas possible en raison du fait que la participation d'une Société du Groupe dans une autre Société du Groupe ne confère pas le contrôle ou que le paiement de dividendes est nécessaire en raison du droit des détenteurs de ces Parts Sociales;

f. la cession des Parts Sociales de la Société d'une manière non permise par la Convention d'Actionnaires et les présents statuts;

g. la consolidation, subdivision ou conversion d'une quelconque Part Sociale de la Société ou l'altération d'un des droits attachés à ces Parts Sociales;

h. l'augmentation ou la réduction du capital social de la Société ou la réduction de tout fonds de rachat de capital ou de réserve du capital ou capitalisation de bénéfices disponibles pour la distribution;

i. l'achat ou le rachat de Parts Sociales de la Société;

j. toute modification des statuts de la Société;

k. l'adoption d'un programme attribuant des options sur Parts Sociales ou d'un autre plan de participation au bénéfice (direct ou indirect) des employés (autrement que de la manière prévue dans la Convention d'Actionnaires);

l. la création, l'entrée dans ou l'acquisition d'une nouvelle entreprise, d'une entreprise de participations, d'un partenariat ou d'un intérêt dans ceux-ci lorsque cela a pour conséquence que la Société du Groupe supportera une charge matérielle et/ou que l'engagement total en capital excède ITL 2.000.000.000,-; ou l'acquisition de capital ou d'instruments convertibles en capital ou d'un intérêt (que ce soit en nom propre ou en tant que porte-fort) d'une autre société ou personne morale si cela a pour conséquence que la Société du Groupe supportera une charge matérielle et/ou un coût global pour cette acquisition excédant ITL 2.000.000.000,-;

m. la décision de la Société, considérée dans son ensemble, d'abandonner ou d'étendre, avec toutes les conséquences matérielles que cela comporte, le caractère général des affaires menées par elle à la date des présentes;

n. la vente par une Société du Groupe d'un avoir ou d'une universalité comprenant des biens immobiliers (en dehors des ventes relevant des opérations courantes ou à d'autres membres du Groupe) qui ont une valeur totale de plus de ITL 2.000.000.000,- ou dont la valeur ajoutée à celle de tous les autres avoirs vendus par toutes les autres Sociétés du Groupe au cours de l'exercice (ce qui ne comprend pas les ventes relevant des opérations courantes ou à d'autres membres du Groupe) excède ITL 10.000.000.000,-;

o. la décision par toute Société du Groupe:

i. de conclure un contrat qui implique l'engagement de dépenses (autres que des dépenses en capital couvertes par le paragraphe (ii) ci-après) par cette Société du Groupe excédant ITL 10.000.000.000,- à moins qu'il ne soit autorisé par la Convention d'actionnaires; ou

ii. d'engager des dépenses en capital excédant ITL 10.000.000.000,- pour tout élément à moins qu'elles ne soient autorisées par la Convention d'Actionnaires;

p. la décision d'accepter pour toute Société du Groupe l'existence de prêts non remboursés à tout autre moment que ceux prévus par la Convention d'Actionnaires excédant ITL 2.000.000.000,-;

q. la constitution ou l'émission ou l'autorisation par une Société du Groupe de la constitution d'une hypothèque, gage ou sûreté sur tout ou partie des biens ou avoirs en dehors des cas prévus par la Convention d'Actionnaires excédant ITL 2.000.000.000,- ou permis par celle-ci ou résultant de limitations de droits naissant dans le cadre des opérations courantes et de gages naissant par l'effet de la loi dans le cadre des opérations courantes;

r. le remboursement, achat ou rachat par toute Société du Groupe d'une dette en dehors de ce qui est requis par les conditions d'émission de l'instrument de cette dette et en dehors des remboursements individuels volontaires jusqu'à ITL 500.000.000,-, dans la mesure où le total de ces remboursements volontaires faits par la Société n'excède pas ITL 7.000.000.000,-, au cours de l'exercice (prenant en considération tous les remboursements effectués par les autres Sociétés du Groupe mis ensemble);

s. en dehors des cas prévus par la Convention d'Actionnaires, l'attribution par une Société du Groupe d'une garantie ou indemnisation ou l'acceptation d'une responsabilité conjointe ou disjointe excédant 300.000.000, avec toute autre personne excepté dans le cadre des opérations courantes ou dans le cas d'acquisitions de propriété (telles que des garanties de paiement de loyers);

t. la signature par une Société du Groupe d'une transaction avec une partie liée. A cet effet, une «Partie Liée» signifie une partie à la Convention d'Actionnaires et une Personne Liée (telle que définie dans la Convention d'Actionnaires) de toute entité qui est partie aux présentes ou un employé d'une partie aux présentes, et tout Affilié (tel que défini dans la Convention d'Actionnaires) d'une personne morale qui est une partie aux présentes;

u. le changement par une Société du Groupe de ses commissaires aux comptes;

v. une modification matérielle des termes de tout contrat de service, de dispositions relatives à la pension ou tout autre avantage dont bénéficie un associé qui est employé par une Société du Groupe, ou la démission ou le remplacement de telles personnes;

w. une modification matérielle par une Société du Groupe des termes d'un plan de participation au bénéfice des employés de toutes Sociétés du Groupe ou tous autres avantages généralement disponibles pour les employés;

x. l'adoption ou la modification des budgets en capital ou du revenu annuel d'une branche d'activités de la Société (telles que ces branches d'activités sont définies dans les Budgets Applicables);

y. la conversion et cotation des Parts Sociales ou d'autres valeurs mobilières (autres que les obligations pour un montant nominal jusqu'à ITL 10.000.000.000,- ou l'équivalent en toute autre devise) de la Société, toute autre Société du Groupe à une bourse de valeurs reconnue; et

z. le consentement par une Société du Groupe à une filiale pour toute transaction qui tomberait pour d'autres raisons dans le cadre des points (1) à (21) ci-dessus et l'exercice des droits de vote attachés à ces Parts Sociales dans toute Société du Groupe.

12.10. Une décision écrite signée par tous les gérants est régulière et valable comme si elle avait été adoptée à une réunion du conseil de Gérance, dûment convoquée et tenue. Une telle décision pourra être documentée par un ou plusieurs écrits séparés ayant le même contenu, signés chacun par un ou plusieurs gérants.

12.11. La Société indemniserait tout gérant ou fondé de pouvoir et leurs héritiers, exécuteurs testamentaires et administrateurs de biens pour tous frais raisonnables qu'ils auront encourus par suite de leur comparution en tant que défendeurs dans des actions en justice, des procès ou des poursuites judiciaires qui leur auront été intentés de par leurs fonctions actuelles ou anciennes d'administrateur ou de fondé de pouvoir de la Société, ou à la demande de la Société, de toute autre société dans laquelle la Société est actionnaire ou créancière et que de ce fait ils n'ont pas droit à indemnisation, exception faite pour les cas où ils ont été déclarés coupables pour négligence grave ou pour avoir manqué à leurs devoirs envers la Société; en cas d'arrangement transactionnel, l'indemnisation ne portera que sur les matières

couvertes par l'arrangement transactionnel et dans ce cas, seulement si la Société est informée par son conseiller juridique que la personne à indemniser n'a pas manqué à ses devoirs envers la Société. Le droit à indemnisation qui précède n'exclut pas pour les personnes susnommées d'autres droits auxquels elles pourraient prétendre.

12.12. Un gérant ne contracte en raison de ses fonctions, aucune obligation personnelle quant aux engagements régulièrement pris par lui au nom de la Société; simple mandataire, il n'est responsable que de l'exécution de son mandat, et ce conformément aux exigences légales, en ce compris notamment les dispositions prescrites par les articles 59, 162 et suivants de la loi fondamentale sur les sociétés commerciales et celles relatives à l'évaluation et à la libération des apports en nature.

13. Procès-verbaux des réunions du Conseil de Gérance

13.1. Les procès-verbaux de toute réunion du conseil de Gérance seront signés par le président de la réunion. Les procurations resteront annexées aux procès-verbaux.

13.2. Les copies ou extraits de ces procès-verbaux, destinés à servir en justice ou ailleurs, seront signés par le président du conseil de Gérance ou par deux gérants.

14. Pouvoirs du Conseil de Gérance

14.1. Le conseil de Gérance a les pouvoirs les plus larges pour accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social.

14.2. Tous les pouvoirs qui ne sont pas réservés expressément à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts sont de la compétence du conseil de Gérance.

15. Délégation de pouvoirs

Le conseil de Gérance peut conférer des pouvoirs ou mandats spéciaux ou des fonctions permanentes ou temporaires à des personnes ou agents de son choix, qui n'auront pas besoin d'être associés de la Société, dans les limites déterminées dans l'Article 12.9.

16. Conflits d'intérêts

16.1. Aucun contrat ou autre transaction entre la Société et d'autres sociétés ou firmes ne sera affecté ou invalidé par le fait qu'un ou plusieurs gérants ou fondés de pouvoir de la Société y auront un intérêt personnel, ou en seront gérant, associé, fondé de pouvoir ou employé. Un gérant ou fondé de pouvoir de la Société qui remplira en même temps des fonctions de gérant, associé, fondé de pouvoir ou employé d'une autre société ou firme avec laquelle la Société contractera ou entrera autrement en relations d'affaires, ne sera pas, pour le motif de cette appartenance à cette société ou firme, empêché de donner son avis et de voter ou d'agir quant à toutes opérations relatives à un tel contrat ou opération.

16.2. Au cas où un gérant ou fondé de pouvoir aurait un intérêt personnel dans une opération de la Société, il en avisera le Conseil de Gérance et il ne pourra prendre part aux délibérations ou émettre un vote au sujet de cette opération. Cette opération ainsi que l'intérêt personnel du gérant ou du fondé de pouvoir seront portés à la connaissance de la prochaine assemblée générale.

17. Représentation de la Société

Vis-à-vis des tiers, la Société sera engagée par la signature conjointe de deux gérants, ou par la signature conjointe ou par la signature individuelle de toutes personnes à qui un pouvoir de signature aura été délégué par le conseil de Gérance dans les limites déterminées par l'Article 12.9, mais seulement dans les limites de ce pouvoir.

18. Commissaires aux Comptes

Les opérations de la Société pourront être surveillées par un ou plusieurs commissaires aux comptes, associés ou non, nommés par l'assemblée générale des associés.

IV.- Assemblées Générales des Associés

19. Pouvoirs de l'Assemblée des Associés

19.1. Toute assemblée générale des associés régulièrement constituée représente l'ensemble des associés. Elle a tous les pouvoirs qui lui sont réservés par la loi.

19.2. Un associé unique exerce les pouvoirs dévolus à l'assemblée générale des associés par les dispositions de la section XII de la loi du 10 août 1915 relatives aux sociétés à responsabilité limitée.

20. Assemblée Générale Annuelle

L'assemblée générale annuelle se réunit dans la Ville de Luxembourg, au siège social de la Société ou à tel autre endroit spécifié dans les avis de convocation, chaque année, le troisième mercredi du mois d'avril à 11.00 heures. Si ce jour est un jour férié légal, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

21. Autres Assemblées Générales

21.1. Le conseil de Gérance peut convoquer d'autres assemblées générales. De telles assemblées doivent être convoquées si des associés représentant au moins un cinquième (1/5) du capital social le demandent.

21.2. Les assemblées générales, y compris l'assemblée générale annuelle, peuvent se tenir à l'étranger chaque fois que se produiront des circonstances de force majeure qui seront appréciées souverainement par le conseil de Gérance.

22. Procédure, Vote

22.1. Les assemblées générales seront convoquées par le conseil de Gérance conformément aux conditions fixées par la loi. La convocation contiendra l'ordre du jour de l'assemblée générale.

22.2. Au cas où tous les associés sont présents ou représentés et qu'ils déclarent avoir eu connaissance de l'ordre du jour de l'assemblée, celle-ci peut se tenir sans convocation préalable.

22.3. Tout associé peut prendre part aux assemblées en désignant par écrit, par télécopieur, par câble, par télégramme ou par télex un mandataire, lequel peut ne pas être associé.

22.4. Le conseil de Gérance peut arrêter toutes autres conditions à remplir pour prendre part aux assemblées générales.

22.5. Sauf dans le cas où une plus grande majorité est requise par la loi, les résolutions seront adoptées à une majorité de 75% du nombre total des voix attachées aux Parts Sociales dont les porteurs sont présents ou représentés à l'assemblée générale en question.

22.6. Le quorum de présence pour une assemblée générale sera de 75 % au moins des associés ou de leurs représentants ayant le droit de voter à cette assemblée.

22.7. Une voix est attachée à chaque Part Sociale Ordinaire «A», à chaque Part Sociale Préférentielle et, (après conversion de Parts Sociales Préférentielles) à chaque Part Sociale Ordinaire «C». Les copies ou extraits des procès-verbaux de l'assemblée à produire en justice ou ailleurs sont signés par le président du conseil de Gérance ou par deux gérants.

23. Modifications statutaires

23.1. Les Statuts peuvent être modifiés uniquement par un vote réunissant soixante-quinze (75)% des voix des associés et en conformité avec les stipulations de la Convention d'Actionnaires.

23.2. Le quorum de présence sera au cours de la première assemblée de soixante-quinze (75)% des Parts Sociales de chaque catégorie de Parts Sociales et au cours de la seconde assemblée il n'y aura plus de quorum de présence exigé.

V.- Exercice social, Distribution de bénéfices

24. Exercice Social

24.1. L'année sociale de la Société commence le premier janvier et finit le trente et un décembre de chaque année.

24.2. Le conseil de Gérance prépare les comptes annuels suivant les dispositions de la loi luxembourgeoise et les pratiques comptables.

24.3. Chaque année avec effet au 31 décembre, la gérance établit le bilan qui contiendra l'inventaire des avoirs de la Société et de toutes les dettes actives et passives, et le compte de profits et pertes ainsi qu'une annexe conforme aux dispositions de la loi en vigueur.

24.4. Tout associé peut prendre communication au siège social de la Société du bilan et du compte de profits et pertes.

25. Affectation des Bénéfices

25.1. Sur les bénéfices nets de la Société il sera prélevé cinq pour cent (5%) pour la formation du fonds de réserve légale. Ce prélèvement cessera d'être obligatoire lorsque et aussi longtemps que la réserve légale atteindra le dixième du capital social.

25.2. Sur recommandation du conseil de Gérance, l'assemblée générale des associés décide de l'affectation du solde des bénéfices annuels nets. Elle peut décider de verser la totalité ou une partie du solde à un compte de réserve ou de provision, de le reporter à nouveau ou de le distribuer aux associés comme dividendes, sous réserve cependant que:

a. aucun dividende ni aucune distribution ne sera proposé, déclaré ou payé par la Société sur des Parts Sociales Ordinaires tant que les Parts Sociales Préférentielles n'auront pas été entièrement échangées en conformité avec les dispositions de l'article 9 des Statuts et

b. tous les dividendes ou distributions seront dans tous les cas versés en conformité avec les dispositions de l'article 9 des Statuts.

25.3. Le conseil de Gérance peut procéder à un versement d'acomptes sur dividendes dans les conditions fixées par la loi et par les dispositions du présent article. Il déterminera le montant ainsi que la date de paiement de ces acomptes.

VI.- Dissolution, Liquidation

26. Dissolution, Liquidation

26.1. La Société peut être dissoute à tout moment par décision de l'assemblée générale délibérant aux mêmes conditions de quorum et de majorité que celles exigées pour la modification des statuts, sauf dispositions contraires de la loi.

26.2. Lors de la dissolution de la Société, la liquidation s'effectuera par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs, nommés par l'assemblée générale des associés qui déterminera leurs pouvoirs et leurs émoluments.

VII.- Loi applicable

27. Loi applicable

Toutes les matières qui ne sont pas régies par les présents statuts seront réglées conformément aux lois luxembourgeoises en vigueur relatives aux sociétés à responsabilité limitée et toute clause contraire sera réputée non écrite.

Septième résolution

Il est décidé d'accepter la démission avec décharge de Monsieur Alex Hanke en qualité de gérant de la société et de nommer pour un terme initial d'une année les personnes suivantes composant le conseil de gérance:

- (a) Monsieur Patrick Smulders, Partner, demeurant à Londres, Royaume-Uni;
- (b) Monsieur Michele Russo, Managing Director, demeurant à Milano, Italie;
- (c) Monsieur Richard Hanson, Partner, demeurant à Londres, Royaume-Uni;
- (d) Monsieur Aldino Bellazzini, Manager, demeurant à Salerano, Canavese, Italie.

Frais

Les frais, dépenses, rémunérations et charges sous quelque forme que ce soit, incombant à la société et mis à sa charge en raison des présentes, sont évalués sans nul préjudice à la somme de quatre cent cinquante mille francs luxembourgeois.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants, ils ont tous signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Le notaire soussigné qui connaît la langue anglaise constate que sur demande des comparants le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une version française. Sur demande des mêmes comparants et en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Signé: X. Pauwels, P. Van Hees, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 24 mai 2000, vol. 124S, fol. 44, case 4. – Reçu 312.634 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 2 juin 2000.

J. Elvinger.

(33118/211/1138) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 22 juin 2000.

I.C.C.A., S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1368 Luxembourg, 32, rue du Curé.

—
STATUTS

L'an deux mille, le vingt-quatre mai.

Par-devant Maître Christine Doerner, notaire de résidence à Bettembourg.

A comparu:

La société anonyme de droit luxembourgeois TRANSMISSION FINANCE HOLDING S.A., avec siège social au 32, rue du Curé, L-1368 Luxembourg,

ici représentée par Monsieur Kristian Groke, administrateur-délégué de la société, demeurant à L-5407 Bous, 13, rue d'Oetrange.

Laquelle comparante, représentée comme dit ci-avant, a requis le notaire de dresser l'acte d'une société à responsabilité limitée, qu'elle déclare constituer pour son compte et entre tous ceux qui en deviendront associés par la suite et dont elle a arrêté les statuts comme suit:

Art. 1^{er}. Il est formé par les présentes une société à responsabilité limitée sous la dénomination de I.C.C.A., S.à r.l.

Art. 2. Le siège de la société est établi à Luxembourg.

Au cas où des événements extraordinaires d'ordre politique ou économique, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger, se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales.

Une telle décision n'aura aucun effet sur la nationalité de la société. La déclaration de transfert du siège social sera faite et portée à la connaissance des tiers par l'organe de la société qui se trouvera le mieux placé, à cet effet, dans les circonstances données.

Art. 3. La société a pour objet la conception et la réalisation de constructions immobilières, de même que la promotion, l'import et l'export, la vente et l'achat de toutes sortes de marchandises, de matériels de construction et l'exploitation d'une agence immobilière.

La société peut avoir dans les branches précitées, la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres entreprises luxembourgeoises ou étrangères et toutes autres formes de placement, l'acquisition par achat, souscription et de toute autre manière ainsi que l'aliénation par vente, échange ou de toute autre manière de toutes valeurs mobilières et de toutes espèces, l'administration, la supervision et le développement de ces intérêts. La société pourra prendre part à l'établissement et au développement de toute entreprise industrielle ou commerciale et pourra prêter son assistance à pareille entreprise au moyen de prêts, de garanties ou autrement.

Elle pourra généralement faire toutes les opérations industrielles, commerciales, financières, mobilières ou immobilières au Grand-Duché de Luxembourg et à l'étranger qui se rattachent directement ou indirectement, en tout ou en partie à son objet social.

Elle peut réaliser son objet directement ou indirectement en nom propre ou pour le compte de tiers, seule ou en association en effectuant toute opération de nature à favoriser ledit objet ou celui des sociétés dans lesquelles elle détient des intérêts.

D'une façon générale, la société pourra prendre toutes mesures de contrôle ou de surveillance et effectuer toute opération qui peut lui paraître utile dans l'accomplissement de son objet et de son but.

Art. 4. La société est constituée pour une durée illimitée. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre de chaque année.

Art. 5. Le capital social est fixé à douze mille cinq cents euros (EUR 12.500,00), divisé en cinq cents (500) parts sociales de vingt-cinq euros (EUR 25,00) chacune.

Toutes les parts ont été intégralement libérées en espèces par l'associée unique, de sorte que la somme de douze mille cinq cents euros (EUR 12.500,00) se trouve dès à présent à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire qui le confirme.

Art. 6. Les parts sont insaisissables, elles ne peuvent être cédées entre vifs à un non-associé que de l'accord du ou des associés représentant l'intégralité des parts sociales.

En cas de refus de cession, les associés non-cédants s'obligent eux-mêmes à reprendre les parts offertes en cession. Les valeurs de l'actif net du bilan serviront de base pour la détermination de la valeur des parts à céder.

Art. 7. La société est gérée et administrée par un ou plusieurs gérants à nommer par l'associé unique ou les associés réunis en assemblée générale, qui désignent leurs pouvoirs. Le gérant peut sous sa responsabilité déléguer ses pouvoirs à un ou plusieurs fondés de pouvoir.

Art. 8. Pour engager valablement la société, la signature du ou des gérants est requise.

Art. 9. Chaque année au 31 décembre il sera fait un inventaire de l'actif et du passif de la société. Le bénéfice net constaté, déduction faite des frais généraux, traitements et amortissements, sera réparti de la façon suivante:

- 5 % (cinq pour cent) pour la constitution du fonds de réserve légale, dans la mesure des dispositions légales,
- le solde restant à la libre disposition des associés.

En cas de distribution, le solde bénéficiaire sera attribué à l'associé unique ou aux associés au prorata de leur participation au capital social.

Art. 10. Le décès ou l'incapacité de l'associé unique ou d'un des associés n'entraînera pas la dissolution de la société.

Les parts sociales ne peuvent être transmises entre vifs à des non-associés que moyennant l'agrément unanime des associés.

Art. 11. Pour tous les points non expressément prévus aux présentes, les parties se réfèrent aux dispositions légales en vigueur.

Mesure transitoire

La première année sociale commencera le jour de la constitution et finira le trente et un décembre 2000.

Frais

Le montant des dépenses, frais, rémunérations et charges de toutes espèces qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, s'élève à approximativement 1.100,00 EUR.

Assemblée générale

Et ensuite l'associée, représentée comme dit ci-avant, représentant l'intégralité du capital social a pris les résolutions suivantes:

- Le nombre des gérants est fixé à un (1).
- Est nommée gérante pour une durée indéterminée:

KINGFISHER SERVICES S.A., 34-20 Calle 34, Panama 5, République de Panama.

La société sera représentée par la signature individuelle de la gérante prénommée.

Le siège social est établi au 32, rue du Curé, L-1368 Luxembourg.

Dont acte, fait et passé à Bettembourg, en l'étude du notaire instrumentant, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée au comparant, ès qualités qu'il agit, connu du notaire instrumentant par ses nom, prénom usuel, état et demeure, il a signé avec le notaire instrumentaire le présent acte.

Signé: K. Groke, C. Doerner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 30 mai 2000, vol. 849, fol. 97, case 2. – Reçu 5.043 francs.

Le Receveur ff. (signé): M.Oehmen.

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Bettembourg, le 16 juin 2000.

C. Doerner.

(33141/209/95) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 juin 2000.

JCDecaux Group Services, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2420 Luxembourg, 15, avenue Emile Reuter.

STATUTS

L'an deux mille, le cinq juin.

Par-devant Maître Francis Kessler, notaire de résidence à Esch-sur-Alzette.

A comparu:

La société JEAN-CLAUDE DECAUX LUXEMBOURG S.A., une société de droit luxembourgeois, dont le siège social est au 15, avenue Emile Reuter, L-2420 Luxembourg,

ici représentée par Monsieur Eric Fort, licencié en droit, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration sous seing privé, donnée à Luxembourg, le 21 mai 2000.

Laquelle comparante, par son mandataire, a déclaré avoir constitué une société à responsabilité limitée dont elle a arrêté les statuts comme suit:

Titre I^{er}. Forme juridique - Objet - Dénomination - Siège - Durée

Art. 1^{er}. Il est formé par les présentes une société à responsabilité limitée sous la dénomination de JCDecaux Group Services, S.à r.l.

A tout moment, l'associé peut s'adjoindre un ou plusieurs coassociés et, de même, les futurs associés peuvent prendre les mesures appropriées tendant à rétablir le caractère unipersonnel de la société.

Art. 2. L'objet de la société est d'octroyer des prêts et d'accorder l'assistance financière, sous quelque forme que ce soit, à des sociétés faisant partie du groupe.

A cet effet, la société pourra souscrire des emprunts sous toutes formes et émettre des obligations.

Dans le cadre de ces activités, la société pourra effectuer des opérations d'achat, de vente et de location d'avions à l'intérieur du groupe de sociétés dont elle fait partie.

La société a, en outre, pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans des entreprises luxembourgeoises ou étrangères, l'acquisition par achat, souscription ou de toute autre manière ainsi que l'aliénation par vente, échange ou de toute autre manière de valeurs mobilières de toutes espèces et la gestion, le contrôle et la mise en valeur de ces participations.

Elle pourra exercer toutes activités de nature commerciale, industrielle ou financière utiles pour l'accomplissement de son objet.

Art. 3. Le siège social de la Société est établi à Luxembourg. Il pourra être transféré en tout autre lieu du Grand-Duché de Luxembourg.

Art. 4. La durée de la Société est illimitée.

Titre II. Capital - Parts sociales

Art. 5. Le capital social est fixé à douze mille cinq cents euros (€ 12.500,-), représenté par deux cent cinquante (250) parts sociales d'une valeur nominale de cinquante euros (€ 50,-) chacune.

Chaque part sociale donne droit à une fraction des avoirs et bénéfices de la société en proportion directe au nombre des parts sociales existantes.

Art. 6. Les parts sociales détenues par l'associé unique sont librement transmissibles entre vifs et par voie de succession ou en cas de liquidation de communauté de biens entre époux.

En cas de pluralité d'associés, les parts sociales sont librement cessibles entre associés. Elles ne sont cessibles dans ce même cas à des non-associés qu'avec le consentement préalable des associés représentant au moins les trois quarts du capital social. Les parts sociales ne peuvent être dans le même cas transmises pour cause de mort à des non-associés que moyennant l'agrément des propriétaires de parts sociales représentant les trois quarts des droits appartenant aux survivants, sous réserves des dispositions de l'article 189, alinéa 3, de la loi sur les sociétés commerciales du 10 août 1915, telle que modifiée.

Titre III. Gérance

Art. 7. La Société est administrée par un ou plusieurs gérants nommés et révocables par l'associé unique ou, selon le cas, les associés.

Le ou les gérant(s) sont nommés pour une durée indéterminée et ils sont investis vis-à-vis des tiers des pouvoirs les plus étendus.

Des pouvoirs spéciaux et limités pourront être délégués pour des affaires déterminées à un ou plusieurs fondés de pouvoir, associés ou non.

Titre IV. Décisions de l'associé unique - Décisions collectives d'associés

Art. 8. L'associé unique exerce les pouvoirs dévolus à l'assemblée des associés par les dispositions de la section XII de la loi sur les sociétés commerciales du 10 août 1915, telle que modifiée.

Il s'ensuit que toutes décisions qui excèdent les pouvoirs reconnus aux gérants sont prises par l'associé unique.

En cas de pluralité d'associés, les décisions qui excèdent les pouvoirs reconnus aux gérants seront prises en assemblée.

Titre V. Année sociale - Bilan - Répartitions

Art. 9. L'année sociale commence le premier janvier de chaque année et se termine le trente et un décembre de la même année.

Art. 10. Chaque année, au trente et un décembre, il sera fait un inventaire de l'actif et du passif de la Société, ainsi qu'un bilan et un compte de profits et pertes.

Le solde du compte de profits et pertes, après déduction des dépenses, frais, amortissements, charges et provisions, constitue le bénéfice net de la société. Chaque année, il est prélevé cinq pour cent pour la constitution d'un fonds de réserve légale.

Ce prélèvement cesse d'être obligatoire dès que le fonds de réserve légale a atteint le dixième du capital émis mais doit reprendre jusqu'à ce que le fonds de réserve soit entièrement reconstitué lorsque, à tout moment et pour n'importe quelle raison, ce fonds a été entamé.

Le surplus du bénéfice net est attribué à l'associé unique, ou, selon le cas, l'assemblée des associés à la majorité fixée par les lois afférentes pourra décider que le bénéfice, déduction faite de la réserve, pourra être reporté à nouveau ou être versé à un fonds de réserve extraordinaire.

Titre VI. Dissolution

Art. 11. La Société n'est pas dissoute par le décès, la faillite, l'interdiction ou la déconfiture d'un associé.

En cas de dissolution de la Société, la liquidation sera faite par le ou les gérant(s) en fonctions ou, à défaut, par un ou plusieurs liquidateur(s) nommé(s) par l'associé unique ou, selon le cas, par l'assemblée des associés. Le ou les liquidateurs auront les pouvoirs les plus étendus pour la réalisation de l'actif et le paiement du passif.

L'actif, après déduction du passif, sera attribué à l'associé unique ou selon le cas, partagé entre les associés dans la proportion des parts dont ils seront alors propriétaires.

Titre VII. Dispositions générales

Art. 12. Pour tous les points non expressément prévus aux présents statuts, le ou les associés s'en réfèrent aux dispositions légales.

Souscription et libération

La totalité des parts sociales a été souscrite par la société JEAN-CLAUDE DECAUX LUXEMBOURG S.A., préqualifiée.

Toutes les parts sociales ont été intégralement libérées en numéraire, de sorte que la somme de douze mille cinq cents euros (€ 12.500,-) est à la libre disposition de la société, ainsi qu'il a été prouvé au notaire instrumentaire qui le constate expressément.

Disposition transitoire

Le premier exercice social commence à la date de la constitution de la Société et finira le 31 décembre 2000.

Frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la Société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, s'élève à environ trente-cinq mille francs (35.000,-).

Résolutions

Et à l'instant l'associé unique, représentant la totalité du capital social, a pris les résolutions suivantes:

- 1) Est nommé gérant de la Société pour une durée indéterminée Monsieur Robert Caudron,
- 2) Le siège social de la Société est établi au 15, avenue Emile Reuter, L-2420 Luxembourg.

Dont acte, passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée au mandataire de la comparante, il a signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Signé: E. Fort, F. Kessler.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 13 juin 2000, vol. 860, fol. 42, case 6. – Reçu 5.042 francs.

Le Receveur (signé): M. Ries.

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande pour servir aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Esch-sur-Alzette, le 22 juin 2000.

F. Kessler.

(33143/219/118) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 juin 2000.

DE JONGE LUX., S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

RECTIFICATIF

A la page 24959 du Mémorial C, n° 520 du 20 juillet 2000, il y a lieu de lire à l'intitulé:

«DE JONGE LUX., S.à r.l.»

(04153/XXX/7)

ISLAMIC MULTI-INVESTMENT FUND, Fonds Commun de Placement.

Central Administration: L-1470 Luxembourg, 69, route d'Esch.

Notice to Shareholders

Shareholders of ISLAMIC MULTI-INVESTMENT FUND (the «Fund») are advised that the Board of AEB/FFS Management Company («ManCo») had decided to liquidate the Fund and to suspend from the date of publication of this notice all subscriptions and conversions of Shares, while redemptions of Fund Shares continue to be accepted until November 6, 2000 at the final liquidation net asset value per share («NAV») of each of the Fund's Portfolios.

ManCo has accepted to absorb the liquidation costs of the Fund and to cap its total expense ratio from September 15, 2000 at 0,25% monthly.

It is anticipated to pay out the liquidation proceeds on or around November 6, 2000 to those shareholders who shall not have redeemed prior to the last NAV.

Shareholders may inspect or obtain a copy of the audited annual accounts at June 30, 2000 of the Fund upon request to the Fund's Transfer Agent, FIRST EUROPEAN TRANSFER AGENT S.A., 11, boulevard Grande-Duchesse Charlotte, L-1331 Luxembourg.

(04181/584/17)

The Board of AEB/FFS Management Company.

**C.I.D.C., CONSOLIDATED INVESTMENT AND DEVELOPMENT CORPORATION S.A.H.,
Société Anonyme Holding.**

Siège social: L-1417 Luxembourg, 14, rue Dicks.
R. C. Luxembourg B 9.770.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra à l'adresse du siège social, le 23 octobre 2000 à 10.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes pour les années 1998 et 1999.
2. Approbation du Bilan et du compte de Profits et Pertes pour les années 1998 et 1999.
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire au Comptes.
4. Elections statutaires.
5. Divers.

Pour assister à cette assemblée, Messieurs les Actionnaires sont priés de déposer leurs titres au siège social cinq jours avant l'assemblée.

I (04035/502/19)

CLAUDYDAN HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1470 Luxembourg, 50, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 64.861.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 30 octobre 2000 à 15.00 heures au siège social.

Ordre du jour:

1. Rapport de Gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire aux comptes.
2. Approbation des bilans et des comptes de pertes et profits au 31 décembre 1998 et au 31 décembre 1999. Affectation des résultats.
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Elections statutaires.
5. Question de la dissolution anticipée de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915.
6. Divers.

I (04152/595/18)

Le Conseil d'Administration.

MULTI-STRATEGY PORTFOLIO, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: Luxembourg, 52, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 73.332.

Les actionnaires de MULTI-STRATEGY PORTFOLIO sont invités à assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra au siège social, 52, route d'Esch à L-1470 Luxembourg, le lundi 6 novembre 2000 à 11.30 heures avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Modification de l'article 13 des statuts «Individualisation par compartiment»:
La Sicav constitue une seule et même entité juridique. Cependant, les actifs d'un compartiment déterminé ne répondront que des dettes, engagements et obligations qui concernent ce compartiment. Dans les relations des porteurs de parts entre eux, chaque compartiment est traité comme une entité à part.
2. Modification de l'article 14 des statuts «Conversion»:
Le Conseil d'Administration pourra à tout moment, limiter la possibilité de conversion entre différents compartiments.
3. Divers.

Le dépôt des actions au porteur et des procurations doit être fait auprès du siège ou des agences du CREDIT EUROPEEN, cinq jours francs au moins avant l'assemblée.

Les actionnaires en nom seront admis sur justification de leur identité, à condition d'avoir, cinq jours francs au moins avant la réunion, fait connaître au Conseil d'Administration leur intention de prendre part à l'Assemblée.

L'Assemblée pourra délibérer valablement sur l'ordre du jour, si les actionnaires qui assistent à la réunion ou y sont représentés forment la moitié au moins du capital social. Si le quorum n'est pas atteint, une nouvelle Assemblée Générale Extraordinaire de la Sicav concernée sera reconvoquée à une date ultérieure. La seconde Assemblée Générale délibérera valablement quelle que soit la portion de capital présente ou représentée.

Les décisions seront prises aux deux tiers des voix présentes ou représentées.

I (04164/755/29)

Le Conseil d'Administration.

SOCFINASIA S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1650 Luxembourg, 4, avenue Guillaume.
R. C. Luxembourg B 10.534.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 17 octobre 2000 à 11.30 heures au siège social, 4, avenue Guillaume à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et Rapport du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation des Bilan et Compte de Profits et Pertes (consolidés) et affectation des résultats au 31 mars 2000.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire.
4. Nominations statutaires.
5. Divers.

Pour assister à l'Assemblée Générale Ordinaire, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs titres conformément aux dispositions statutaires cinq jours au moins avant l'assemblée, c'est-à-dire le 10 octobre 2000 au plus tard, aux guichets des établissements suivants:

au Luxembourg: chez le CREDIT EUROPEEN LUXEMBOURG
52, route d'Esch
L-2965 Luxembourg

en Belgique: chez la CAISSE PRIVEE BANQUE S.A.
2, place du Champ de Mars
B-1050 Bruxelles et agences.

en Suisse: chez la COMPAGNIE BANCAIRE GENEVE
6, rue de la Corratierie, CH-1211 Genève

Les propriétaires d'actions nominatives qui ont l'intention d'assister à l'Assemblée Générale Ordinaire sont priés d'en informer le Conseil d'Administration par lettre recommandée à la poste dans le même délai.

II (04109/000/30)

Le Conseil d'Administration.

SOCFINASIA S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1650 Luxembourg, 4, avenue Guillaume.
R. C. Luxembourg B 10.534.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 17 octobre 2000 à 11.30 heures au siège social, 4, avenue Guillaume à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Modification de la date de clôture de l'exercice social pour la porter au 31 décembre au lieu du 31 mars de chaque année et modification afférente de l'article 32 des statuts.
2. Modification de l'article 26 des statuts pour lui donner la teneur suivante:

«Art. 26.

Chaque année, le deuxième mardi du mois de juin ou le lendemain, si c'est un jour férié, à 11.30 heures, a lieu à Luxembourg, au siège social ou en tout autre endroit de la commune du siège mentionné dans les convocations, une assemblée générale ordinaire, qui se réunit pour entendre les rapports des administrateurs et des commissaires, discuter et, s'il y a lieu, approuver les comptes annuels, nommer les administrateurs ou commissaires, leur donner décharge, s'il y a lieu, par un vote spécial et, en général, délibérer sur tous les points à l'ordre du jour.

Les assemblées générales autres que l'assemblée générale annuelle, pourront se tenir en pays étranger chaque fois que se produiront des circonstances de force majeure qui seront souverainement appréciées par le conseil d'administration. Dans ce cas, le jour et l'heure de l'assemblée générale extraordinaire seront fixés par le Conseil d'Administration.»

3. Dispositions transitoires:

A titre de dispositions transitoires, l'exercice social ayant débuté le premier avril 2000, se terminera le 31 décembre 2000, et conformément aux dispositions de l'article 26 des statuts de la société, l'assemblée générale appelée à approuver les comptes annuels de l'exercice se terminant le 31 décembre 2000, se tiendra le deuxième mardi du mois de juin 2001 à 11.30 heures.

Pour assister à l'Assemblée Générale Extraordinaire, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs titres conformément aux dispositions statutaires cinq jours au moins avant l'assemblée, c'est-à-dire le 10 octobre 2000 au plus tard, aux guichets des établissements suivants:

au Luxembourg: chez le CREDIT EUROPEEN LUXEMBOURG
52, route d'Esch
L-2965 Luxembourg

en Belgique: chez la CAISSE PRIVEE BANQUE S.A.
2, place du Champ de Mars
B-1050 Bruxelles et agences.

en Suisse: chez la COMPAGNIE BANCAIRE GENEVE
6, rue de la Corraterie, CH-1211 Genève

Les propriétaires d'actions nominatives qui ont l'intention d'assister à l'Assemblée Générale Extraordinaire sont priés d'en informer le Conseil d'Administration par lettre recommandée à la poste dans le même délai.

II (04110/000/43)

Le Conseil d'Administration.

INTERCULTURES S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1650 Luxembourg, 4, avenue Guillaume.
R. C. Luxembourg B 6.225.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 17 octobre 2000 à 11.00 heures au siège social, 4, avenue Guillaume à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et Rapport du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation des Bilan et Compte de Profits et Pertes (consolidés) et affectation des résultats au 31 mars 2000.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire.
4. Nominations statutaires.
5. Divers.

Pour assister à l'Assemblée Générale Ordinaire, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs titres conformément aux dispositions statutaires cinq jours au moins avant l'assemblée, c'est-à-dire le 10 octobre 2000 au plus tard, aux guichets des établissements suivants:

au Luxembourg: chez le CREDIT EUROPEEN LUXEMBOURG
52, route d'Esch
L-2965 Luxembourg

en Belgique: chez la CAISSE PRIVEE BANQUE S.A.
2, place du Champ de Mars
B-1050 Bruxelles et agences.

en Suisse: chez la COMPAGNIE BANCAIRE GENEVE
6, rue de la Corraterie, CH-1211 Genève

Les propriétaires d'actions nominatives qui ont l'intention d'assister à l'Assemblée Générale Ordinaire sont priés d'en informer le Conseil d'Administration par lettre recommandée à la poste dans le même délai.

II (04111/000/30)

Le Conseil d'Administration.

INTERCULTURES S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1650 Luxembourg, 4, avenue Guillaume.
R. C. Luxembourg B 6.225.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 17 octobre 2000 à 10.45 heures au siège social, 4, avenue Guillaume à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Modification de la date de clôture de l'exercice social pour la porter au 31 décembre au lieu du 31 mars de chaque année et modification afférente de l'article 34 des statuts.
2. Modification de l'article 28 des statuts pour lui donner la teneur suivante:

«Art. 28.

Chaque année, le deuxième mardi du mois de juin ou le lendemain, si c'est un jour férié, à 11.00 (onze) heures, a lieu à Luxembourg, au siège social ou en tout autre endroit de la commune du siège mentionné dans les convocations, une assemblée générale ordinaire, qui se réunit pour entendre les rapports des administrateurs et des commissaires, discuter et, s'il y a lieu, approuver les comptes annuels, nommer les administrateurs ou commissaires, leur donner décharge, s'il y a lieu, par un vote spécial et, en général, délibérer sur tous les points à l'ordre du jour.

Les assemblées générales autres que l'assemblée générale annuelle, pourront se tenir en pays étranger chaque fois que se produiront des circonstances de force majeure qui seront souverainement appréciées par le conseil d'administration. Dans ce cas, le jour et l'heure de l'assemblée générale extraordinaire seront fixés par le Conseil d'Administration.»

3. Dispositions transitoires:

A titre de dispositions transitoires, l'exercice social ayant débuté le premier avril 2000, se terminera le 31 décembre 2000, et conformément aux dispositions de l'article 28 des statuts de la société, l'assemblée générale appelée à approuver les comptes annuels de l'exercice se terminant le 31 décembre 2000, se tiendra le deuxième mardi du mois de juin 2001 à 11.00 heures.

Pour assister à l'Assemblée Générale Extraordinaire, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs titres conformément aux dispositions statutaires cinq jours au moins avant l'assemblée, c'est-à-dire le 10 octobre 2000 au plus tard, aux guichets des établissements suivants:

- au Luxembourg: chez le CREDIT EUROPEEN LUXEMBOURG
52, route d'Esch
L-2965 Luxembourg
- en Belgique: chez la CAISSE PRIVEE BANQUE S.A.
2, place du Champ de Mars
B-1050 Bruxelles et agences.
- en Suisse: chez la COMPAGNIE BANCAIRE GENEVE
6, rue de la Corraterie, CH-1211 Genève

Les propriétaires d'actions nominatives qui ont l'intention d'assister à l'Assemblée Générale Extraordinaire sont priés d'en informer le Conseil d'Administration par lettre recommandée à la poste dans le même délai.

II (04112/000/41)

Le Conseil d'Administration.

PLANTATIONS DES TERRES ROUGES HOLDING, Société Anonyme.

Siège social: L-1650 Luxembourg, 4, avenue Guillaume.
R. C. Luxembourg B 71.965.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 17 octobre 2000 à 10.00 heures au siège social, 4, avenue Guillaume à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Suite à la décision du 21 septembre 1999 de l'assemblée de convertir le capital social en Euros et de remplacer les anciennes actions représentatives du capital social par un même nombre d'actions sans désignation de valeur nominale, décision d'annuler matériellement toutes les 1.135.275 actions nominatives et au porteur représentatives du capital social et de les remplacer par 1.135.275 actions nouvelles donnant les mêmes droits que les anciennes, sans désignation de valeur nominale, nominatives ou au porteur, au choix des actionnaires concernés.
2. Pouvoir à donner au conseil d'administration de procéder à cette annulation matérielle et à son remplacement et d'aviser personnellement les détenteurs d'actions nominatives et les actionnaires au porteur au moyen d'annonces dans les journaux pour qu'ils effectuent le dépôt de leurs anciennes actions pour les échanger contre des actions nouvelles à raison d'une action ancienne pour une action nouvelle auprès de l'établissement suivant:
- CREDIT EUROPEEN LUXEMBOURG, 52, route d'Esch à L-2965 Luxembourg.
3. Abandon du régime fiscal instauré par la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés holding et adoption du statut d'une société de participations financières (Soparfi) en remplaçant l'article quatre des statuts comprenant l'objet social par le texte suivant:

«Art. 4.

La société a pour objet la prise d'intérêts, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres entreprises luxembourgeoises ou étrangères, ainsi que le gestion, le contrôle et la mise en valeur de ces participations.

Elle peut notamment acquérir par voie d'apport, de souscription, d'option, d'achat et de toute autre manière des valeurs mobilières de toutes espèces et les réaliser par voie de vente, cession, échange ou autrement.

La société peut également acquérir et mettre en valeur tous brevets et autres droits se rattachant à ces brevets ou pouvant les compléter.

La société peut emprunter et accorder aux sociétés dans lesquelles elle participe ou auxquelles elle s'intéresse directement ou indirectement tous concours, prêts, avances ou garanties.

La société pourra faire en outre toutes opérations commerciales, industrielles et financières, tant mobilières qu'immobilières qui peuvent lui paraître utiles dans l'accomplissement de son objet.

4. Modification de la dénomination sociale de la société de PLANTATIONS DES TERRES ROUGES HOLDING S.A. en PLANTATIONS DES TERRES ROUGES S.A., et modification afférente de l'article 1^{er} des statuts.
5. Modification de la date de l'assemblée générale ordinaire pour la porter du 3^e mardi du mois de mai à 11.00 heures au deuxième mardi du mois de juin à 10.00 heures et modification afférente de l'article 21 des statuts.
6. Dispositions transitoires:

A titre de dispositions transitoires, l'exercice social ayant débuté le premier janvier 2000, se terminera le 31 décembre 2000, et conformément aux dispositions de l'article 21 des statuts de la société, l'assemblée générale appelée à approuver les comptes annuels de l'exercice se terminant le 31 décembre 2000, se tiendra le deuxième mardi du mois de juin 2001 à 10.30 heures.

7. Divers.

Pour assister à l'Assemblée Générale Extraordinaire, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs titres conformément aux dispositions statutaires cinq jours au moins avant l'assemblée, c'est-à-dire le 10 octobre 2000 au plus tard, aux guichets des établissements suivants:

- au Luxembourg: chez la BNP PARIBAS LUXEMBOURG
24, boulevard Royal
L-2952 Luxembourg
- en France chez le C.I.C. PARIS, Cicotitres,
4, rue des Chauffours
F-95014 Cergy-Pontoise

Les propriétaires d'actions nominatives qui ont l'intention d'assister à l'Assemblée Générale Extraordinaire sont priés d'en informer le Conseil d'Administration par lettre recommandée à la poste dans le même délai.

II (04113/000/58)

Le Conseil d'Administration.

KBC RENTA, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: Luxembourg, 11, rue Aldringen.

R. C. Luxembourg B 23.696.

Mesdames et Messieurs les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

de notre Société, qui aura lieu le 18 octobre 2000 à 10.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

Approuver la fusion par absorption de BELICAV SICAV par le compartiment KBC RENTA EURORENTA.

Après avoir entendu:

1. le rapport du Conseil d'Administration expliquant et justifiant le projet de fusion tel que publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations du 15 septembre 2000; et
2. le rapport prescrit par l'article 266 de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et tel que préparé par DELOITTE & TOUCHE.
 1. Approuver le projet de fusion tel que mentionné ci-avant;
 2. Approuver l'émission d'actions de KBC RENTA EURORENTA en échange de l'apport de tout l'actif et de tout le passif de BELICAV SICAV, selon la clef de répartition suivante:

$$A = \frac{B \times C}{D}$$

où:

A: représente le nombre d'actions nouvelles à attribuer

B: représente le nombre d'actions à convertir dans la SICAV absorbée concernée

C: représente la valeur nette d'inventaire par action de la SICAV absorbée concernée

D: représente la valeur nette d'inventaire par action du compartiment absorbant qui attribuera de nouvelles actions.

3. Ajout du paragraphe suivant dans l'article 7 des statuts coordonnés de la société KBC RENTA, directement après la première phrase, afin d'introduire des fractions d'actions:

«Toute action nominative pourra être émise sous forme de fractions d'action. Ces fractions d'actions représenteront une part de l'achat net et donneront droit, proportionnellement, au dividende que la SICAV pourra distribuer ainsi qu'au produit de la liquidation de celle-ci. Les fractions d'action ne sont pas assorties du droit de vote.»

Les décisions concernant tous les points de l'ordre du jour requièrent un quorum de 50 % au moins des actions en circulation. Elles seront prises à la majorité simple des actions présentes ou représentées à l'Assemblée. Chaque action donne droit à un vote. Tout actionnaire peut se faire représenter à l'Assemblée.

Afin de participer à l'Assemblée, les actionnaires sont priés de déposer leurs actions au porteur pour le 13 octobre 2000 au plus tard au siège de la KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, 43, boulevard Royal, L-2955 Luxembourg. Des procurations sont disponibles au siège de la SICAV.

Les documents suivants seront à la disposition des actionnaires pour examen au siège social de la société (des copies peuvent être obtenues sans frais):

- le projet de fusion;
- états comptables selon les conditions de l'article 267(1) c) de la Loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales.
- les trois derniers rapports annuels de BELICAV SICAV et KBC RENTA;
- les rapports des Conseils d'Administration de BELICAV SICAV et de KBC RENTA;
- le rapport de l'expert indépendant, DELOITTE & TOUCHE S.A., concernant le projet de fusion.

II (04125/755/50)

Le Conseil d'Administration.

BELICAV, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: Luxembourg, 11, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 29.357.

Mesdames et Messieurs les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

de notre Société, qui aura lieu le 18 octobre 2000 à 10.30 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

Approuver la fusion par absorption avec KBC RENTA (par le compartiment KBC RENTA EURORENTA), une SICAV de droit luxembourgeois, ayant son siège social au 11, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg.

Après avoir entendu:

1. le rapport du Conseil d'Administration expliquant et justifiant le projet de fusion tel que publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations du 15 septembre 2000; et
 2. le rapport prescrit par l'article 266 de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et tel que préparé par DELOITTE & TOUCHE.
1. Approuver le projet de fusion tel que mentionné ci-avant;
 2. Approuver l'émission d'actions du KBC RENTA EURORENTA en échange de l'apport de tout l'actif et de tout le passif de BELICAV, SICAV, selon la clef de répartition suivante:

$$A = \frac{B \times C}{D}$$

où:

A: représente le nombre d'actions nouvelles à attribuer

B: représente le nombre d'actions à convertir dans la SICAV absorbée concernée

C: représente la valeur nette d'inventaire par action de la SICAV absorbée concernée

D: représente la valeur nette d'inventaire par action du compartiment absorbant qui attribuera de nouvelles actions

Les décisions concernant tous les points de l'ordre du jour requièrent un quorum de 50 % au moins des actions en circulation. Elles seront prises à la majorité des 2/3 des actions présentes ou représentées à l'Assemblée. Chaque action donne droit à un vote. Tout actionnaire peut se faire représenter à l'Assemblée.

Afin de participer à l'Assemblée, les actionnaires sont priés de déposer leurs actions au porteur pour le 13 octobre 2000 au plus tard au siège de la KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, 43, boulevard Royal, L-2955 Luxembourg. Des procurations sont disponibles au siège de la SICAV.

Les documents suivants seront à la disposition des actionnaires pour examen au siège social de la société (copies peuvent être obtenues sans frais):

- le projet de fusion;
- états comptables selon les conditions de l'article 267(1) c) de la Loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales;
- les trois derniers rapports annuels de BELICAV, SICAV et KBC RENTA;
- les rapports des Conseils d'Administration de BELICAV, SICAV et de KBC RENTA;
- le rapport de l'expert indépendant, DELOITTE & TOUCHE, concernant le projet de fusion.

II (04126/755/45)

Le Conseil d'Administration.